

Bernhard Sauer

## Goebbels »Rabauken«

### Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg

Es ist ein Phänomen, dass der Nationalsozialismus in Berlin und vor allem die Geschichte der Berliner Sturmabteilungen (SA) bislang wenig erforscht sind.<sup>1</sup> Dabei ist die Geschichte des Nationalsozialismus gerade in Berlin von besonderer Bedeutung. Von Seiten der Nationalsozialisten wurde die Wichtigkeit des »Kampfes um Berlin« auch besonders herausgestellt. So schrieb der spätere Berliner Gauleiter der NSDAP, Joseph Goebbels: »Die Entscheidung in diesem Kampfe [um die Macht im Staat, B. S.] wird nicht irgendwo im Reiche fallen, weder in München noch in Mitteldeutschland oder im Ruhrgebiet, sondern einzig und allein in Berlin.«<sup>2</sup> Tatsächlich wurden die Kämpfe der Nationalsozialisten mit den politischen Gegnern nirgendwo so erbittert und gewalttätig geführt. Eine nationalsozialistische Darstellung spricht von fast einem halben Hundert »Gefallenen der Bewegung« in Berlin.<sup>3</sup>

Diese gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden vor allem von der SA ausgetragen. Am 1. November 1926 war Joseph Goebbels zum neuen Gauleiter der Berliner NSDAP ernannt worden, der sich in seinem Vorgehen vor allem auf die SA stützte. Er nannte die SA das Rückgrat der Partei.<sup>4</sup> »Wer zur SA gehörte«, so Goebbels, »der war damit ein Stück Parteielite.«<sup>5</sup> Der von Goebbels in Berlin in Verbindung mit der SA entwickelte Politikstil wurde schließlich zum Vorbild für die gesamte nationalsozialistische Bewegung, das Bild vom Berliner »SA-Rabauken« zum Inbegriff des stets einsatzbereiten, gewalttätigen »Parteisoldaten«.<sup>6</sup>

Zugleich hatte gerade die SA in Berlin-Brandenburg aber auch eine starke Freikorpsstradition. Die SA wurde hier fast ausnahmslos von ehemaligen Wehrverbandführern geleitet, die bereits den Ersten Weltkrieg als Frontoffiziere mitgemacht und in den Nachkriegskämpfen sich als Freikorpskämpfer einen Namen gemacht hatten. Sie waren nicht bereit, den »Wehrverbandsgedanken« aufzugeben und sich der Parteipolitik unterzuordnen. So kam es gerade in Berlin immer wieder innerhalb der SA zu gewalttätigen Rebellionen gegen die zivile Parteiführung.

Wenn nun die Geschichte der Berliner SA von ihren Vorläufern und Anfängen bis hin zum »Röhm-Putsch« in ihren wichtigsten Zügen nachgezeichnet werden soll, so ist es zum besseren Verständnis zugleich sinnvoll, wichtige Ereignisse aus anderen Regionen sowie zentrale SA-Beschlüsse in die Darstellung einzubeziehen.

In Berlin entstand die SA vor allem aus den völkischen Turnerschaften, Angehörigen der Schwarzen Reichswehr und des Frontbanns. Um den Charakter der SA besser verstehen zu können, ist es notwendig, sich einen Überblick über die Geschichte dieser Vorläuferorganisationen der SA zu verschaffen und die Bedingungen ihrer Gründung sich zu vergegenwärtigen.

Die SA wurde am 4. November 1921 in München aufgrund eines Abkommens vom August 1921 zwischen Adolf Hitler und Kapitän Hermann Ehrhardt gegründet.<sup>7</sup> Kapitän

Ehrhardt wurde bekannt, als er mit der nach ihm benannten Brigade im März 1920 die Hauptstadt Berlin besetzte und damit den Kapp-Putsch auslöste. Hitler hatte versucht, während des Kapp-Putsches nach Berlin zu eilen, »um in die Ereignisse einzugreifen«, aufgrund der Unruhen musste das Flugzeug jedoch schon bei Jüterbog landen, wo streikende Arbeiter ihn an der Weiterfahrt hinderten.<sup>8</sup> Nach der Vereinbarung zwischen Hitler und Ehrhardt sollten Ehrhardt-Offiziere die junge Mannschaft der NSDAP militärisch organisieren und schulen. Der erste SA-Führer, Marineleutnant a. D. Hans-Ulrich Klintzsch, wurde Hitler von Ehrhardt zur Verfügung gestellt.

Reichsweites Aufsehen erzielte Hitler mit seiner SA auf dem »Deutschen Tag« von Coburg im Oktober 1922. Hitler war mit 600 bis 700 SA-Männern angereist, marschierte mit seiner fest gefügten Truppe durch die Innenstadt und ließ den örtlichen Widerstand buchstäblich niederknüppeln. Dies machte Eindruck auf die versammelten völkischen und nationalen Honoratoren.

Zugleich konnte Hitler in Coburg Beziehungen zu Vertretern der rechtsradikalen Bewegung in Norddeutschland knüpfen. Neben der Organisation Consul (O. C.), der Nachfolgeorganisation der Marinebrigade Ehrhardt, stellten das Freikorps Roßbach<sup>9</sup> und der vom Alldeutschen Verband gegründete Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DvSTB)<sup>10</sup> die Kader der rechtsradikalen Bewegung in Norddeutschland. Leutnant a. D. Kurt Oskar Bark,<sup>11</sup> vormals Ordonnanzoffizier im Freikorps Roßbach, war in Coburg an Hitler herangetreten, um ihn für die Arbeit der Roßbachschen Organisation zu interessieren.<sup>12</sup> Roßbach verfügte zu diesem Zeitpunkt über ca. 8 000 Mitglieder. Eine Anbindung der Roßbachschen Organisation an die Hitlerpartei versprach beiden Seiten große Vorteile. Unmittelbar nach dem Coburger Treffen wurde Roßbach Mitglied der NSDAP. Die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Berlin hatte Roßbach für den 19. November 1922 vorgesehen. Da jedoch der preußische Innenminister Carl Severing die NSDAP sowie alle ihre Zweigvereine aufgrund des Republikenschutzgesetzes, welches nach dem Rathenau-Mord erlassen worden war, verboten hatte, wurde kurzerhand unter Roßbachs Leitung eine »neue« Partei ins Leben gerufen: die Großdeutsche Arbeiterpartei (GAP). Zu den 194 Personen, die den Gründungsauftrag unterzeichneten, gehörten Kurt Oskar Bark, der Freikorpsführer Heinz Oskar Hauenstein,<sup>13</sup> Leo Schlageter<sup>14</sup> sowie die Führer der zuvor in Berlin gegründeten Deutschsozialistischen Partei (DSP), Manfred Barber, Arno Chawatal und Hermann Kretzschmann.<sup>15</sup>

Der GAP war jedoch keine lange Lebensdauer beschieden. Schon am 10. Januar 1923 wurde sie von Severing als reine Ersatzorganisation für die verbotene NSDAP aufgelöst. Die GAP stellte am 20. Januar ihre Tätigkeit per Vorstandsbeschluss ein und beschloss am 10. Februar den Anschluss an die Deutschvölkische Freiheitspartei (DvFP).<sup>16</sup>

Die DvFP hatte sich parallel zur GAP am 16. Dezember 1922 als Abspaltung des radikalen völkischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) in Berlin konstituiert. Parteiführer wurde Albrecht von Graefe-Goldebee,<sup>17</sup> Mitglied des Reichstages, aus Mecklenburg, sein Stellvertreter der in Berlin lebende und ebenfalls dem Reichstag angehörende Reinhold Wulle.<sup>18</sup> Zur Führung gehörten ferner der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Wilhelm Henning, der in Berlin zugleich Vorsitzender des Verbandes nationalgesinnter Soldaten (V. N. S.) war, sowie Ernst Graf zu Reventlow, Major a. D. Georg Ahlemann und Wilhelm Kube. Das Parteibüro der DvFP befand sich in der Dessauer Straße 6 in Berlin-Kreuzberg. Mitglied konnte nur werden, wer an Eides statt versicherte, »daß sich unter seinen und seiner Frau Eltern und Großeltern weder Angehörige der jüdischen noch der farbigen Rasse befinden«.<sup>19</sup>

Die GAP trat der DvFP als geschlossener Block unter dem Namen »Großdeutsche Bewegung« bei, behielt eigene Führerschaft und war zugleich auch im Vorstand der DvFP vertreten.<sup>20</sup> Roßbach selber gehörte der Parteileitung an und organisierte vor allem den Jugendbund Graf York von Wartenburg sowie die völkischen Turnerschaften, die militärisch ausgebildet und organisiert waren. Solche Turnerschaften existierten in allen Berliner Bezirken, besondere Bekanntheit erreichte jedoch die »Turnerschaft Ulrich von Hutten« im Bezirk Berlin-Charlottenburg.<sup>21</sup> Aus ihr ging im Wesentlichen später der Charlottenburger SA-Sturm 33 hervor, der wegen seines gewalttätigen Auftretens auch »Mördersturm 33« genannt wurde. Eine Reihe bekannter SA-Führer hatten in der »Turnerschaft Ulrich von Hutten« ihre politische Laufbahn begonnen. Zu ihnen gehörten der am 1. September 1904 in Berlin-Wilmersdorf geborene Karl Ernst, der dann später Stabsleiter der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg wurde, sowie der spätere Charlottenburger SA-Führer Friedrich Eugen Hahn.<sup>22</sup>

Doch auch die DvFP operierte nicht lange legal. Am 23. März 1923 verbot Severing sie als versteckte Fortsetzung der NSDAP für Preußen, deren Ziel die gewaltsame Beseitigung des Parlamentarismus mittels eines nationalsozialistischen Putschs sei. Roßbach kam ins Untersuchungsgefängnis nach Leipzig, wo er – wie er selbst ironisch konstatierte – sich in keiner schlechten Gesellschaft befand: Kapitän Hermann Ehrhardt saß zu diesem Zeitpunkt auch gerade dort.<sup>23</sup> Die völkischen Turnerschaften wurden aufgelöst, eine Reihe ihrer Mitglieder schlossen sich der Schwarzen Reichswehr an, so z. B. Friedrich Eugen Hahn.

Die Schwarze Reichswehr hatte sich parallel zur DvFP in der Region Berlin-Brandenburg konstituiert. Unter den Fittichen der legalen Reichswehr war es gelungen, aus ehemaligen Freikorpsangehörigen eine schlagkräftige Armee aufzubauen. Die Schwarze Reichswehr rekrutierte sich vor allem aus den Freikorps, die zuvor im Baltikum gekämpft hatten, sowie den beiden größten Freikorps in Norddeutschland: dem Freikorps Roßbach und der Marinebrigade Ehrhardt und deren Nachfolgeorganisation, der Organisation Consul. Ihre wichtigsten Führer waren Major a. D. Bruno Ernst Buchrucker, Oberleutnant a. D. Paul Schulz und Polizeihauptmann a. D. Walther Stennes. Das Ziel der Schwarzen Reichswehr war der Sturz der Reichsregierung und die Errichtung einer rechten Militärdiktatur. Nach dem Vorbild der italienischen Faschisten wollte sie mit einem »Marsch auf Berlin« die Hauptstadt besetzen und die Regierung beseitigen.<sup>24</sup> Bekannt geworden ist die Schwarze Reichswehr durch zahlreiche in ihren Reihen begangene Fememorde und durch den Küstriner Putsch, der jedoch lediglich ein Nachspiel des geplanten Staatsstreichs war. Nach dem gescheiterten Küstriner Putsch wurde die Schwarze Reichswehr aufgelöst. Ein Großteil der Mannschaften wurde auf dem flachen Land, vor allem in Mecklenburg, bei befreundeten Gutsbesitzern als »Flurschutzbeamte« untergebracht, von denen sich viele später dem Frontbann anschlossen.

Am 15. Oktober 1923 wurde Roßbach wegen mangelnden Fluchtverdachts aus der Haft entlassen.<sup>25</sup> Als er jedoch auf Anordnung der sächsischen Regierung und des Reichswehrministers erneut verhaftet werden sollte, war er bereits im Schlafwagen nach München entkommen.<sup>26</sup> In München wurde er von dem dortigen Führer des Roßbachbundes und Mitglied der Münchner SA, Edmund Heines, empfangen, der sich schon vorher wegen eines in Mecklenburg begangenen Fememordes nach München abgesetzt hatte.<sup>27</sup> Danach begab sich Roßbach sofort zu Hitler, um sich ihm für die politische Arbeit zur Verfügung zu stellen.<sup>28</sup> Am 18. Oktober fand im Löwenbräukeller zu Ehren von Roßbach eine Veranstaltung statt, zu der als Ehrengäste Adolf Hitler und Hermann Göring erschienen waren.

Am Hitler-Putsch beteiligte sich Roßbach, indem er die Infanterie-Schüler überredete, sich Hitler zur Verfügung zu stellen. Am Marsch des 9. November vom Bürgerbräukeller zur Stadtmitte war Roßbach mit den Infanterie-Schülern ebenfalls beteiligt.<sup>29</sup> In vorderster Reihe, neben Adolf Hitler und Erich Ludendorff, marschierte in diesem Zug auch der deutschvölkische Parteivorsitzende Albrecht von Graefe mit, der am Abend des 8. November nach München gereist war.<sup>30</sup> Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches flüchtete Gerhard Roßbach zusammen mit Hermann Göring mit gefälschtem Pass über die Grenze nach Salzburg.<sup>31</sup>

NSDAP, SA und »Kampfbund«<sup>32</sup> waren verboten worden, viele Führer der NSDAP verhaftet. Am 1. April 1924 wurde Ernst Röhm<sup>33</sup> auf Bewährungsfrist aus der Haft entlassen. Er machte sich sofort daran, die SA zu reaktivieren, und fuhr zu diesem Zweck nach Österreich, wo er Verhandlungen mit Göring, der seit Anfang 1923 die Nachfolge von Klitzsch als SA-Führer innehatte, und mit Roßbach führte. Dabei wurde Röhm als Stellvertreter von Göring bestimmt und Roßbach ihm als Stabschef für die zu schaffende SA zur Seite gestellt.<sup>34</sup>

Zugleich hatte Röhm aber sein Ziel, eine umfassende Wehrorganisation aller völkischen, mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Kräfte zu schaffen, nicht aufgegeben. Auf dem »Deutschen Tag« in Halle am 10. und 11. Mai 1924 und danach sprach er mit verschiedenen anderen Führern völkischer Verbände über seine Pläne, so auch mit Wolf Heinrich Graf von Helldorf,<sup>35</sup> dem Führer des Stahlhelms in dieser Region. Der Graf war von Röhm derartig beeindruckt, dass er kurz nach dem Treffen aus dem Stahlhelm austrat.<sup>36</sup> Ähnliche Besprechungen hatte Röhm mit dem Hauptmann Peter von Heydebreck<sup>37</sup> und anderen Vertretern der Kampfverbände, und im Ergebnis dieser Aussprachen war der Entschluss zur Gründung des Frontbanns endgültig gefasst. Militärischer Führer dieses neuen Verbandes sollte Röhm werden, die Gesamtführung General Erich Ludendorff übernehmen.

Dem Oberkommando in München unter Hauptmann Röhm unterstanden vier Gruppenkommandos: Nord, Süd, Ost und West. Für Berlin und den größten Teil Preußens war das Gruppenkommando Nord zuständig, welches von dem Hauptmann von Heydebreck geleitet wurde. In Berlin besaß die Organisation in verschiedenen Stadtteilbezirken Gruppen mit einer Stärke von jeweils etwa 30 bis 40 Mann, wobei die Charlottenburger »Turnerschaft Ulrich von Hutten« und die »Schlageter-Kompagnie« vom Alexanderplatz den Grundstock des Berliner Frontbanns bildeten.<sup>38</sup> Die »Schlageter-Kompagnie« wurde von Heinz Oskar Hauenstein geführt.<sup>39</sup> Im März 1925 hatte der Hauptmann a. D. Paul Oskar Röhrbein, geboren am 27. November 1890, die Leitung der Landesgruppe Berlin-Brandenburg übernommen. Röhrbein übertrug die Leitung von Groß-Berlin und Brandenburg Ernst Wetzel, die Führung der drei Gaue Kurt Daluege,<sup>40</sup> Waldemar Geyer<sup>41</sup> und Ludwig Dargel. Als persönlicher Adjutant stand ihm Karl Ernst zur Seite.<sup>42</sup>

Der Frontbann war militärisch straff organisiert, Wandern und Singen gehörten ebenso zum Programm wie eine militärische Ausbildung und die Organisation von Kriegsspielen, wobei besonderer Wert auf die Beziehungen zur Reichswehr gelegt wurde.<sup>43</sup>

Es gab zahlreiche gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Den Höhepunkt erreichten sie am 9. August 1925. Das Reichsbanner hatte zu einer Demonstration für die Reichsverfassung aufgerufen, die eigentlich am 11. August stattfinden sollte. Der Frontbann, so eine nationalsozialistische Darstellung, »ist auch von der Partie – gegen die Reichsverfassung des Juden Preuß. Auf dem Kurfürstendamm kommt es zu Zusammenstößen, die Polizei löst die Kolonnen des Frontbann auf. Vor dem Kino ›Al-

hambra«, Kurfürstendamm 68, Ecke Wilmersdorfer Straße, treffen erneut Gruppen des Frontbann und des Reichsbanner aufeinander.«<sup>44</sup> Im Verlauf der wüsten Auseinandersetzungen fiel ein Schuss: Der Kaufmann Schnapp hat den 1909 geborenen Frontbannmann Werner Doelle aus Berlin-Steglitz erschossen. Obwohl die Umstände nie einwandfrei geklärt werden konnten, für die Rechtsradikalen war der Zusammenhang klar: Werner Doelle war der erste »Märtyrer«, der »erste Berliner Gefallene der Bewegung – von einem Juden erschossen«.<sup>45</sup> Ob Schnapp tatsächlich Jude war, ist ebenfalls völlig ungewiss. Doch rächten sich die Frontbannleute an den folgenden Tagen. Am 16. August zogen gegen 20 Uhr etwa 300 Mitglieder des Frontbann und des rechtsgerichteten Sportverbands »Olympia« durch Charlottenburg und riefen: »Schlagt die Juden tot«, »schneidet ihnen den Sack ab«. Am Renaissance-Theater schlugen sie mit Fäusten und Stöcken auf wehrlose Passanten ein.<sup>46</sup> Die Nationalsozialisten haben später eine Straße in Berlin-Steglitz nach Doelle benannt.<sup>47</sup>

Ende Oktober 1925 wurde der Frontbann aufgelöst und die gesamte Führungsriege in Untersuchungshaft genommen.<sup>48</sup> Der Vorwurf: Geheimbündelei und Bildung militärischer Verbände sowie widernatürliche Unzucht mit Abhängigen. Nach den Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht III in Berlin soll der Frontbann nach militärischer Art aufgezogen worden sein, wobei es üblich gewesen sei, die Geländespiele in Form von Kriegsspielen abzuhalten.<sup>49</sup> Außerdem standen mehrere Verhaftete unter dem dringenden Verdacht, strafbare Handlungen auf Grund des § 175 begangen zu haben.<sup>50</sup> Vor allem gegen den Hauptmann Röhrbein waren schon seit geraumer Zeit Beschuldigungen laut geworden, wonach er sich an Mitgliedern des Frontbanns vergangen haben soll.<sup>51</sup> Bei der Durchsuchung seiner Wohnung im Zuge der Verhaftung wurde dann auch morgens um sieben Uhr der jugendliche wohnungslose Frontbann-Angehörige Heinrich Dörre festgenommen, der einen vergeblichen Fluchtversuch unternahm.<sup>52</sup>

Die Angeschuldigten wurden trotz erheblicher Verdachtsmomente im November 1925 aus der Haft entlassen, und am 27. Januar 1927 stellte schließlich der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht III bei der Strafkammer den Antrag, sämtliche Angeschuldigte mangels an Beweisen außer Verfolgung zu setzen.<sup>53</sup>

Dennoch war mit der Verhaftung der gesamten Führungsmannschaft und der verfügbaren Auflösung das Ende des Frontbanns besiegelt; aus ihm und im Wesentlichen von den gleichen Führungsleuten geführt, entstand die SA – mit einer Ausnahme: der Hauptmann a. D. Röhrbein war in ihr nicht mehr vertreten,<sup>54</sup> er sollte aber innerhalb der Berliner SA später im Zusammenhang mit der Stennes-Revolution noch einmal in Erscheinung treten.

Am 22. März 1926 gründeten Kurt Daluge und Waldemar Geyer im Lokal Wernicke in der Potsdamer Straße 35 aus dem Frontbann Berlin die Berliner SA, die sich aber im Hinblick auf ein vom preußischen Innenministerium erfolgtes Verbot des Frontbanns zunächst »Sportverband Groß-Berlin der NSDAP« nannte.<sup>55</sup> Von den 2 000 Mitgliedern des Frontbann wechselten im März 1926 etwa 450 Mann zur SA.<sup>56</sup> Innerhalb der in Berlin neu gegründeten NSDAP dominierten alsbald die ehemaligen Frontbann-Führer.

In Berlin hatte sich am 17. Februar 1925 unter Erich Timm<sup>57</sup> eine Ortsgruppe der NSDAP neu konstituiert. Zuvor hatte schon der Regierungsrat Dr. Ernst Schlange Anfang Februar die »Großdeutsche Volksgemeinschaft« in Berlin gegründet.<sup>58</sup> Dr. Schlange brachte seine »Großdeutsche Volksgemeinschaft« in die neu gegründete NSDAP ein und wurde von Hitler mit der Führung der etwa 350 Nationalsozialisten in Berlin betraut.<sup>59</sup> Stellvertreter wurde Erich Schmiedicke. Die Geschäftsstelle wurde von der Wiener Straße 45 in Berlin-Kreuzberg in die Kaiserallee (heute Bundesallee) 172 in Berlin-Wil-

mersdorf verlegt.<sup>60</sup> Personelle Verstärkung erhielt die Berliner NSDAP durch die Brüder Gregor und Otto Straßer, die die »Berliner Arbeiterzeitung« (BAZ) herausgaben.

Mitte 1925 wurde in jedem der 20 Berliner Bezirke eine Ortsgruppe geschaffen, aber schon wenige Monate später wurden die Bezirksorganisationen wieder aufgegeben. Die 14-tägigen Sprechabende fanden gewöhnlich in Wohnungen von Parteimitgliedern oder in Hinterzimmern von Kneipen statt und hatten eher den Charakter von Stammtischgesprächen. So kandidierte die NSDAP bei den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen am 25. Oktober 1925 auch nur in ihrer Hochburg Spandau für die Bezirksverordnetenversammlung und erhielt 137 Stimmen.<sup>61</sup>

Die Partei litt unter endlosen Streitereien, persönliche Anfeindungen waren auf der Tagesordnung. Es kam zum offenen Konflikt zwischen der alten Gauleitung um Dr. Schlange, unterstützt von dem Straßer-Kreis, und der neuen SA, deren Führer durchweg dem alten Frontbann entstammten und die nach wie vor den alten Freikorps- und Wehrverbandsgedanken vertraten. Gegen diese Vorstellungen wandte sich Dr. Schlange noch einmal im März 1926 im »Völkischen Beobachter«. Er erinnerte darin an die grundsätzlichen Richtlinien Hitlers vom Februar 1925<sup>62</sup> und forderte die strikte Unterordnung der SA unter die Partei sowie die Abkehr von einer dem Wehrgedanken entspringenden putschistischen Linie.<sup>63</sup> Doch war die Berliner SA dem politischen Teil der NSDAP bereits quantitativ überlegen, und als im Sommer 1926 der Sportverein »Olympia« verboten wurde, wurde die SA abermals stark aufgefüllt. Sie stellte fast durchweg die Partei-Ortsgruppenleiter und konnte so die Führung unter Schlange unterlaufen. Persönliche Intrigen und handfeste Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteiflügeln nahmen zu, bis sich schließlich Schlange, von den innerparteilichen Querelen völlig zermürbt, wegen Krankheit vom Parteivorsitz beurlauben ließ und seinem Stellvertreter Schmiedicke die Geschäfte übertrug. Den Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen, als am 25. August 1926 sämtliche politische Bezirksführer, Redner, SA- und Ortsgruppenführer, insgesamt 120 Personen, zu einer vertraulichen Führerbesprechung in Haverlands-Festsälen in Berlin-Mitte zusammengerufen wurden, um einen Ausweg aus der völlig verfahrenen und chaotischen Situation zu finden. Der Vertrauensmann der politischen Abteilung der Polizei im Außendienst (Abt. I A) notierte über diese dramatisch verlaufende Besprechung: »Schmiedicke teilte bei Eröffnung der Sitzung mit, daß er seitens der Parteileitung München die Vollmacht erhalten habe, alle seinem Ermessen nach notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die hiesigen Verhältnisse in gewohnte Bahnen zurückzuführen. Schon hierbei wurde der Gauführer von der Mehrzahl der Anwesenden durch Lärmen und Zwischenrufe unterbrochen. Zu einem wüsten Tumult kam es, als der Leiter des Sportverbandes Berlin (Daluge) mitteilte, daß 3 Verfahren vor dem Ehrengericht gegen Schmiedicke und Schlange schweben. Die Vorwürfe gehen dahin, daß beide seitens einer der Bewegung fernstehenden Gruppe von Personen Anweisungen erhalten hätten, die die Zerschlagung der Berliner Partei zum Ziele habe. (...) Daluge forderte Schmiedicke auf, sofort von seinem Posten zurückzutreten.« Kurz darauf teilte der Leiter der Berliner Schutzstaffel, Wolter, unter lebhaftem Beifall mit, »daß er, Wolter, auf Grund eines Telefongesprächs mit der Münchner Zentrale (Hitler und General Hünemann) die Vollmacht habe, alle in Berlin erforderlichen Schritte zur Beilegung des Konfliktes zu unternehmen. Hierauf übernimmt Wolter die Leitung der Versammlung, enthebt Schmiedicke seines Postens (...).«<sup>64</sup> Schmiedicke verließ den Saal. Es wurde ein Arbeitsausschuss gebildet, dem Knoch, Daluge, Wolter und Korbes angehörten. Daluge legte sein Amt als Leiter des Sportverbandes infolge des Eintritts in den Arbeitsausschuss

nieder, Nachfolger wurde Waldemar Geyer. Schließlich präsentierte Daluege den Versammelten den berüchtigten ehemaligen Freikorpsführer Heinz Oskar Hauenstein als Nachfolger Schlanges zum neuen Berliner Gauführer. Es kam zu wüsten Tumulten; Otto Straßer und Hauenstein ohrfeigten sich gegenseitig, und der Höhepunkt war eine wilde Prügelei zwischen den Repräsentanten der beiden verfeindeten Parteiflügel.<sup>65</sup>

Einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation suchte Hitler zu finden, indem er den aus dem Ruhrgebiet stammenden, damals 29-jährigen promovierten Germanisten Dr. Paul Joseph Goebbels zum neuen Berliner Gauführer ernannte. Am 1. November 1926 trat Goebbels – eingeführt von Otto Straßer – sein Amt an. Als seinen Stellvertreter bestimmte Goebbels, um den starken aktivistischen Flügel einzubinden, den Berliner SA-Führer Kurt Daluege.<sup>66</sup> Mit dem Rundschreiben Nr. 1 vom 9. November 1926 gab der neue Gauleiter eine Reihe von organisatorischen Änderungen bekannt. Der Gau Berlin wurde für aufgelöst erklärt. Er wurde zum Teil des Gaues Berlin-Brandenburg und hieß fortan »Ortsgruppe Gross-Berlin«; die früheren Ortsgruppen und Bezirke wurden in »Sektionen der Ortsgruppe Gross-Berlin« umbenannt. Die Gaugeschäftsstelle in der Potsdamer Straße 109, Hof rechts, parterre, von den Parteigenossen bislang selbst als »Opiumhöhle« bezeichnet, in der sich – wie Goebbels schrieb – die Mitglieder die Zeit mit Rauchen und Fabrizieren von Latrinenparolen vertrieben,<sup>67</sup> sollte in Zukunft nur noch der Parteiarbeit dienen: »Die Gaugeschäftsstelle ist ein Arbeitsraum des Gaues Berlin-Brandenburg, als solche nicht zu verwechseln mit einer Wärmehalle oder einem Wartesaal.«<sup>68</sup> Ferner bekräftigte der neue Gauleiter die Absicht, eine eigenständige Politik von SA und SS nicht mehr zuzulassen, das öffentliche Auftreten dieser Organisationen dürfe in Zukunft nur nach vorheriger Vereinbarung mit dem Gauführer geschehen. Den »Fall Hauenstein« erklärte er als erledigt, Hauenstein und sein Anhang wurden aus der Partei ausgeschlossen.<sup>69</sup> Ein schlagkräftiger Propaganda-Apparat wurde geschaffen, in dem die SA die Schlüsselrolle übernahm. Die Verbindung Goebbels – Daluege war dabei durchaus Programm. Goebbels forderte einerseits die strikte Einbindung und Unterordnung der SA, zugleich kam sein Politikstil den aktivistischen Tendenzen innerhalb der Frontbann-SA entgegen. Nach dem Motto »Hauptsache man spricht von uns« wurde in der Folgezeit die Gewalt bewusst als Teil des politischen Kampfes eingesetzt, in dem politische Gegner, Juden und Polizei gezielt provoziert wurden.

Zunächst aber erschien auf der politischen Bühne Berlins ein weiterer markanter ehemaliger Freikorpsführer, der die Geschichte der Berliner und Brandenburger SA nachhaltig bestimmen sollte: Oberleutnant a. D. Walther Stennes.<sup>70</sup> Stennes stand ganz in der Tradition des alten Freikorpskämpfers und hatte bereits den Ruf eines besonderen Draufgängers. Nach dem Krieg stellte er das Freikorps Hacketau auf, mit dem er in Westfalen gegen streikende Bergarbeiter vorging. Danach schloss sich Stennes der Berliner Sicherheitspolizei an und wurde mit der Leitung der 8. Hundertschaft zur besonderen Verwendung (z. B. V.) betraut, deren spezielle Aufgabe es sein sollte, bei Aufruhr und Unruhen das Regierungsviertel zu bewachen und die Regierung zu schützen.<sup>71</sup> Als jedoch am 13. März 1920 die Ehrhardt-Brigade in Berlin einmarschierte und damit den Kapp-Putsch auslöste, war die Hundertschaft z. B. V. gleich als Erste nahezu geschlossen zu den Putschisten übergelaufen. Gemeinsam mit den Ehrhardt-Putschisten taten Angehörige der Hundertschaft Wachdienst in Charlottenburg. Nach einer Meldung des »8-Uhr-Abendblattes« ereignete sich dabei folgender Vorfall: Stennes ließ »am Wilhelmsplatz in Charlottenburg ohne Grund in die friedlich demonstrierende Volksmenge schießen. (...) Vier Tote blieben auf dem Platz«. Nach dem Misslingen des Kapp-Putsches äußerte

sich Stennes am 28. März 1920 verärgert zu seinen Untergebenen: »Ich mache für das verfluchte deutsche Sauvolk keinen Handschlag mehr. Ich trete in englische Dienste.« In einer nach dem Kapp-Putsch eingeleiteten Disziplinaruntersuchung gab Stennes die Äußerung über »das Sauvolk« zu. Den Schießbefehl rechtfertigte er mit den Worten, dass er sich durch das »andrängende Volk« bedroht gefühlt habe.<sup>72</sup> 1923 war Stennes einer der Führer der Schwarzen Reichswehr.<sup>73</sup> Während des Küstriner Putsches hatte er sich mit seinen Aufständischen im Fort Hahneberg verschanzt. Erst schwere Polizei- und Reichswehreinheiten mussten aufgezogen werden, um ihn zur Aufgabe zu bewegen. Im Frühjahr 1927 berief Adolf Hitler Stennes zum SA-Führer Oberost, nachdem er bereits am 1. November 1926 eine zentrale SA-Führung einrichten ließ und mit Franz von Pfeffer<sup>74</sup> ebenfalls einen ehemaligen Freikorpsführer zum »Obersten SA-Führer« (OSAF) ernannte.<sup>75</sup> Hauptmann a. D. von Pfeffer organisierte die SA um<sup>76</sup> und teilte sie in fünf Gebiete ein: Nord, Süd, Ost, West und Mitte, wobei der von Stennes geführte Bereich Ost der größte war, er umfasste alle Gebiete östlich der Elbe.

In Berlin blieb aber neben Goebbels der SA-Führer Daluege der eigentlich starke Mann. Wie kaum ein anderer kannte er die hiesige Partei und SA. Er war es auch, der die Goebbelsche Politik der Konfrontation in die Tat umsetzte, wobei er sich auf die Tradition der Frontbann-SA stützen konnte. Den Auftakt bildete ein SA-Propagandamarsch am 14. November 1926 von rund 320 Mann durch das »rote« Neukölln.<sup>77</sup> Ihm folgte eine Versammlung der NSDAP am 25. Januar 1927 in den »Seitz-Festsälen« in Spandau. Über 500 »Rote« waren erschienen. Goebbels hielt einen Vortrag zum Thema »Sozialismus«. Dann begann die »Diskussion«. Als ein Kommunist das Podium bestieg, erklärte Goebbels, dass zwei vorzeitig heimkehrende Parteigenossen von einem »roten Überfallkommando« niedergeschlagen worden seien und entzog dem Redner das Wort. Der Kommunist wurde aus dem Saal »gereicht«. Die wüsten Auseinandersetzungen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Anhängern setzten sich nach einer Mitteilung der Berliner Polizei nach Schluss der Versammlung auf der Straße fort.<sup>78</sup>

Nach diesem »großen Erfolg« ging Goebbels einen Schritt weiter. Die nächste Veranstaltung sollte am 11. Februar 1927 im »roten« Wedding stattfinden, in den »Pharus-Sälen« in der Müllerstraße 142, wo die KPD ihre Parteitage und Versammlungen abhielt. Der Tumult war damit vorprogrammiert. Goebbels sprach zum Thema »Der Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates«, den »Saalschutz« übernahm Daluege mit über 300 ausgesuchten SA- und SS-Leuten, die genau an strategischen Stellen platziert wurden. Bei der wüsten Saalschlacht gab es unzählige Verletzte, darunter viele Schwerverletzte. »Stühle zerkrachten, von den Tischen wurden die Beine ausgerissen, aufgesammelte Gläser- und Flaschenbatterien waren in Sekunden geschützartig auf den Tischen aufgeprotzt und dann gings los. (...) Gläser, Flaschen, Tisch- und Stuhlbeine sausten wahl- und ziellos durch die Luft«, schilderte ein Teilnehmer die Situation. Auf der Tribüne über dem hinteren Teil des Saales, wo die Hauptmasse der Kommunisten sich versammelte, waren die SA-Leute postiert. Sie packten »die dort stehenden gußeisernen Tische samt ihren schweren Marmorplatten und lassen sie über die Brüstung – Breitseite natürlich zuerst – auf die Köpfe der dicht gedrängten Roten fallen«, wobei z. B. »Faschistenpaul« – so der Chronist – seine Erfahrungen als Flammenwerfer im Ersten Weltkrieg sehr zu gute kamen.<sup>79</sup> Derartige »Diskussionsveranstaltungen« gehörten alsbald zum gewohnten Stadtbild.<sup>80</sup>

Zu einer weiteren Eskalation der Gewalt kam es am 20. März 1927 am Bahnhof Lichterfelde-Ost. Zur Jahresfeier ihrer Gründung versammelte sich am 19. März die gesamte



Berliner und Brandenburgische SA in Trebbin. Goebbels und Daluege fuhren im dunkelblauen Gau-Automobil zu dem Ort, 30 Kilometer südlich von Berlin, und übernahmen die Leitung. Fernab von dem »Moloch Großstadt«, dem »verjudaisierten Zentrum«, sollte der »Opfer der Bewegung« gedacht werden. Es wurde ein großer Holzstoß entzündet, und im Schein der Flammen gab Goebbels die Parole für die Eroberung Berlins aus: »Über Gräber vorwärts.«<sup>81</sup> Für den darauffolgenden Sonntagvormittag war eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Trebbin angesetzt. Das Singen des »Märkerliedes« und eine Vorrede von SA-Führer Daluege bildeten den Auftakt für den Auftritt des Gauleiters. Goebbels sprach von dem großen Führer Adolf Hitler, der Nationalismus und Sozialismus in der Einsicht vereint habe, dass der Kampf zwischen beiden Prinzipien das deutsche Volk dem Untergang preisgebe. In dem Kampf gegen den jüdischen Marxismus – so rief er den Anwesenden zu – sei »Blut (...) noch immer der beste Kitt gewesen, der uns auch im weiteren Kampf zusammenhalten soll.«<sup>82</sup>

Dieses Blut sollte bald fließen. Nachdem Goebbels und Daluege unter »Deutschland erwache«-Rufen ihrer Anhänger Richtung Berlin abgebraust waren, bestiegen die SA-Leute einen Zug aus Jüterbog, in dem bereits eine kleine Schalmeyen-Kapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes in einem Abteil saß. Die Auseinandersetzungen begannen bereits während der Zugfahrt, erreichten aber ihren Höhepunkt am Bahnhof Lichterfelde-Ost, wo ein inzwischen zusammengezogenes »Empfangskomitee« von mehreren 100 Nationalsozialisten auf die »Roten« wartete. Was sich dann ereignete, schilderte in kurzen knappen Worten ein Polizeibericht: »Unter Einsetzung eines heftigen Revolverfeuers und mit lanzenähnlichen, eisernen Fahnenstangen droschen die Nationalsozialisten auf die Kommunisten ein, wobei etwa 9 Leichtverletzte und 5 Schwerverletzte vom Kampfplatz fortgeschafft wurden.«<sup>83</sup> Das herbeigerufene Überfallkommando der Polizei war zahlenmäßig zu schwach und hielt sich deshalb zunächst zurück. Der Waggon, in dem die Kommunisten saßen, war fast völlig zertrümmert und wies zahlreiche Pistoleneinschüsse auf. Die Musikinstrumente der Kapelle wurden zertreten. Das Gesicht des die Kapelle begleitenden kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann war nur noch »eine unförmige blutige Masse«, wie ein NS-Chronist emphatisch berichtete.<sup>84</sup> Goebbels, der sich bislang im Hintergrund gehalten hatte, rief nun heuchlerisch vor Hunderten von Schaulustigen seine Männer zurück. Die SA-Abteilungen formierten sich vor dem Bahnhof und konnten den geplanten Propagandamarsch über Steglitz zum Wittenbergplatz antreten. Unterwegs wurden kurzerhand einige »frech gewordene Juden« mit Stöcken und Fäusten niedergeprügelt. Goebbels fuhr im Automobil voraus, um – wie er später vor der Polizei aussagte – die Stimmung der Passanten zu »studieren«.<sup>85</sup> In Wirklichkeit dirigierte er seine Leute und stachelte sie zu den Juden-Pogromen an. Den Abschluss bildete eine Kundgebung auf dem Wittenbergplatz. Goebbels hat sein Ziel erreicht: Nach einer bei der politischen Abteilung (I A) der Polizei eingegangenen vertraulichen Mitteilung sollen 400 Neuanmeldungen bei der Berliner NSDAP eingegangen sein.<sup>86</sup> Es bleibt unverständlich, dass die NSDAP mit ihren Gliederungen nach diesen schweren Übergriffen nicht verboten wurde, zumal Goebbels bereits am 11. Januar 1927 ins Berliner Polizeipräsidium zitiert wurde, wo ihm eröffnet wurde, dass ein Verfahren beim Staatsgerichtshof wegen Verherrlichung der Rathenau-Mörder gegen ihn anhängig sei.<sup>87</sup>

Am 1. Mai 1927 trat Hitler erstmalig in Berlin auf, wegen eines Redeverbots in Preußen in einer geschlossenen Mitgliederversammlung im »Clou« in der Mauerstraße 82. Die Kommunisten hatten die Versammlung diesmal ignoriert, und so war die öffentliche

Resonanz nur gering. Die großen Zeitungen übergingen Hitlers Auftritt, nur einige regionale Blätter berichteten in abfälligen Kommentaren.

Drei Tage später rechnete Goebbels mit der »jüdischen Journaille« in einer Massenversammlung im »Kriegervereinshaus« ab. Einen Journalisten, der unter einem Pseudonym geschrieben hatte, bezeichnete er als »gemeine Judensau« und stachelte seine Anhänger auf, die Identität des Schreibers festzustellen, um ihm einen »Besuch und einen tatkräftigen Dank abzustatten«.<sup>88</sup>

Den weiteren Verlauf der Veranstaltung schilderte Goebbels später in einem Brief an den preußischen Innenminister Albert Grzesinski so: Er habe gerade seinen »sachlichen« Vortrag fortsetzen wollen, da »stand plötzlich ein älterer Herr im ersten Drittel des Saales auf, der erst kurz vorher den Saal betreten hatte, und rief mir ganz unmotiviert zu: ›Du bist mir auch der rechte germanische Jüngling!‹ Es entstand darauf eine augenblickliche atemlose Stille. Die meisten Versammlungsteilnehmer waren anscheinend der Meinung, dass es sich hier um einen Betrunkenen oder einen Irren handeln müsse. Dass das nicht der Fall war, ergab sich im selben Augenblick; denn der fragliche Versammlungsteilnehmer wiederholte in provozierendster Weise noch einmal diese schwere Anrempelung und setzte gleich darauf hinzu: ›Du Hund!‹ Dass diese alles Maß der politischen Umgangsform übersteigende Provokation von der ohnehin in starker Erregung befindlichen Versammlung nicht so ohne weiteres hingenommen werden konnte, das wird auch Sie nicht wundernehmen.«<sup>89</sup> Der »Provokateur« sei daraufhin von der SA aus dem Saal »hinausbefördert« worden.

Später stellte sich heraus, dass der Betreffende ein Geistlicher war, der evangelische Pfarrer Friedrich Stucke, der, neugierig geworden durch die vor dem Kriegervereinshaus vorsorglich aufgezugene Bereitschaftspolizei, zufällig in die Versammlung hineingeraten war. Stucke, von den NS-Publikationen als betrunken und »abgebauter« Pfarrer diffamiert, war krankhausreif geschlagen worden. Dieser erneute Vorfall führte diesmal zum Verbot der NSDAP in Berlin-Brandenburg samt ihrer Unterorganisationen. In der Begründung wurde festgestellt, dass die betroffenen Organisationen »in etwa 30 Fällen, zum Teil plan- und bandenmäßig, Angehörige der gegnerischen Organisationen und auch sonstige politisch Andersdenkende überfallen, Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen, sich der Körperverletzung schuldig gemacht, den Polizeibeamten Widerstand geleistet, fremdes Eigentum gewaltsam beschädigt und geraubt, Eisenbahn- und Straßenbahnzüge sowie Leben und Gesundheit unbeteiligter Straßenpassanten gefährdet, unbefugt Schuss- und andere gefährliche Waffen mit sich geführt und gebraucht und durch ihre Handlungen den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in stetig steigendem Masse bedroht« haben. Dabei habe es sich nicht – so wurde betont – um das Verhalten einzelner Mitglieder gehandelt, sondern diese strafgesetzwidrigen Handlungen sind »unter dem Einfluss der in den aufgelösten Vereinen führenden Personen, in Befolgung der von diesen Führern ausgegebenen Parolen und in der vermeintlichen Erfüllung von Vereinszwecken begangen« worden. Insbesondere Goebbels habe seit Übernahme seines Amtes die Mitglieder immer wieder zu strafbaren Handlungen aufgefordert.<sup>90</sup>

Mit dem Parteiverbot und dem damit verbundenen Redeverbot für den Gauleiter war Goebbels sein wichtigstes Instrument genommen: die öffentliche Provokation mit Hilfe der Frontbann-SA. Dieser Rückschlag rief zugleich jene innerhalb der Berliner NSDAP auf den Plan, die von Anfang an mit dem von Goebbels eingeführten Politikstil nicht einverstanden waren. Es war dies der Kreis um die Brüder Straßer, die in der von ihnen

herausgegebenen »Berliner Arbeiterzeitung« den Berliner Gauleiter mehrfach scharf angegriffen haben.<sup>91</sup>

Während die Goebbelsche Politik ganz überwiegend darin bestand, durch Diffamierung des politischen Gegners und gezielte Provokation die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen, setzte der Kreis um die Brüder Straßer etwas mehr auf inhaltliche Auseinandersetzung und »Überzeugungsarbeit«. Sie warfen nun Goebbels vor, mit seinen Agitationsmethoden das Parteiverbot selbst heraufbeschworen zu haben. Der schon seit längerem in der Berliner NSDAP schwelende Konflikt zwischen den Straßer-Brüdern und Goebbels spitzte sich zu, Goebbels reagierte schließlich mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung. Am 4. Juli 1927 erschien »Der Angriff« das erste Mal. In ihm setzte Goebbels seine Methoden der Hetze und Demagogie ungehemmt fort.<sup>92</sup> In einem seiner ersten Leitartikel machte Goebbels gleich klar, wer der Hauptfeind war. »Wir sind Judengegner, weil wir Verfechter der Freiheit des deutschen Volkes sind. Der Jude ist Ursache und Nutznießer unserer Sklaverei. Er hat die soziale Notlage der breiten Volksmassen dazu mißbraucht, die unselige Spaltung zwischen rechts und links innerhalb unseres Volkes zu vertiefen, aus Deutschland zwei Hälften gemacht und damit den eigentlichen Grund zum Verlust des großen Krieges auf der einen und zur Verfälschung der Revolution auf der anderen Seite gelegt.« Der Jude, von Goebbels als »parasitäres Lebewesen«, als »Prototyp des Intellektuellen«, »Dämon des Verfalls«, »Zerstörer unserer Rasse« bezeichnet, sei gleichermaßen Drahtzieher der marxistischen Weltverschwörung wie des internationalen Finanzkapitals.<sup>93</sup> Zugleich wurden neben der Herausgabe des »Angriffs« weitere Formen der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt.<sup>94</sup>

Am 31. März 1928 hob das Polizeipräsidium das Verbot der Berliner NSDAP mit der Begründung wieder auf, ihr die ungehinderte Möglichkeit zu den Wahlvorbereitungen für die Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 geben zu wollen. Das Ergebnis der Wahlen war allerdings für die NSDAP eine schwere Enttäuschung, sie verlor gegenüber der am 7. Dezember 1924 0,4 % und kam nur noch auf 2,6 % der Stimmen, in Berlin erreichte sie sogar nur ganze 1,5 %. Die Brüder Straßer machten wiederum indirekt den Gauführer für das enttäuschende Abschneiden der Partei in Berlin verantwortlich. Otto stellte fest, dass die Arbeiter zu den Kommunisten gegangen seien, und Gregor schrieb, dass die zuständigen Parteistellen ihre bisherige Arbeit nach Inhalt und Methoden überprüfen müssten.

Dies geschah dann auch. Am 1. Oktober 1928 wurde der Gau Berlin-Brandenburg in einen Gau Groß-Berlin und einen Gau Brandenburg geteilt. Der Gau Brandenburg wurde von dem Straßer-Freund Emil Holtz geführt, die Straßer-Brüder selber gehörten nun ebenfalls dem Gau Brandenburg an.<sup>95</sup>

Der Gau Groß-Berlin wurde neu organisiert. War aus der Zeit vor dem Parteiverbot meist nur von »Zusammenkünften« die Rede, so wurde nun in den Sektionen eine regelrechte Struktur der Versammlungsarbeit erkennbar, in dem regelmäßig Mitgliederversammlungen, Sprechabende, öffentliche Versammlungen etc. abgehalten wurden. Diese organisatorischen Veränderungen spiegelten sich auch in den im »Angriff« eingerichteten Rubriken »Die Plakatsäule«, »Aus den Sektionen« wider. Am 1. Juli 1928 wurde Reinhold Muchow,<sup>96</sup> der zuvor Propaganda- und Organisationsleiter der Sektion Neukölln gewesen war, mit der strafferen Organisation des Gaues beauftragt. Zusammen mit dem Dreher Johannes Engel<sup>97</sup> errichtete Gauorganisationsleiter Muchow zudem am 30. Juli 1928 ein Sekretariat für Arbeiterangelegenheiten, den Grundstein für die spätere Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO).

Gleichwohl blieb die SA das Rückgrat der Berliner NSDAP.<sup>98</sup> Auch hier gab es Veränderungen. Aus den Treff- oder Verkehrslokalen der SA entwickelte sich im Jahre 1928 das »Sturmlokal«, das alsbald zum festen Begriff und zum wesentlichen Bestandteil der Lebensführung der Berliner SA-Leute wurde.<sup>99</sup> Im SA-Sturmlokal trafen sich die jeweiligen SA-Stürme, die aus Freunden, Arbeitskollegen etc. eines Wohnbezirkes gebildet wurden. Das SA-Sturmlokal wurde als »befestigte Stellung in der Kampfzone« angesehen,<sup>100</sup> die SA-Stürme selber sahen sich in der Tradition der Frontsoldaten und Freikorpskämpfer.<sup>101</sup> Geführt wurden sie von einem SA-Sturmführer, der meist den paramilitärischen Wehrverbänden entstammte.<sup>102</sup> Die Masse der SA-Leute kam aus der Kriegsjugendgeneration.<sup>103</sup> Viele von ihnen waren arbeitslos oder befanden sich sonst wie auf einer absteigenden »sozialen Flugbahn«.<sup>104</sup> So waren die SA-Stürme eine Art Ersatzfamilie, eine Männergemeinschaft, deren zentraler Treffpunkt das jeweilige Sturmlokal war. »Für die SA-Leute waren die täglichen Treffen im Sturmlokal primär mit Alkoholgelagen und lärmender Kameraderie verbunden. So lernten die Männer sich im Alkoholnebel kennen und verpassten den Kameraden ihre Spitznamen«: Klöten-Karl, Bubi I, Bubi II, Fliegertüte, Schnapsdrossel, Lumpenstich, Mollenkönig, Revolverschnauze, Schießmüller.<sup>105</sup> Trinkfestigkeit und Gewaltbereitschaft standen ganz oben auf der Rangliste dieser Männerbünde. Bald schon überzog ein dichtes Netz von Sturmlokalen die Stadt. Waren es 1928 erst 20 Lokale, so existierten Ende 1931 nach Polizeiangaben schon 107, nach kommunistischer Meinung sogar 200 Sturmlokale im Berliner Stadtgebiet.<sup>106</sup> Die Sturmlokale galten den SA-Männern »als Vorposten im Bürgerkrieg«.<sup>107</sup> Die Parole hieß, »sich in jedem Straßenzug, möglichst immer gegenüber einem KPD-Lokal einzunisten«.<sup>108</sup> So



Abb. 1 SA-Sturmlokal im Bezirk Mitte, Mühlendamm, 30. Oktober 1932.



Abb. 2 SA-Aufmarsch, 30. Oktober 1932.

waren die gewalttätigen Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Diese nahmen dann auch von Jahr zu Jahr zu.<sup>109</sup>

Die obdachlosen SA-Männer wurden gegen geringe Mietzahlungen in SA-Heimen untergebracht. Betreuung und Drill waren hier untrennbar miteinander verbunden. »Der sozialfürsorgerische Militarismus kam darin zum Ausdruck, dass hier gedrillte Einheiten formiert wurden, die man durch die Unterbringung unter ständiger Kontrolle und permanenter Abrufbereitschaft halten konnte.«<sup>110</sup> In diesen »Kasernen« waren Waffen gelagert und in den Hinterhöfen wurden regelmäßig Schieß- und Exerzierübungen abgehalten.<sup>111</sup>

Das starke Anwachsen der SA führte allerdings auch zu Spannungen mit der Partei, insbesondere in Fragen der finanziellen Ausstattung. Außerdem war es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, die SA in ihrer Gesamtheit zu einer reinen Parteitruppe zu machen. Deren militärische Führer, allen voran der Weltkriegsoffizier, Freikorpskämpfer und Polizeihauptmann a. D. Walther Stennes, beanspruchten Eigenständigkeit gegenüber der zivilen Gauführung. So glich die SA in Berlin-Brandenburg in Teilen mehr einem unideologischen Wehrverband als einer Parteitruppe. Mitte August 1928 spitzte sich die Krise vollends zu. Stennes verlangte 3 500 Mark von der Reichsleitung. Als München nicht zahlte, versammelte er am 10. August 1928 die in Berlin anwesenden SA-Führer um sich und beschimpfte Hitler und von Pfeffer als »Lumpen«.<sup>112</sup> Goebbels führte mehrere

Gespräche mit Stennes und anderen SA-Führern und sicherte die Erstattung der 3 500 Mark zu. Zugleich kündigte Hitler an, in naher Zukunft zweimal vor der Berliner SA reden zu wollen. Der Konflikt konnte noch einmal abgewendet werden.

Die SA-Standarten bestimmten weiterhin das Erscheinungsbild der Partei. So auch bei den beiden ersten Massenveranstaltungen, die die NSDAP gegen Ende des Jahres 1928 organisierte. Am 29. und 30. September fand der »Dritte Märkertag« im Rahmen der propagandistischen Großaktion gegen »Dawes-Pakt und Erfüllungspolitik« statt. Tausende SA-Männer versammelten sich zu einer braunen »Heerschau« in Teltow, der Oberste SA-Führer von Pfeffer schritt die »Front« ab, sprach »von den großen soldatischen Begriffen des Kämpfertums, der Opferbereitschaft und der Manneszucht«. <sup>113</sup> Dann setzten sich die Kolonnen zum Sportpalast in Bewegung, wo eine große Kundgebung stattfinden sollte. In Lichterfelde erwartete sie der Gauleiter. Er sei ganz begeistert bei dem Anblick der »herrlichen Jungs« gewesen, die immer wieder das »Berliner SA-Lied« anstimmten, das erstmals im »Angriff« vom 25. Juni 1928 abgedruckt wurde und in dem es u. a. hieß: »Im Arbeitsschweiß die Stirne / den Magen hungerleer: / Die Hand voll Ruß und Schwielen / umspannt das Gewehr. / So stehn die Sturmkolonnen / zum Rassenkampf bereit. / Erst wenn die Juden bluten / erst dann sind wir befreit.« Im Sportpalast sprachen der Reichstagsabgeordnete von Reventlow, Kube und Goebbels, während diejenigen, die wegen Überfüllung keinen Einlass gefunden hatten, sich draußen mit den Kommunisten eine blutige Straßenschlacht lieferten, bei der allein 23 SA-Männer – einige schwer – verletzt wurden. <sup>114</sup>

Die Großveranstaltung am 16. November im Sportpalast, auf der nach der Aufhebung des Redeverbots durch die preußische Regierung Hitler vor 18 000 Menschen sprach, hatte ein Nachspiel: Am nächsten Morgen wurde der SA-Mann Hans-Georg Küttemeyer vom Sturm 15, der bei der Veranstaltung an der Kasse gesessen hatte, tot aus dem Landwehrkanal geborgen. <sup>115</sup> Für Goebbels stand fest, dass Küttemeyer von den Kommunisten ermordet worden war, während die »Judenpresse« – so Goebbels – einen Selbstmord vorzutäuschen versucht. <sup>116</sup> Im »Angriff« wurde eine Kampagne entfacht, in der unter Überschriften wie »Ein Toter klagt an« Küttemeyer als ein Mann dargestellt wurde, der aus Liebe zu Deutschland und treuer Pflichterfüllung zum »Führer« den Tod erlitten hat. »Nun liegt er«, so hieß es da weiter, »ein Opfer seiner nationalsozialistischen Überzeugung, in deutscher Erde zwar, aber ermordet, gemeuchelt von mißleiteten, verhetzten Volksgenossen. – Tragisches Geschick!« <sup>117</sup> Als die polizeilichen Ermittlungen die Selbstmordthese erhärteten und die Polizei die Akten im Fall Küttemeyer schloss, betrieb die Gauleitung der NSDAP die Nachforschungen nach den angeblichen Mördern »unentwegt« weiter. <sup>118</sup> Von aufgehetzten Bauarbeitern war da die Rede, die Küttemeyer mißhandelt und dann in den Landwehrkanal geworfen haben sollen. <sup>119</sup>

Ende 1928 kam es innerhalb der Berliner SA zu einer wichtigen personellen Veränderung: Kurt Daluege, der bislang eng mit dem Berliner Gauleiter Goebbels zusammengearbeitet hatte, trat als Berliner SA-Führer zurück, ab 1929 leitete er die Berliner SS. <sup>120</sup> Nachfolger von Daluege wurde der Stennes-Mann Walter Jahn. <sup>121</sup> Zum General-Appell am 13. Dezember 1928 trat der neue Gausturmführer Jahn zusammen mit Kapitänleutnant Manfred von Killinger, <sup>122</sup> General Franz Ritter von Epp <sup>123</sup> und Goebbels das erste Mal öffentlich auf. Dieser General-Appell war ein Aufruf zur Einheit. Von Killinger widersprach Gerüchten, wonach Kapitän Ehrhardt Hitler 1923 im Stich gelassen habe; im Gegenteil, derselbe Ehrhardt habe ihm den Rat gegeben, Nationalsozialist zu werden. General von Epp sprach allgemein von Manneszucht und Mannestreue und Goebbels

über den »Sinn und Zweck der S.A.«: »Ohne die S.A.«, so betonte er, »wäre unser Kampf sinn- und zwecklos. Niemals dürfen daher zwischen politischer Leitung und S.A. Differenzen entstehen.«<sup>124</sup>

Die SA in Berlin-Brandenburg wurde entsprechend der Neugliederung der Partei vom 1. Oktober ebenfalls in zwei Gaustürme aufgeteilt: in den »Gausturm Berlin« und den »Gausturm Brandenburg«.<sup>125</sup> Im Frühjahr 1929 wurde schließlich die SA insgesamt neu organisiert: die sieben Oberführer, die SA-Führer Oberost, Obernord usw. erhalten die Bezeichnung »Oberster SA-Führer Stellvertreter« oder »Oberster SA-Führer Ost« (OSAF-Ost) etc.<sup>126</sup>

Das Jahr 1929 eröffnete der NSDAP neue Möglichkeiten, sich zu einer tatsächlich einflussreichen Partei zu entwickeln. In Paris trat am 9. Februar unter dem Vorsitz des Amerikaners Young eine Sachverständigen-Konferenz zusammen, die eine vollständige und endgültige Regelung der Reparationszahlungen ausarbeiten sollte. Auf Initiative der DNVP, die sich mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch den Medien-Magnaten Alfred Hugenberg im Oktober 1928 radikal von ihrer bisherigen Linie abgekehrt und zur prinzipiellen Opposition gegen Weimar und Versailles hingewandt hatte, konstituierte sich daraufhin ein »Reichsausschuß für das Volksbegehren gegen den Young-Plan«, der von Hugenberg, dem Stahlhelm-Führer Franz Seldte, Justizrat Heinrich Claß vom Alldeutschen Verband und Hitler geführt wurde. Das Bündnis mit der von Hugenberg geführten DNVP und dem Stahlhelm bot Hitler erstmals Gelegenheit, in der großen Politik mitzureden, außerdem standen ihm die Medien Hugenbergs für die Propaganda zur Verfügung. Doch stieß das Bündnis mit der »Reaktion« innerhalb der NSDAP auch auf Widerstand. Insbesondere der Kreis um Otto Straßer sah darin einen Verrat an den Prinzipien des Nationalsozialismus. In einer verbreiteten Erklärung beklagten sie die zunehmende Verbürgerlichung der Partei, die Voranstellung taktischer Momente über Grundsätze sowie die rasch fortschreitende Verbonzung des Parteiapparates.<sup>127</sup> Als sie auf einer Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin Ende Juni 1930 ihren Standpunkt vertreten wollten, gab Goebbels ihren angeblich längst erfolgten Parteiausschluss bekannt und ließ sie von der SA unter der Führung von Hans Hustert einfach auf die Straße setzen.<sup>128</sup>

Die Strategie Hitlers, in einem Bündnis mit der DNVP und dem Stahlhelm schrittweise auf legalem Wege die Macht erlangen zu können, stieß allerdings auch in der SA auf Ablehnung. Die Berliner SA-Führer um Walther Stennes fürchteten, dass mit dieser Politik die SA an Einfluss verlieren und die finanzielle Lage der SA sich weiter verschlechtern könnte. In einem Schreiben vom 24. Juli hatte Stennes dem Obersten SA-Führer von Pfeffer noch einmal in drastischen Worten die schlechte finanzielle Ausstattung der SA vor Augen geführt und entsprechende Verbesserungen verlangt. Als Ausgleich forderten Stennes und sein Stab nun Parlamentsmandate für die bevorstehenden Reichstagswahlen am 14. September 1930. Als von Pfeffer Hitler am 1. August diese Forderung vortrug, wurde er abgewiesen. Am 12. August reichte daraufhin von Pfeffer sein Abschiedsgesuch ein.<sup>129</sup>

Goebbels hatte zunächst Stennes die geforderten Mandate zugesichert, die SA aber dann doch bei der Nominierung der Kandidaten übergangen. Als die Täuschung offenbar wurde, kündigte Stennes ihm und der Partei kurzerhand die Gefolgschaft und besetzte – während Goebbels gerade in Breslau weilte – am 30. August 1930 die Geschäftsstelle der NSDAP in der Hedemannstraße. Goebbels war außer sich und rief sofort Hitler an. Im »Herzog von Coburg«, einem kleinen Hotel am Anhalter Bahnhof, trafen sich Hitler,

Goebbels und Stennes. Nach einer langen Nacht lenkte Hitler schließlich ein und bot Stennes Beitragserhöhungen zugunsten der SA an – von Parlamentsmandaten war allerdings keine Rede mehr. Stennes akzeptierte, Hitler versprach ihm per Handschlag, sich von ihm auch in Zukunft nicht zu trennen. Der unter Vermittlung von Goebbels zustande gekommene »Burgfrieden« wurde auf einer Versammlung der Berliner SA im Kriegervereinshaus verkündet. In seiner Rede gab Hitler den Rücktritt von von Pfeffer als Obersten SA-Führer bekannt und kündigte an, dass er nunmehr selber die Führung von SA und SS übernehmen werde. Zum Schluss appellierte er an die Treue der Versammelten: »Wir wollen in dieser Stunde geloben, daß nichts uns trennen kann gegen alle Teufel!« Mit gefalteten Händen, wie in einem Gebet versunken, beendete Hitler seine Rede. Goebbels war zufrieden: »Alles in Butter. Das ist das Ende des Stennes-Putsches.«<sup>130</sup>

In München wurde Röhm, der 1925 wegen seiner abweichenden Konzeption aus der SA ausgeschieden war, zum Stabschef der SA ernannt. Oberster SA-Führer war nun Hitler selber. Damit hat der so genannte 1. Stennes-Putsch seinen Abschluss gefunden. Der Gegensatz schwelte jedoch weiter. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, die der NSDAP mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen einen politischen Erdbeben bescherten,<sup>131</sup> schienen den von Hitler eingeschlagenen Legalitätskurs eindrucksvoll zu bestätigen, und als vor dem Leipziger Reichsgericht im September 1930 ein Prozess gegen drei Reichswehroffiziere der Ulmer Garnison stattfand, zu dem auch Hitler als Zeuge geladen war, versicherte dieser unter Eid, dass er auf friedlichem Wege durch den Stimmzettel an die Macht kommen wolle.<sup>132</sup> Goebbels, der Hitlers Kurs für eine kurzfristige taktische Maßnahme hielt und Hitlers Legalitätseid als »genialen Schachzug« bezeichnete,<sup>133</sup> setzte derweil in Berlin seine hemmungslose Agitation fort, die in einem deutlichen Gegensatz zu Hitlers Legalitätsbekundungen stand. Den Auftakt lieferte die bereits Anfang des Jahres erfolgte Ermordung des SA-Führers Horst Wessel. Wessel war im Mai 1929 von Goebbels die Führung des S.A.-Trupps 34, Sturmbezirk Friedrichshain, übertragen worden, in dessen Bereich auch der Fischerkiez, eine Hochburg der KPD, gehörte. Gerade hier kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen dem von Horst Wessel geführten SA-Trupp und den Kommunisten.<sup>134</sup> Am 14. Januar 1930 erschien nun die Witwe Elisabeth Salm in einem Lokal in der Dragonerstraße, das als Treffpunkt von KPD-Sympathisanten bekannt war, und bat die dort Anwesenden, ihr zu helfen. Sie habe Streit mit ihrem Untermieter, einem gewissen Horst Wessel, wegen Mietforderungen. Daraufhin begab sich ein Trupp zum Wohnhaus Wessels in die Große Frankfurter Straße 62. Zu ihm gehörten der arbeitslose Tischler Albrecht (Ali) Höhler und Erwin Rückert. Beide stiegen die Treppe zur Wohnung hinauf. Mit gezogenem Revolver klopfte Höhler an die Tür, als der SA-Mann öffnete, drückte er ab. Vor den Augen seiner Freundin Erna Jaenichen, einer früheren Prostituierten, brach Wessel zusammen. Er starb am 23. Februar 1930 im Krankenhaus Friedrichshain. In der nun folgenden Propagandaschlacht wurde der Tod als Folge eines Streites zwischen Zuhältern dargestellt. Die »Rote Fahne« schrieb, dass der »Nazistudent Wessel« Zuhälter gewesen sei und distanzierte sich von Ali Höhler. Der »Völkische Beobachter« konterte unter der Überschrift »Zuhälter und Mörder als Fahnenträger von Rotfront«: »Was sagen die ehrlichen deutschen Arbeiter der K.P.D. dazu, daß ihre rote Fahne von kriminellen Verbrechern und ›Männern‹ getragen wird, die von Hurengeld ihr Dasein fristen.«<sup>135</sup> Goebbels stilisierte den gescheiterten Pfarrersohn zum »Märtyrer« der Bewegung, der sich in eine Prostituierte verliebt und sie von der Straße geholt habe und im Kampf um eine »bessere Welt« gestorben sei.<sup>136</sup> Den Mördern drohte er, sie »zu Brei und Brühe« zu schlagen.<sup>137</sup>





Abb. 3 Gedenkveranstaltung für Horst Wessel, Joseph Goebbels am Grab auf dem Nikolai-Friedhof (Bezirk Prenzlauer Berg), 23. Februar 1934.

Zumindest mit dieser Forderung sollte er Recht behalten.<sup>138</sup> In seiner Trauerrede auf dem Friedhof von St. Nikolai am Prenzlauer Berg am 1. März 1930, bei der auch Göring, der SA-Führer von Pfeffer sowie Prinz August Wilhelm von Preußen anwesend waren, bezeichnete Goebbels den toten Sturmführer als einen »Christussozialisten«, einen, der durch Taten rufe: »Kommt her zu mir, ich will Euch erlösen (...).«<sup>139</sup>

Unterdessen ging die Konfrontationspolitik unvermindert weiter. Als die Gewerkschaften Mitte Oktober 1930 den Berliner Metallarbeiterstreik ausriefen, ordnete Goebbels die Beteiligung der nationalsozialistischen Betriebszellen an. In seiner Radikalität stand er den Kommunisten keineswegs nach. Im »Angriff« attackierte er die jüdischen »Börsenhyänen«, die sich auf Kosten der deutschen Arbeiter bereicherten.<sup>140</sup> Der »Angriff« erschien nun nicht mehr halbwochentlich, sondern ab dem 1. November täglich – nach dem Willen Goebbels »noch radikaler«.<sup>141</sup> Wüste Krawalle begleiteten den Anti-Kriegsfilm »Im Westen nichts Neues«. Am 4. Dezember 1930 besetzte ein »Rollkommando« ausgesuchter Parteigenossen und SA-Leute unter Führung des Gauleiters das Lichtspieltheater »Mozartsaal« im Berliner Westen und verwandelte es in ein »Tollhaus«. Unter den Rufen »Juden raus« wurden jüdische Kinobesucher oder solche, die man dafür hielt, gehorfeigt, Stinkbomben von der Galerie geworfen, im Parkett weiße Mäuse losgelassen.



Abb. 4 SA-Sturmlokal im Bezirk Charlottenburg, Hebbelstraße, 1930.

Die Auseinandersetzungen mit den Kommunisten nahmen zu. Ein Schwerpunkt der Gewalttätigkeiten war nun vor allem jener Teil von Berlin-Charlottenburg, in dem der Sturm 33 operierte. Dieser hatte am 13. September 1930 sein neues Sturmlokal »Zur Altstadt« in der Hebbelstraße bezogen. Von diesem Sturmlokal gingen meistens die Gewalttätigkeiten aus. Am 23. November kam es zur ersten spektakulären Gewaltaktion: Zwei SA-Männer waren auf ihrem Weg vom Sturmlokal an dem Tanzpalast Eden in der Kaiser-Friedrich-Straße 24 vorbeigegangen, einem Vergnügungsort, der vor allem von Kommunisten besucht wurde und in dem an diesem Abend der Arbeitersport- und Wanderverein »Falke« sein Stiftungsfest veranstaltete. Die vor dem Lokal stehenden Arbeiter hatten ironisch den vorbeigehenden SA-Männern »Heil Hitler« zugerufen und einem sein Parteiabzeichen abgerissen. Dieser lief zum Sturmlokal zurück und alarmierte seine Kameraden. Mit Kabeldrahtenden, Lederpeitschen und Gummiknütteln bewaffnet, zogen 20 SA-Männer zum Tanzpalast los. »Kurz vor dem Tanzpalast ertönte ein Signalpfeif und es fielen zwei Schüsse aus der Gruppe. Unter dem Ruf »Heil Hitler! Straße frei!« drangen sie bis zur Garderobe des Lokals vor. Dort wurde auf die Anwesenden losgeschlagen. Die Festteilnehmer im ersten Stock des Lokals wurden durch den Ruf »Nazis kommen« gewarnt. So gelang es den mit Stühlen bewaffneten Arbeitern, einen Teil der SA-Männer zurückzudrängen. Einige SA-Männer konnten dennoch in den Vorraum vordrängen und schossen durch eine Glastür blind in die Menge der Tanzgäste. Drei Arbeiter (...) wurden dabei verletzt. Als der Portier das Überfallkommando rufen wollte, wurde er mit einer Hundepeitsche derart ins Gesicht geschlagen, daß er benommen liegenblieb.«<sup>142</sup> Vier SA-Männer wurden später angeklagt, von denen drei

wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Das Jahr 1931 begann wie das vorangegangene geendet hatte: Gleich in der Silvesternacht ereignete sich ein erneuter blutiger Zusammenstoß in Berlin-Charlottenburg. Die SA-Männer hatten in ihrem Sturmlokal Neujahr gefeiert, bis dort ein SA-Mann meldete, dass Parteigenossen von Kommunisten überfallen worden seien. Sturmführer Hahn ordnete an, dass die Lokalinsassen zur Überfallstelle mitkommen sollten, um die Täter »ordentlich auf den Leisten zu schlagen«. Die Gruppe streifte durch die Straßen, fand aber weder Kommunisten noch bedrängte Kameraden, bis sie schließlich die Brüder Erich und Robert Riemenschneider antrafen, zwei Reichsbanner-Männer, die ebenfalls von einer Silvesterfeier heimkehrten. »Der Sturmführer Fritz Hahn befahl ›SA ran! Überfall!‹ Beide wurden zusammengestoßen und am Boden liegend mit Fußtritten bearbeitet. Erich Riemenschneider konnte, trotz eines Messerstichs direkt neben der Wirbelsäule, fliehen. Robert Riemenschneider wurde, während ihn ein anderer SA-Mann festhielt, von einem weiteren SA-Mann sechsmal in den Rücken gestochen. (...) Auf das Kommando Hahns (›S.A. zurück‹) suchten die Angreifer das Weite.«<sup>143</sup> Fünf SA-Männer konnten festgenommen und angeklagt werden, Sturmführer Hahn floh nach Holland. Der Hauptangeklagte, der 18-jährige Elektrikerlehrling Gerhard Neubert, wurde wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit Raufhandel zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, ein weiterer zu anderthalb Jahren, zwei andere SA-Männer zu einem Jahr Gefängnis,



Abb. 5 Angehörige des Sturms 33, obere Reihe von links: Alfred Buske, Paul Markowski, Hans Maikowski, Fritz Hahn, Fritz Dommning, Wittke und Konrad Dommning, Weihnachten 1932.

und einer wurde freigesprochen. »Am Tage der Urteilsverkündung erhielt der Staatsanwalt Stenig einen anonymen Drohbrief, in dem es hieß, mit ihm werde, wenn das Dritte Reich gekommen sei, abgerechnet. Der Schlußsatz lautete: ›Rache, Rache, Sie Ochsenknecht und Schmarotzer‹.«<sup>144</sup>

Auch in anderen Stadtteilen kam es in der Silvesternacht zu Gewaltaktionen. Im Nordosten hatte ein SA-Mann bei einer Schlägerei einen Reichsbannerangehörigen und einen Unbeteiligten mit einem Revolver niedergestreckt.<sup>145</sup> Beide starben kurz darauf im Krankenhaus, was Goebbels mit den zynischen Worten kommentierte: »Das macht Respekt.«<sup>146</sup>

Zugleich suchte der Gauleiter die »argumentative« Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Eine solche fand am 22. Januar 1931 mit dem KPD-Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Walter Ulbricht, im Saalbau Friedrichshain statt.<sup>147</sup> 5 000 Besucher waren erschienen, davon über 1 000 Kommunisten. Die SA-Standarte »Zackig« übernahm den Saalschutz. Als Ulbricht seine Rede beendet hatte, stimmten die Roten Frontkämpfer die »Internationale« an, schon bald überstimmt von den »Heilrufen« der SA-Leute. Dann begann Goebbels seine Rede. Er habe am Morgen – so führte er aus – Briefe bekommen, »in denen ihm von Kommunisten angeraten wäre, sich am Abend einen großen Verbandskasten mitzubringen«.<sup>148</sup> Dies war das Stichwort. Die ersten Bierseidel und Gläser sausten durch die Luft, und bald war eine



Abb. 6 *Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Ulbricht während seiner Rede im Saalbau Friedrichshain, vorn links: Joseph Goebbels, 22. Januar 1931.*

Saalschlacht im Gange, die ihresgleichen sucht. »Sämtliche Einrichtungsgegenstände, die Tische und Stühle, die Spiegel und Vorhänge werden zerstört, alle Fensterscheiben zerschlagen, bis in die Toiletten hinein tobt der Kampf.«<sup>149</sup> Als die Polizei anrückte, fand sie mehr als 100 Verletzte vor, darunter zahlreiche Schwerverletzte.

Einige Tage später, am 29. Januar 1931, kam es zu einem weiteren schweren Zwischenfall. Ort des Geschehens war wieder Berlin-Charlottenburg. Der Kommunist Max Schirmer war mit einigen Freunden von der »Roten Hilfe« auf dem Heimweg im Sturmlokal in der Hebbelstraße eingekehrt, um dort noch ein Glas Bier zu trinken. Sie nahmen in dem vorderen Raum, in dem sich keine »Gäste« befanden, an einem Tisch neben der Tür Platz. Kurz darauf traten etwa fünf SA-Männer aus dem hinteren Zimmer in den Vorraum. Der SA-Mann Paul Klemt kannte einen der Männer aus seiner Schulzeit und rief ihm zu: »Du freches Schwein! Ihr wollt hier wohl spionieren.« Vom Lärm herbeigelockt, eilten weitere SA-Männer aus dem Hinterraum heraus. Mit Fäusten, Koppeln und einer Hundepeitsche schlugen sie auf die Kommunisten ein. Max Schirmer versuchte, durch die Tür zu fliehen, und wurde dabei mit einem Messer dreimal in den Rücken gestochen. Er soll vor der Tür gerufen haben: »Hilfe! Ich bin gestochen!« Ein herannahender Polizeibeamter ordnete an, Schirmer in das Auto des im Sturmlokal anwesenden »Angriff«-Redakteurs Kiefer zu legen. Als der Schutzpolizist die Wache verständigen wollte, wurde Schirmer von mehreren SA-Leuten nochmals misshandelt. Er rannte die Straße einige Schritte entlang und brach dann zusammen. Am nächsten Tag verstarb Schirmer im Krankenhaus Westend, in seinem Körper fand der Obduzent fast zwei Liter ergossenes Blut.<sup>150</sup> Drei weitere Kommunisten wurden erheblich verletzt. Sechs SA-Männer standen vor Gericht; der Haupttäter, der 18-jährige Konditorgehilfe Kurt Becker, wurde wegen Totschlags in Tateinheit mit Raufhandel zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Nur wenige Tage später, am 1. Februar 1931, wurde nachts an der Ecke Hebbelstraße/Schloßstraße der Arbeiter Otto Grüneberg von SA-Männern des Sturms 33 getötet. Zwei weitere wurden schwer verletzt. Nachts trafen die Kommunisten auf den Sturmtrupp der Nationalsozialisten. Plötzlich fielen mehrere Schüsse. Einer traf Grüneberg, schwer verletzt schleppte er sich die Schloßstraße entlang, am Rinnstein vor einer Kneipe, die heute »Kastanie« heißt, fiel er um. Leute aus der Kneipe brachten ihn in das Lokal. Dort verblutete er.<sup>151</sup>

Die von Goebbels betriebene Konfrontationspolitik führte dazu, dass sich das Verhältnis zwischen der Berliner Gauführung und der SA merklich verbesserte. Goebbels erklärte, Stennes in der Vergangenheit Unrecht getan zu haben. Im »Angriff« wurde Stennes als bewährter Frontsoldat und erfolgreicher Freikorpsführer präsentiert.<sup>152</sup> In sein Tagebuch schrieb Goebbels: »SA + ich. Das ist die Macht.«<sup>153</sup> Gemeinsam wandten sich Goebbels und Stennes gegen die verschwenderische Selbstdarstellung der »Münchener Bonzen«, gegen den »skandalösen Saustall in München«. Doch während Stennes zu den Bonzen auch Hitler zählte, sah Goebbels den »Führer« als das Opfer seines politischen Umfeldes, insbesondere von Hermann Esser, Gottfried Feder und Alfred Rosenberg.<sup>154</sup>

Hitler wiederum musste befürchten, dass die von Goebbels in Berlin im Zusammenwirken mit der SA betriebene radikale Politik seinen Legalitätskurs gefährden könnte, und befahl die sofortige Einstellung des gesamten Parteiapparates auf die vom Reichskanzler Brüning erlassene Notverordnung.<sup>155</sup> Am 25. Februar 1931 bestimmte Röhm, dass den Sturmabteilungen fortan die Teilnahme an Straßenschlachten und den SA-Führern jegliche Redetätigkeit untersagt sei. Stennes sah in dieser Anordnung einen Affront. Er wandte sich nun immer unverhohlener gegen die »Verweichlichung« und

»Verbürgerlichung« der Partei und das »erbärmliche Legalitätsgeschwätz«<sup>156</sup> und forderte stattdessen ein »aktives Vorgehen«. »Wir Kämpfer«, so Stennes, »sind 1918, 1920 und 1923 um die Siege unserer Sache betrogen worden.«<sup>157</sup> Dies gelte es, ein weiteres Mal zu verhindern. Die von Stennes genannten Jahreszahlen zeigen deutlich, für welchen Weg er sich entschieden hatte. Die SA bezeichnete er als die »Speerspitze der Revolution«, und in einer Artikelserie, die er im Berliner »Angriff« veröffentlichen konnte, vertrat er den Standpunkt, dass der Sieg nur über eine gewaltsame Revolution und einen Putscherrungen werden könne.<sup>158</sup> In einem Brief warnte er Röhm. Niemand, so Stennes, »regiert auf die Dauer ungestraft gegen die Ansicht der besten Bestandteile des Volkes – in diesem Fall gegen die Stimmung der SA.«<sup>159</sup>

Gegen diese Position wandten sich insbesondere Hermann Göring und Adolf Hitler. Göring bezeichnete es als »ein Verbrechen, jetzt, nachdem die Bewegung 10 Jahre mit wachsendem Erfolg gekämpft habe, sie illegal zu machen«. Einen »Marsch auf Rom« dürfe es nicht geben, vielmehr bestehe »die Aufgabe des Nationalsozialismus darin, sich mit dem Stimmzettel die Macht zu erobern.«<sup>160</sup> Und Hitler schrieb: »Wer heute die nationalsozialistische Bewegung in einen offenen Krieg gegen den Staat führt, versündigt sich an der Bewegung. (...) Ich halte jeden Mann, der es versucht, eine gänzlich unbewaffnete Organisation zu einer Gewalttat gegen den heutigen Staat aufzuputschen entweder für einen Narren, oder einen Verbrecher oder für einen Lockspitzel! Ich habe die strenge Legalität der Partei beschworen, und ich lasse mich von niemandem zum Meineidigen machen, am wenigsten von Polizeihauptmann a. D. Stennes.«<sup>161</sup>

Hitler rief für den 1. April 1931 eine Parteiführerversammlung nach Weimar ein und verfügte über Röhm die Absetzung von Stennes. Aufgrund einer Indiskretion war die Nachricht schon am 31. März in der Reichshauptstadt durchgesickert, und als Stennes telegrafisch anfragte, ob seine Absetzung durch Röhm zu Recht erfolgt sei, ließ Hitler zurückdrahten, er habe keine Fragen zu stellen, sondern Befehle auszuführen. Damit war der Bruch endgültig. Während Goebbels sich gerade in Weimar aufhielt, besetzte Stennes mit seiner SA gegen den handgreiflichen Widerstand der SS-Wache die Räume der Gauleitung in der Hedemannstraße und die Redaktionsräume des »Angriffs«, dessen Ausgabe vom 2. April von ihm herausgegeben wurde. Darin kündigte Stennes an, dass er, getragen vom Vertrauen der ihm unterstellten SA-Verbände, »die Übernahme der Führung der Bewegung in den Provinzen Mecklenburg, Pommern, Brandenburg-Ostmark, Schlesien und in der Reichshauptstadt durch die SA angeordnet« habe. Es gehe der SA nur um den Sieg der Idee im Kampf für Volk und Vaterland gegen bürgerlich-liberalistische Tendenzen innerhalb der politischen Leitung der NSDAP. »Horst Wessel und die Tausende von Kameraden sollen nicht umsonst geblutet haben.«<sup>162</sup>

Hitler berief den ehemaligen Führer der Schwarzen Reichswehr, Oberleutnant a. D. Paul Schulz, kommissarisch zum neuen Obersten SA-Führer Ost mit der speziellen Aufgabe, die Revolte niederzuschlagen und die SA von den Stennes-Anhängern zu säubern. Schulz ernannte Kurt Daluege zu einem Adjutanten.<sup>163</sup> Daluege schleuste seinen Vertrauten, den SS-Mann Herbert Packebusch,<sup>164</sup> in den SA-Stab um Stennes, so dass er rechtzeitig über alle Entwicklungen innerhalb der SA unterrichtet war. Zum kommissarischen Untergruppenführer für den Gausturm Berlin ernannte Gruppenführer Schulz den Leutnant a. D. Edmund Heines, Gausturm-Adjutant von Heines wurde Karl Ernst.<sup>165</sup> Die kommissarische Führung der SA des Gaues Brandenburg übernahm Kurt Krüger und die kommissarische Führung der SA im Gau Schlesien Leutnant a. D. Hans Hayn.<sup>166</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen der neuen kommissarischen SA-Führung um Paul Schulz und der alten um Walther Stennes wurden mit aller Härte geführt. Wiederholt kam es zu schweren Schlägereien zwischen den beiden Gruppierungen. Mit Schulz und Stennes standen sich zwei ehemalige Führer der Schwarzen Reichswehr gegenüber. In dieser Auseinandersetzung spielte dann auch der ehemalige Frontbannführer Paul Röhrbein wieder eine Rolle. Obwohl Röhrbein der NSDAP und SA nicht mehr angehörte, gingen doch verschiedene Führer von Partei und SA in seiner Wohnung in Halensee ein und aus, und wiederholt war er mit seinem ehemaligen Intimus und Adjutanten Karl Ernst in der Öffentlichkeit gesehen worden. Dabei soll er sich wenig vorteilhaft über den »Führer« geäußert haben.<sup>167</sup> Die anwesenden SA-Kameraden, die solch herabsetzende Äußerungen auf dem »Führer« nicht sitzen lassen mochten, drohten Röhrbein mit Prügel und verboten ihm den Zutritt zu den Sturm- und Parteilokalen, worauf Röhrbein erwiderte: »Aber ihr braucht mich doch nicht zu hassen, denn letzten Endes geschieht ja doch was ich will und ihr müsst ja doch so handeln, wie ich es bestimme.«<sup>168</sup> In einem anderen Zusammenhang äußerte Röhrbein: »Laßt man, wenn mein Freund Röhm erst loslegt, dann lege ich und Röhm Hitler in die Tasche.«<sup>169</sup> Aufgrund solcher Äußerungen war in weiten Teilen der Berliner SA der Eindruck entstanden, dass der außerhalb der SA stehende Röhrbein der »anonyme Leiter« der SA sei, der seinen Anspruch über die »merkwürdigen Verbindungen« zu einzelnen verantwortlichen Führern innerhalb der SA umsetze. In weiten Kreisen der Berliner SA herrschte Empörung über den homosexuellen Dreibund »Röhm – Röhrbein – Ernst«. Diese Stimmung griffen insbesondere die Stennes-Leute auf. Bezeichnend ist dabei folgender Vorfall. Karl Ernst rief nachts aus dem Lokal »Halenseer Hütte« am Kronprinzendamms den Sturm 12 um Hilfe. Das Lokal war von dem Stennes-Sturm unter Walter Bergmann umlagert. Bergmann hatte in dem Lokal Karl Ernst zusammen mit Röhrbein überrascht und daraufhin seinen Sturm mobilisiert. Als die von Karl Ernst alarmierten S.A.-Leute im Lokal ankamen, war schon das Überfallkommando dort und nahm Walter Bergmann fest. Dieser schrie dauernd bei seiner Festnahme zu Karl Ernst: »Da seht Euch die Parteischädlinge an, diese Puppenjungs, diese verfluchten Arschficker, die den guten Ruf der Partei zum Teufel gehen lassen. Da sitzen sie alle beide, diese schwulen Säue.«<sup>170</sup>

Die von Stennes erhoffte große Parteirevolte blieb jedoch aus. Ergebnisseadressen aus vielen Gauen trafen in München ein, abtrünnige SA-Leute kehrten zur Partei zurück. Schon Mitte April konnte Schulz dem Gauleiter Goebbels im Sportpalast vor 4 000 zum »Generalappell« Angetretenen eine »gesäuberte« und neu formierte hitlertreue Sturmabteilung melden. Hitler bedankte sich bei Schulz: »Sie haben in entscheidender Stunde an wichtiger Stelle einen verantwortungsvollen Posten übernommen und ihn in jeder Hinsicht zu meiner vollen Zufriedenheit ausgefüllt. Die rasche Beruhigung, die im Bereich der Gruppe Ost nach Übernahme der Führung durch Sie eintrat, ist Ihr und Ihrer Mitarbeiter bleibendes Verdienst. Sie haben Ihre Aufgabe so befriedigend gelöst, daß ich Sie nunmehr schon Ihrem größeren Wirkungskreis wiedergeben kann.«<sup>171</sup>

Etwa 500 Stennes-Anhänger wurden ausgeschlossen. Zu ihnen gehörte der ehemalige Ehrhardt-Adjutant Leutnant a. D. Herbert Jantzon, der ehemalige Berliner SA-Führer Walter Jahn, der ehemalige Frontbann- und SA-Führer Ernst Wetzel, der ehemalige SA-Oberführer der Provinz Brandenburg, Josef Veltjens, sowie der am Rathenau-Mord beteiligte Ernst Werner Techow und der Scheidemann-Attentäter Hans Hustert.<sup>172</sup>

Die »politische Abrechnung« mit den Stennes-Leuten erfolgte in einem internen Polizeibericht, der unter der Regie von Daluge verfasst wurde und in dem Stennes u. a.

vorgeworfen wurde, mit allen Mitteln Stabschef Röhm in den Augen des Führers zu diskreditieren. Zu diesem Zweck habe Stennes die so genannten Röhm-Briefe, aus denen die Homosexualität des Stabschefs hervorgehe, dem Landgericht München zugespielt und sogar im Juli oder Anfang August 1931 ein Attentat auf Röhm organisiert, das nur in letzter Minute von ergebenen SS- und SA-Männern verhindert werden konnte.<sup>173</sup>

Im Juli 1931 wurde schließlich die SA-Führung neu besetzt. Edmund Heines übernahm die SA-Führung im Gau Schlesien, sein Stabschef wurde Hans Hayn.<sup>174</sup> Stabsleiter der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg wurde Karl Ernst.<sup>175</sup> Führer des SA-Gausturms Berlin war schon Ende Mai der aus dem Baltikum bekannte Hauptmann a. D. Heinz von Petersdorff geworden.<sup>176</sup> Doch bereits im Juli 1931 war deutlich geworden, dass der Leiter der Berliner SA, Petersdorff, seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Anfang August ernannte Röhm an Stelle von Petersdorff vorläufig den Grafen Helldorf zum Chef der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg.<sup>177</sup>

Seine »Bewährungsprobe« hatte Graf Helldorf schon im September zu bestehen. Goebbels hatte eine neue Aktion geplant, die am 12. September 1931, dem jüdischen Neujahrsfeiertag, auf dem Kurfürstendamm »steigen« sollte. Auf einem Treffen der Berliner NS-Führer hatte er vorgeschlagen, am Vorabend des jüdischen Neujahrstages eine Demonstration von Arbeitslosen zu veranstalten. Die Spitzen der SA widersprachen der Beschränkung auf Arbeitslose, und so wurde die generelle Beteiligung der SA beschlossen. Am Abend des 12. September nahmen rund 500 bis 1 000 SA-Leute aus mindestens 18 SA-Stürmen an einer Demonstration teil, die den Charakter eines gewaltsamen Pogroms annahm; ein ominöses Vorspiel der späteren antijüdischen Exzesse.<sup>178</sup> Der berüchtigte Charlottenburger »Mördersturm 33« war auch beteiligt. Was im Einzelnen geschah, darüber geben die polizeilichen Ermittlungen Auskunft: »Jüdisch aussehende Bürger« und Ausländer wurden »von einzelnen Gruppen in verschiedener Stärke überfallen und mit Fäusten, Schlagringen und Knüppeln niedergeschlagen. Eine Gruppe von etwa 20 bis 30 Personen drang in das Kurfürstendamm 35 gelegene Café Reiman ein, warf die im Vorgarten des Café's befindlichen Tische und Stühle durch die Schaufensterscheibe des Lokals in das Innere des Gastraumes und flüchtete als dann.«<sup>179</sup> Unter den Rufen »Juda verrecke!«, »Schlagt die Juden tot!«, »Krepier doch Du Aas! Verreck, Du Hund!«, »Schieß doch den Judenhund tot!«, »Du bist auch so ein verfluchter Jude«, »Da geht auch so ein Judenbengel« sowie »Deutschland erwache!« wurden zahlreiche Personen schwer misshandelt, wobei auch Frauen mit Gegenständen geschlagen wurden.<sup>180</sup> Graf Helldorf und Karl Ernst waren im viersitzigen, offenen, dunkel lackierten Wagen am Tatort auf und ab gefahren und hatten Anweisungen gegeben. Vor Gericht erklärten beide jedoch, sie seien lediglich am Tatort gewesen, um »beruhigend« auf die SA-Schläger einzuwirken und sie wieder nach Hause zu schicken.<sup>181</sup> In einem gesonderten Verfahren wegen Rädelführerschaft hatte das Gericht die Frage zu klären, ob Helldorf und Ernst Urheber und Leiter der Krawalle waren, und kam schließlich zu dem Ergebnis, dass dies »nicht mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zum Nachteil der Angeklagten« bejaht werden kann.<sup>182</sup> Dagegen wurden eine Reihe der meist jugendlichen SA-Schläger zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 1 Jahr 9 Monate verurteilt. Diese Diskrepanz veranlasste eine Reihe von SA-Führern und SA-Funktionären, folgendes Rundschreiben zu verbreiten: »Wir SA-Führer und SA-Leute haben uns von der NSDAP getrennt. (...) Wir haben die Pflicht, offen und ohne Rücksicht auszusprechen, weshalb wir nicht mehr hinter den Führern Goebbels und Helldorf stehen, – hinter Leuten, die uns veraten und verkauft haben: Man hat uns als SA-Funktionäre und SA-Leute *plan- und*





Abb. 7 Joseph Goebbels (rechts) und  
Wolf Heinrich Graf von Helldorf bei einer  
Demonstration im Lustgarten, 9. Juli 1932.

*befehlsmäßig* in die Zusammenstöße etwa am Kurfürstendamm hineingehetzt, um uns dann schmächtig im Stich zu lassen. Ihr wißt, daß es schon drei Tage *vor* den Krawallen bei uns allen offenes Geheimnis war, daß zum jüdischen Neujahrstag eine Aktion der SA steigen sollte. (...) Und am Abend erschien der Graf Helldorf in eigener Person, gab uns diese und jene Befehle (...) Ihr wißt, Kameraden, daß wir *nur* befehlsmäßig gehandelt haben; doch im Prozeß? Man überließ uns unserem Schicksal.«<sup>183</sup>

Am 15. September 1931, drei Tage nach den antisemitischen Krawallen auf dem Ku'damm, machte Röhm die Ernennung Helldorfs zum Chef der Berliner SA definitiv, und im Dezember 1931 wurde Helldorf Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg. Als schließlich im September 1932 eine neue Ebene in der SA-Hierarchie eingeführt wurde, die Obergruppe, wurde Helldorf zu einem der fünf SA-Obergruppenführer, die es nun im Reich gab, ernannt.<sup>184</sup>

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der SA und vor allem den Kommunisten hatten in den Jahren 1931/32 noch einmal zugenommen, obwohl es im Juli 1931 zu

einer vorübergehenden »Annäherung« zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen war. Der Stahlhelm hatte einen Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtages angestrebt, dem sich auch die Nationalsozialisten anschlossen. Entsprechend ihrem Sozialfaschismuskurs hat sich Ende Juli auch die KPD in dieses Bündnis gegen eine der letzten demokratischen Bastionen in Deutschland eingereiht.<sup>185</sup> Der Volksentscheid brachte jedoch nicht das gewünschte Ergebnis. Ganz offenkundig haben zahlreiche Kommunisten ihrer Führung die Gefolgschaft verweigert und sich nicht am Volksentscheid beteiligt.

Ansonsten ging der Kampf mit aller Härte weiter, bei dem auch die Kommunisten brutale Überfälle verübten.<sup>186</sup> Am 9. August 1931 kam es auf dem Bülowplatz zu einer Schießerei. Zwei junge Kommunisten erschossen vor dem Kinopalast »Babylon« die Polizeihauptleute Paul Anlauf und Franz Lenck. Einer der beiden Schützen hieß Erich Mielke, er sollte später als Chef der Staatssicherheit einer der mächtigsten Männer der DDR werden. Genau einen Monat später war das SA-Sturmlokal »Zur Hochburg« in der Gneisenastraße 17/Ecke Solmstraße Schauplatz einer wilden Schießerei. Die Gegend war eine Hochburg der KPD, und so standen vor dem SA-Lokal mehrere SA-Männer »Wache«. Am 9. September wurde das Lokal von den Kommunisten angegriffen. Von der gegenüberliegenden Seite blitzten Schüsse auf. Vier Mann waren getroffen. Die Angreifer stürmten das Lokal, rissen die Tür auf und schossen noch einmal in das Lokal, dann flohen sie. Mehrere schwer verletzte SA-Männer blieben zurück, der SA-Mann Hermann Thielsch starb kurz nach seiner Einlieferung im Urban-Krankenhaus.<sup>187</sup>

Gut vier Wochen später kam es zu einem erneuten Blutbad. Inmitten eines »roten« Wohngebiets hatte der Neuköllner SA-Sturm 21 in der »Richardsburg« in der Richardstraße 35 sein neues Sturmlokal eröffnet. Der Konflikt war vorhersehbar. Der SA-Historiker von Engelbrechten führte dazu aus: »Die Kommune entfesselte eine wüste Hetze. Man ruft die Bewohner zum Mieterstreik auf. Man schreibt für die ›Rote Fahne‹ Berichte, in denen die ›Richardsburg‹ als Verbrechenspelunke beschrieben wird, deren Gäste, wenn sie nicht betrunken seien, sich von dem Knast erzählten, den sie schon geschoben hätten, hauptsächlich aber Überfälle auf Arbeiter ausheckten. Man schickt von der nahen Stempelstelle Mittelweg eine Abordnung mit der strikten Forderung, die braune Mordpest habe umgehend zu verschwinden. So gibt es bald keinen Tag mehr ohne Zusammenrottungen vor dem Sturmlokal, ohne Überfälle und Schlägereien (...).«<sup>188</sup> Am 15. Oktober kam es zu einem Protestzug der Kommunisten, einige nahmen Aufstellung und feuerten wahllos auf das Lokal: Ein Dutzend verletzte und schwer verletzte SA-Leute und ein Toter waren die Bilanz. Den Sturmwirt Heinrich Böwe hatte ein Querschläger in den Kopf getroffen.<sup>189</sup>

In Berlin-Charlottenburg sorgte aber nach wie vor der Sturm 33 für Aufsehen. Sturmführer Maikowski marschierte mit ihm am 9. Dezember 1931 durch die Lohmeyer-, Potsdamer- und Nehringstraße. »Zackige Lieder hallen durch die Straßen.«<sup>190</sup> In der Lohmeyerstraße verwüsteten sie das kommunistische Verkehrslokal.<sup>191</sup> Vor dem kommunistischen Treffpunkt in »Ahlerts Festsälen« endete die Demonstration. Dort tagten zur gleichen Zeit 80 Kommunisten. Mit dem Ruf »Naziüberfall« stürmten diese auf die Straße, und es entwickelte sich eine Schlägerei. Plötzlich fielen Schüsse. Wie sich später herausstellte, hatte Maikowski auf drei Kommunisten geschossen und einen, den 21-jährigen Arbeiter Walter Kusche, tödlich getroffen.<sup>192</sup> Anschließend floh er, zunächst in den Untergrund, später ins Ausland. Die Polizei verhaftete den SA-Mann Karl Deh und einige Tage darauf noch vier weitere SA-Männer. Über den nationalsozialistischen Anwalt

Kamecke gab Maikowski die eidesstattliche Erklärung ab, dass nicht Deh, sondern er der Täter gewesen sei.<sup>193</sup> Im Oktober 1932 konnte er schließlich festgenommen werden, aufgrund der Weihnachtsamnestie der Regierung Schleicher wurde er aber am 24. Dezember 1932 wieder aus der Haft entlassen.<sup>194</sup>

Als Anfang Januar 1932 der Sturm 33 eine Erwerbslosenversammlung in der Danckelmannstraße überfiel, ordnete der Polizeipräsident Grzesinski die Schließung des Sturmlokals »Zur Altstadt« in der Hebbelstraße für die Dauer von drei Monaten an.<sup>195</sup> Ersatz wurde mit dem Sturmlokal in der Röntgenstraße 12 gefunden. Im Jahre 1932 kam es in dieser Gegend zu zahlreichen Anschlägen und Überfällen, der spektakulärste ereignete sich am 29. August 1932, als der etwa 40 Mann starke Sturm 33 bei einem Rückmarsch nach einem »Sturmappell« in den Hohenzollern-Festsälen zum neuen Sturmlokal in der Röntgenstraße auf ca. 25 Kommunisten traf.<sup>196</sup> Im Verlauf der Auseinandersetzungen fielen wieder Schüsse. Der Sanitätsmann des Sturmes 33, Herbert Gatschke, wurde tödlich getroffen, zwei weitere SA-Männer verletzt. Neun Kommunisten standen wegen vollendeten gemeinsamen Totschlags, Beihilfe zum Totschlag und schweren Landfriedensbruchs vor Gericht. Der Prozess brachte allerdings eine Überraschung: Im Verlauf der Verhandlungen hatte sich nämlich herausgestellt, dass Gatschke von den eigenen Leuten erschossen worden war. Die SA-Männer hatten aus ihrem Sturmlokal wild auf die Straße geschossen und dabei versehentlich ihren eigenen Mann getroffen. Die Kommunisten wurden freigesprochen.<sup>197</sup> Dies hinderte die Nationalsozialisten freilich nicht, Herbert Gatschke zu einen weiteren »Märtyrer der Bewegung« zu stilisieren, den das »rote Mordgesindel« gemeuchelt habe.<sup>198</sup> Zu der Beerdigung auf dem Friedhof in Neukölln erschien neben Gauführer Goebbels auch Hitler und erklärte am offenen Grab: »Um dieses Toten willen, der den Aufstieg der Nation nicht mehr erleben durfte, um dieses unbekanntes SA.-Mannes willen sind wir verpflichtet, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis unser Ziel erreicht ist. Herbert Gatschke, höre unseren Schwur: nie und nimmer wollen wir unserer Idee untreu werden.«<sup>199</sup>

Aber auch in anderen Teilen von Berlin eskalierte die Gewalt. Im Verlauf eines schweren Zusammenstoßes in der Laubenkolonie Felseneck starben in der Nacht vom 18. zum 19. Januar 1932 zwei Männer. Die SA hatte am 18. Januar in einer Schankwirtschaft einen Sturmabend abgehalten und beschlossen, anschließend auf dem Heimweg noch einen »kleinen Umweg« durch die vornehmlich von Kommunisten bewohnte Laubenkolonie zu machen. Nach der Aussage eines Zeugen soll der die Versammlung leitende Sturmbannführer Werner Schulze gesagt haben: »Kameraden! Wir haben heute noch eine kleine Sache vor. Wenn wir Kommune treffen: Umlegen und dann weg! Die Polizei soll sich wundern, wenn sie dann was Schwarzes auf der Erde sieht!«<sup>200</sup> Als die SA die Laubenkolonie erreicht hatte, begann sie, nationalsozialistische Kampflieder anzustimmen. Im Nu war das Leben in der Kolonie erwacht. Die Alarmglocke läutete. Man befürchtete einen Überfall der Nationalsozialisten. Die Männer des Kampfbundes holten ihre Waffen aus den Verstecken. Die Bilanz des Kampfes war fürchterlich. Zahlreiche Verletzte mussten in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Der Kommunist Fritz Klemke, Mitglied des Kampfbundes, lag, durch Steinwürfe verletzt, kampfunfähig am Boden. Mehrere SA-Männer stürzten sich auf ihn und erschossen ihn – so das Gericht später – »auf besonders kaltblütige Weise und mit unvergleichlicher Rohheit«.<sup>201</sup> Der SA-Truppführer Ernst Schwarz, bereits Anfang 50, konnte seinen Kameraden bei der Flucht nicht folgen. Mehrere Kommunisten holten ihn ein, schlugen ihn zu Boden und versetzten ihm durch Messerstiche die tödlichen Verletzungen.<sup>202</sup>



Abb. 8 *Adolf Hitler am Grab des SA-Mannes  
Herbert Gatschke, 1932.*

Nur wenige Tage später, in den frühen Morgenstunden des 24. Januar 1932, wurde der 15-jährige Hitlerjunge Herbert Norkus im Moabiter Beusselkiez beim Verteilen von Flugblättern von mehreren KPD-Angehörigen überfallen und durch Messerstiche getötet. Der Beusselkiez war ebenfalls eine Hochburg der KPD; SA und Hitlerjugend galten hier als »Eindringlinge«. Im Beusselkiez hatte sich auch eine aktive Gruppe von Stennes-Leuten unter ihrem Führer Bernhard Lichtenberg niedergelassen. Lichtenberg, ein 35-jähriger arbeitsloser Buchhändler, hatte es als ehemaliger SA-Sturmführer bereits zu zahlreichen Vorstrafen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Bedrohung, Hausfriedensbruch und Beleidigung gebracht.<sup>203</sup> Er galt als enger Vertrauensmann von Walther Stennes. Angeblich soll er sich damit gebrüstet haben, »König von Moabit« zu sein.<sup>204</sup> Mit den Kommunisten im Kiez stand die Stennes-Gruppe ebenfalls im Kontakt. Dieser war zustande gekommen, als die SA das Lokal der Stennes-Leute überfiel und die KPD ihr Hilfe für ähnliche Fälle in der Zukunft anbot. Die Stennes-Leute um Lichtenberg meinten nun, dass die ehemaligen Kameraden von der NSDAP eine »Abreibung« verdient haben und informierten die Kommunisten, dass von Seiten der NSDAP am 24. Januar eine Flugblattaktion geplant sei. Die Kommunisten überfielen die Flugblatt-

verteiler, überwiegend Angehörige der Hitlerjugend, es kam zu wilden Verfolgungsjagden, in deren Verlauf auch Schüsse fielen. Im Hausflur der Zwinglistraße 4 wurde der Hitlerjunge Norkus in einer Blutlache liegend vorgefunden. In dem Moabiter Krankenhaus konnte der Dienst tuende Arzt nur noch den Tod feststellen, hervorgerufen durch insgesamt sechs Messerstiche.<sup>205</sup>

1932 war das Jahr der Wahlkämpfe, und damit hatten auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen zugenommen. In Berlin verging kaum ein Tag ohne Schießereien. Es häuften sich Meldungen und Gerüchte, die SA bereite sich auf einen Bürgerkrieg oder Staatsstreich vor.<sup>206</sup> Am 13. April, nur drei Tage nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten,<sup>207</sup> verbot Reichsinnen- und Reichswehrminister Wilhelm Groener die mittlerweile auf über 400 000 Mann angewachsene SA und die SS für das gesamte Reichsgebiet. Zuvor waren schon am 5. April die SA-Räume in der Hedemannstraße 10 geschlossen worden.<sup>208</sup>

Das Verbot traf die SA allerdings nicht allzu hart. Nach bewährtem Muster wurden die SA-Stürme in Sport-, Wander- oder Kegelveereine umgewandelt und setzten so ihre Arbeit fort.<sup>209</sup> Hitler selber erließ am 13. April einen Aufruf, in dem er den 24. April als »Tag der Vergeltung« bezeichnete.<sup>210</sup> An diesem Tag wurden in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt die Landtage neu gewählt. Die NSDAP wurde in Preußen mit 36,3 % der abgegebenen Stimmen stärkste Partei. Die Regierung Braun – Severing hatte damit ihre parlamentarische Mehrheit verloren, blieb aber geschäftsführend im Amt, weil NSDAP und KPD sich auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Am 10. Mai verteidigte Groener, von Krankheit bereits behindert, das SA-Verbot: »Ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung in Deutschland«, erklärte er. Die Rede ging in tumultartigen Lärmszenen unter, veranstaltet von den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten. Am 12. Mai trat Groener von seinem Posten als Reichswehrminister zurück.<sup>211</sup> An diesem Tag ereignete sich im Reichstag ein weiterer bezeichnender Vorfall.<sup>212</sup> Der Schriftsteller Dr. Helmut Klotz, der der SPD nahe stand und aufgrund seiner Pressekarte Einlass hatte, wurde im Restaurant des Reichstagsgebäudes mit dem Ausruf: »Das ist der Hund, der die Röhm-Briefe veröffentlicht hat!« von fünf nationalsozialistischen Abgeordneten von hinten angegriffen und mit Faustschlägen ins Gesicht und Fußtritten schwer verletzt. Unter der wiederholten Bezeichnung »Schweinehund!« soll ihm später noch eine brennende Zigarette ins Gesicht gedrückt worden sein. Klotz hatte die Röhm-Briefe veröffentlicht, aus denen hervorging, dass der Stabschef Röhm homosexuell sei. Daraufhin wurde Dr. Klotz von der nationalsozialistischen Presse als der Fälscher der Röhm-Briefe verunglimpft, der zu Unrecht Röhm homosexueller Neigung und Betätigung beschuldigt habe. Einer der Schläger war Edmund Heines, der deshalb zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und dem vor Gericht vorgehalten wurde, dass er ein zu Roheitsdelikten und asozialer Einstellung neigender Mensch sei.<sup>213</sup> Empörung verursachte in diesem Zusammenhang das Auftreten Gregor Straßers im Ältestenrat des Reichstages, der ebenfalls im Verdacht stand, an den Tötlichkeiten beteiligt gewesen zu sein, und der nun in der ihm eigenen zynischen Art erklärte, er habe absolutes Verständnis dafür, dass Klotz, »dieser Schweinehund«, verprügelt worden sei. Er bedauere ausdrücklich, dass Klotz noch lebe.<sup>214</sup> Die Nationalsozialisten haben sich später furchtbar gerächt: Dr. Klotz wurde in Paris, wo er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten geflüchtet war, gefangen genommen, nach Berlin gebracht und dort am 3. Februar 1943 bei lebendigem Leibe gevierteilt.<sup>215</sup>

Am 30. Mai 1932 trat das Kabinett Brüning zurück, der Weg war damit frei für eine konservative Minderheitsregierung unter Duldung durch die NSDAP. Diese forderte

als Gegenleistung für die vorläufige Tolerierung der Papen-Regierung die Aufhebung des SA-Verbots. Zugleich sollte der Reichstag aufgelöst und sollten Neuwahlen für den 31. Juli angesetzt werden. Am 16. Juni hob von Papen das SA- und SS-Verbot auf.

Der beginnende Wahlkampf sowie die Aufhebung des SA-Verbots brachten über Deutschland eine neue Welle der Gewalt. Allein in Hamburg starben an einem einzigen Sonntag 18 Menschen. Die Preußen-Regierung reagierte darauf mit einem Verbot aller Demonstrationen. Am 20. Juli verfügte der von Papen bedrängte Hindenburg die Absetzung der Regierung Braun – Severing mit der fatalen Begründung, sie sei nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Polizeipräsident Grzesinski, der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Magnus Heimannsberg, und Vize-Polizeipräsident Bernhard Weiß wurden verhaftet, und erst als sie unterschrieben hatten, dass sie nach der Entfernung aus dem Amt keine Amtshandlung mehr im Polizeipräsidium vornehmen würden, wurden sie wieder aus der Haft entlassen.<sup>216</sup> Die Braunhemden werteten die Absetzung der verhassten Repräsentanten des »roten Systems in Preußen« als ihren Erfolg, als Folge der siegreichen Preußenwahl vom 24. April.<sup>217</sup> In den Straßen Berlins sangen SA-Männer ihr »Sturmlied«: »Wenn der Sturmsoldat ins Feuer zieht, / Dann hat er frohen Mut, / Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt, / Dann geht's noch mal so gut. / Die Juden und Marxisten, / Die bringen uns kein Heil, / Den Severing und Genossen / Erschlagen wir mit dem Beil.«<sup>218</sup>

Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, begleitet von einem wüsten Terror – allein am Wahltag starben neun Menschen, fünf weitere wurden verletzt<sup>219</sup> –, brachten den Nationalsozialisten mit 37,3 % der abgegebenen Stimmen zwar ihr bestes Ergebnis, von einer absoluten Mehrheit waren sie aber weit entfernt. Dennoch hatte sich die innenpolitische Lage völlig gewandelt. Fast 14 Millionen hatten Hitler und seine Partei gewählt. Eine düstere Vorahnung, was von Hitler und seiner NSDAP zu erwarten war, wenn sie erst einmal die Macht im Reiche haben, zeigte die brutale Ermordung eines Bergarbeiters im oberschlesischen Potempa am 10. August 1932.<sup>220</sup> Uniformierte und offenbar angetrunkene SA-Männer drangen in die Wohnung des Arbeiters ein (dessen Bruder Kommunist war) und prügeln ihn vor den Augen seiner Mutter zu Tode. Einen Tag zuvor hatte eine Verordnung der Reichsregierung, um der Gewalt nach Aufhebung des SA-Verbots entgegenzutreten, als verschärfte Strafandrohung für politischen Terror und Gewalttaten die Todesstrafe festgelegt. Am 22. August verurteilte das Sondergericht in Beuthen fünf der insgesamt sechs Täter zum Tode. Hitler nannte von Papen öffentlich einen »Bluthund« und sandte den Verurteilten folgendes Telegramm: »Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. (...).«<sup>221</sup> Der schlesische SA-Führer Edmund Heines drohte in aller Öffentlichkeit dem Gericht und der Regierung mit Vergeltung, und Goebbels schrieb im »Angriff«: »Die Juden sind schuld!«<sup>222</sup> Am 22. September erfolgte die Begnadigung der Mörder zu lebenslanger Haft, nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verfügten die zuständigen Justizorgane im März 1933 ihre Freilassung.<sup>223</sup>

Die NSDAP stand im Herbst 1932 vor einer Zerreißprobe. Sie war zwar bei den Wahlen am 31. Juli stärkste Partei geworden, konnte aber das Ergebnis nicht in politische Macht umsetzen. Die baldige Machtergreifung erwarteten aber gerade erhebliche Teile der SA, sie waren enttäuscht von dem Taktieren der Parteiführung. Vor allem erwarteten sie eine baldige Belohnung für die »Strapazen« der vergangenen Jahre, für die vor allem von der SA in den zahlreichen Wahlkämpfen geleistete »Arbeit«. Sie wünschten

die »Legalität zum Teufel« und waren von dem Gedanken beherrscht, »daß der legale Weg nicht gangbar« sei.<sup>224</sup>

In welcher Lage sich die NSDAP befand, zeigte symptomatisch auch der Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben vom 4. bis 8. November. Goebbels ordnete die Unterstützung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation zu dem in erster Linie von der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (R.G.O.) initiierten Streik an. Die Beteiligung der Nationalsozialisten am Streik berührte bürgerliche Urängste und stand in einem deutlichen Gegensatz zu der von Hitler seit 1931 verstärkt betriebenen Politik der Annäherung an Industrie und Großbürgertum.

Als geschlossener Machtblock stand der SA zu diesem Zeitpunkt die Gruppe Straßer/Schulz gegenüber. Neben einer persönlichen Abneigung<sup>225</sup> entwickelte sich zwischen beiden Gruppen eine machtpolitische Konkurrenz. Bei dem Reichsorganisationsleiter Straßer hatte sich schon seit längerem die Meinung verfestigt, dass die Macht nur schrittweise über Kompromisse und Koalitionen errungen werden könne. In dieser Meinung fühlte er sich durch den Ausgang der erneuten Reichstagswahlen vom 6. November 1932 bestätigt, bei der die Nationalsozialisten über zwei Millionen Wähler gegenüber der Juli-Wahl verloren haben und nur noch 33,1 % der Stimmen erreichten.<sup>226</sup> Über die Ruhrindustrie, die Schulz während seiner Fememord-Prozesse finanziell unterstützt hatte, hatte die Gruppe Straßer/Schulz auch Kontakt zu General Kurt von Schleicher,<sup>227</sup> der am 3. Dezember zum Präsidial-Kanzler ernannt wurde. Nach seiner Wahl nahm Schlei-



Abb. 9 SA marschiert zum Bülowplatz (Bezirk Mitte), 22. Januar 1933.



Abb. 10 SA-Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus, Hauptsitz der KPD, am Bülowplatz (Bezirk Mitte), 22. Januar 1933.

cher wieder direkte Verbindung zu Straßer auf und bot ihm den Vizekanzlerposten an. Hitler lehnte ab, und nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Straßer schließlich am 8. Dezember resigniert von seinem Posten als Reichsorganisationsleiter zurück. Mit ihm verlor auch Paul Schulz sein Amt.<sup>228</sup>

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten konnte trotz des Stimmenrückganges und trotz der innerparteilichen Querelen nicht verhindert werden. Am 22. Januar 1933 marschierten die Berliner SA-Standarten, zwei Standarten der SS und die Hitler-Jugend auf. Das Ziel der 20 000 Mann: das Karl-Liebknecht-Haus auf dem Bülowplatz. Julek Karl von Engelbrechten schilderte die Stimmung aus seiner Sicht: »Es ist ein beispielloses, ungeheures, begeisterndes Bild. (...) Dort das Gebäude des Sitzes des Zentral=Komitees der KPD mit seiner Riesen=Juden=Fahne, hier die anrückenden Kolonnen der Braunhemden, die Hakenkreuzbinde am Arm, ein Tönen und Rauschen und Klingen der Musikzüge und Spielmannszüge, ein brausendes Rufen der Massen, die Fäuste gegen das Haus des Arbeiterbetruges und des Arbeitermordes geballt: ›Hitler Heil!‹ ›Deutschland erwache!‹«<sup>229</sup> Die KPD rief zwar noch am 25. Januar zu einer Massendemonstration gegen diese »Provokation« auf, an der sich auch 130 000 Berliner beteiligten, das drohende Unheil konnte nun aber nicht mehr abgewendet werden. Die KPD, die mit ihrer verhängnisvollen Politik erheblich zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hat, sollte bald das erste Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft werden.



Am 30. Januar marschierten wieder die SA-Standarten, diesmal um den gerade zum Reichskanzler ernannten Hitler zu feiern. Der Charlottenburger Sturm 33 war auch dabei. Bei ihrem Rückmarsch von dem Fackelumzug vor dem Brandenburger Tor bog der etwa 100 Mann starke Sturm in die Wallstraße (die heutige Zillestraße) ein, eine Hochburg der Kommunisten, um den Bewohnern zu zeigen, wer künftig den Ton angibt. Schon vor dem Einmarsch des Sturmes herrschte in der Wallstraße ein reger Patrouillendienst der kommunistischen Organisationen, und als der Sturm 33 dann schließlich gegen 22.30 Uhr die Straße erreichte, kam es wenig später zu einem Schusswechsel, bei dem der Sturmführer Maikowski und der Oberwachtmeister Zauritz getötet wurden. In dem Prozess waren 54 Kommunisten angeklagt, von denen 51 – zum Teil zu langen Zuchthausstrafen – verurteilt wurden.<sup>230</sup> Maikowski avancierte wie Horst Wessel zum Märtyrer und Nationalhelden. Am 6. Februar 1933 wurde er im Berliner Dom aufgebahrt, eine Ehre, die zuletzt Kaiser Wilhelm zuteil geworden war.<sup>231</sup> Bei der Trauerfeier im Dom waren Reichskanzler Hitler, Reichsminister Göring, die Spitzen der Berliner Polizei zugegen. Auch der Kronprinz war erschienen. Die Gedächtnisrede hielt Pfarrer Joachim Hossenfelder.<sup>232</sup> Die gesamte Berliner und Brandenburger SA, die Hitler-Jugend und der Stahlhelm standen Spalier, als sich der Trauerzug zum Invalidenfriedhof bewegte, wo Goebbels die Grabrede hielt. Die Zeremonie wurde im Rundfunk übertragen. Später stellte sich heraus, dass Maikowski und Zauritz wahrscheinlich gar nicht von den Kommunisten, sondern von dem SA-Mann Buske erschossen wurden.<sup>233</sup> (Vgl. Abb. 11.)

In den folgenden Wochen und Monaten rollte eine gigantische Verhaftungswelle über das Land. Schätzungen gehen von einer Gesamtzahl von über 100 000 Inhaftierten aus.<sup>234</sup> Neben der polizeilichen »Schutzhaft« im Rahmen der staatlich organisierten Gegnerbekämpfung gab es die »wilden« Verhaftungen von SA und SS. Sie SA rächte sich nun an ihren Gegnern, die sie in SA-Lokale und -Heime verschleppte.<sup>235</sup> Unter der Regie von Helldorf, Ernst, Heines und Heydebreck wurden in zahlreichen SA-Einrichtungen und eigens eingerichteten Konzentrationslagern Folterstätten hergestellt, in die wahllos politische Gegner, Juden, aber oft auch nur Bürger, mit denen die SA-Leute »alte Rechnungen« mehr oder minder privater Natur begleichen wollten, gebracht wurden. Allein für Berlin wird eine Zahl von über 150 solcher Folterstätten der SA angenommen.<sup>236</sup>

Der schlesische SA-Führer Edmund Heines errichtete ein Konzentrationslager bei Dürrgoy, in dem insbesondere eine Reihe prominenter Sozialdemokraten – wie z. B. der ehemalige Oberpräsident der Provinz Schlesien, Hermann Lüdemann – eingesperrt wurden. Heines brachte es fertig, eines Tages mit einem Haufen schlesischer SA-Männer in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz einzudringen und seinen alten Intimfeind, den dort einsitzenden ehemaligen sozialdemokratischen Präsidenten des Reichstages, Paul Löbe, in das »eigene« Konzentrationslager zu entführen.<sup>237</sup> Das Lager Dürrgoy wurde bald berüchtigt für bestialische Folterexzesse.

Die Brandenburger SA hatte ein Lager bei Bornim. Auch das Lager Sonnenberg, die ehemaligen Kasematten der Festung Küstrin, hatte ihr Kurt Daluege, der im Mai 1933 zum Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium ernannt wurde, überlassen. Nach Sonnenberg kamen u. a. Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, mehrere Abgeordnete der Kommunistischen Partei sowie – auf Veranlassung von Goebbels – mehrere Intendanten der Rundfunksender.<sup>238</sup> Die Berliner SA hatte ihr Konzentrationslager in Oranienburg. Darüber hinaus besaß sie zahlreiche Folterstätten in Berlin selbst. Auch der vierte Stock des Hauses in der Hedemannstraße 31, in dem die SA-Gauleitung von

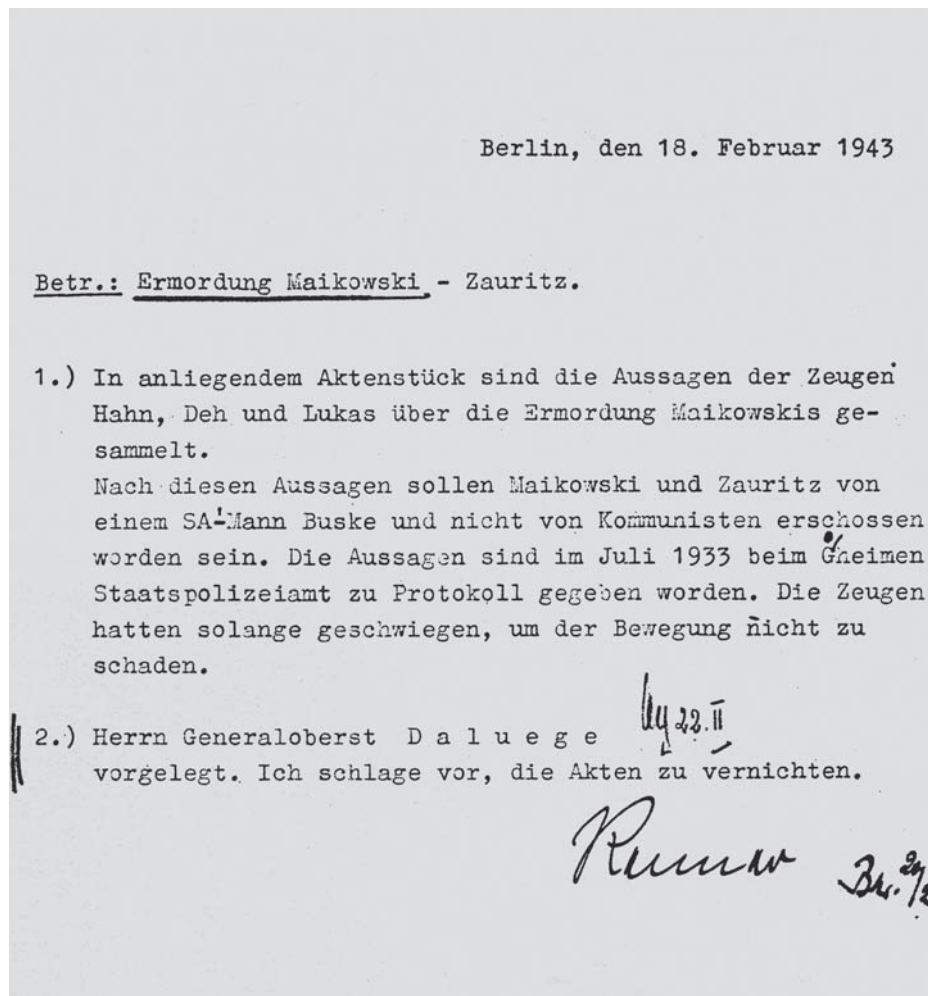


Abb. 11 Schriftstück zur Ermordung von Hans Eberhard Maikowski und Josef Zauritz, 18. Februar 1943.

Berlin nun ihren Sitz hatte, wurde in eine solche umgewandelt.<sup>239</sup> Berüchtigt war auch das Columbia-Haus, das unter Regie der SS stand.

Gleich nach der Ernennung Hitlers am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler erreichte der Terror der SA eine neue Qualität. Von Engelbrechten nannte einige Beispiele: »In Neuruppin hat das Reichsbanner die Frechheit, am 1. Februar einen Ummarsch mit Musik anzusetzen. (...) Doch schon bald vertritt die SA ›Isidors Kumpanen‹ den Weg und schlägt sie auseinander. (...) In Luckenwalde soll am 12. Februar bei Harting eine sozialdemokratische Versammlung mit einem Juden als Redner steigen. Selbstverständlich kann dies nicht mehr geduldet werden.« Die Versammlung wurde auseinander geprügelt, wobei »leider« der »Jude Löwenstein« entkommen sei. Der SA-Mann Georg

Widmayr erinnerte sich: »Heute noch könnte ich mir den kleinen Finger vor Wut abreiben, daß dieser Strolch und Volksverführer entgangen ist. Denn nicht der verführte und verhetzte Arbeiter verdiente die Hauptprügel, sondern der Judenlummel.«<sup>240</sup> »Ähnlich, aber nicht ganz so schmerzhaft wie in Luckenwalde, sprengt die Neuköllner SA eine SPD.=Versammlung bei Beckers in Britz, wo der ehemalige Berliner Polizeipräsident und Halbjude Grzesinski aufzutreten wagt.«<sup>241</sup>

Am 9. März nahm die SA eine Razzia im Berliner »Scheunenviertel« vor, bei der zahlreiche Ostjuden verhaftet und in die Konzentrationslager gebracht wurden.<sup>242</sup> Einen Höhepunkt des Terrors der SA wurde im Juni 1933 im Bezirk Köpenick erreicht. Im Rahmen einer groß angelegten Razzia wurden am 21. Juni weit über 500 Kommunisten, Sozialdemokraten – unter ihnen auch der Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling – sowie Gewerkschaftler verhaftet und in die SA-Lokale verschleppt. Im Verlauf dieser Aktion erschoss ein junger Sozialdemokrat in Notwehr drei SA-Leute, als diese in das Haus seiner Eltern eindringen. Die SA nahm fürchterliche Rache. Am Ende der »Köpenicker Blutwoche« wurden 91 Menschen – unter ihnen auch Johannes Stelling – ermordet.<sup>243</sup>

Im Ausland mehrten sich die Berichte über Verfolgungen in Deutschland. Am 1. April rief daraufhin die NS-Führung zum Boykott aller jüdischen Geschäfte auf, wegen der angeblich von Juden aus dem Ausland »gegen Deutschland« betriebenen Hetze und Gräuelpropaganda.<sup>244</sup> Vor jüdischen Geschäften, aber auch vor Praxen jüdischer Rechtsanwälte und Ärzten wurden SA-Wachen aufgezogen, um die Bevölkerung vor dem Betreten zu warnen und zugleich die Inhaber vor dem »aufwallenden Volkszorn« zu »schützen«. Für diesen »Schutz« wurden dann den Inhabern Rechnungen von der SA zugestellt.<sup>245</sup>

Der Lagerkommandant des Konzentrationslagers Oranienburg, SA-Sturmbannführer Werner Schäfer, widersprach ebenfalls der »Gräuelpropaganda« aus dem Ausland,<sup>246</sup> der »das Verständnis für die braune Revolution, für diese disziplinierteste aller Revolutionen der Weltgeschichte, die unter ihren Gegnern kein Blutbad anrichtet, sondern sie in Konzentrationslager steckt, völlig abgeht«. Die »große erzieherische Leistung« des Konzentrationslagers Oranienburg bestehe gerade darin, »verführte Volksgenossen in harter Arbeit wieder zu brauchbaren Mitgliedern der deutschen Volksgemeinschaft zu formen«.<sup>247</sup> Auch SA-Obergruppenführer Karl Ernst sprach in einem nicht mehr zu überbietenden Zynismus von der »pädagogischen Großaufgabe«, die die Konzentrationslager leisteten: »Nicht Schinder und Menschenquäler, wie es eine verlogene Greuellüge will, sondern deutsche, soldatischharte Männer der braunen Sturmabteilungen haben verführte Volksgenossen gegen ihren Willen, zum eigenen Besten, zur politischen Einkehr und zum Arbeitsethos zurückverholfen.«<sup>248</sup>

Wie die »erzieherische Arbeit« konkret aussah, schilderte Rudolf Diels,<sup>249</sup> der Chef der »Geheimen Staatspolizei«. Diels, der mit der SA und SS zusammenarbeitete und auch Häftlinge an die SA-Kommandos auslieferte,<sup>250</sup> sah sich doch veranlasst, gegen einige der schlimmsten Folterstätten vorzugehen. »Ich setzte mich«, so Diels, »mit (...) einigen Begleitern in den Wagen, um in Sonnenburg überraschend einzudringen. Der SA-Kommandant ließ sich durch unsere amtliche Stellung und den begleitenden Polizeioffizier beeindrucken und gewährte uns Einlaß. (...) Der Anblick der Gefangenen war schlechthin unbeschreiblich. Es waren Gestalten wie aus einem Spuk oder aus einem dämonischen Traum. Aus den zerbeulten und zerfetzten Kleidern ragten verquollene Köpfe heraus wie Kürbisse, gelb, grün und bläulich angelaufene Gesichter, die nichts mehr von einem Menschengesicht an sich hatten. Die bloßen Körperteile waren mit Striemen und geronnenem Blut bedeckt. Mir fuhr ein Schreck durch die Glieder wie bei einer Geister-



Abb. 12 SA-Obergruppenführer Karl Ernst (Mitte), links: August Wilhelm von Preußen (genannt »Auwil«), der vierte Sohn von Kaiser Wilhelm II., 12. Januar 1934.

erscheinung. Ich konnte Ossietzky kaum noch erkennen. Er trat auf Lützow und mich zu und bat nur mit schwacher Stimme, daß man ihn aus dieser Hölle befreien solle. (...) Die SA-Männer glotzten vom Eingang des Kellers verständnislos auf diese Szene. Sie wurde in einer dramatischen Weise unterbrochen. In glänzenden Uniformen, die alten und neuverliehenen Orden auf der Brust und am Halse, drangen lachend und schwatzend Ernst und sein Gefolge in den unheimlichen Raum.«<sup>251</sup>

In der Hedemannstraße beschwerten sich Anwohner über den Lärm und nächtliche Schreie, die aus dem Haus 31 drangen. Wiederholt seien auch Menschen aus dem vierten Stock des Hauses gesprungen. Die Polizei wurde alarmiert. Dazu Diels: »Eine mit Handgranaten bewaffnete Polizeimannschaft umstellte die Umgebung des Hauses. Da ging auch die SA in Stellung. Sie baute Maschinengewehre im Eingang des Hauses und in den Fenstern auf; die Galgenvögel wollten Widerstand leisten. Ich [Rudolf Diels, B. S.] wurde schließlich vom Führer der Polizeiabteilung herbeigerufen. (...) Meine ›Verhandlungen‹ mit dem SA-Führer wurden durch das laute Dazwischentreten Ernsts und seines kriegerrischen Stabes unterbrochen. Er war im eleganten Wagen vorgefahren, um

seine Gauner zu entsetzen. (...) »Was bilden Sie sich ein! Lassen Sie sich nicht einfallen, uns in den Arm zu fallen, wenn wir das Gesindel züchtigen.« (...) Ich erklärte Ernst, daß der Ministerpräsident Göring den Befehl zum Gebrauch der Waffe gegeben hatte, wenn Widerstand geleistet werde. Ich erntete gellendes Lachen, als ich auf die mit Handgranaten ausgerüsteten Beamten wies. Aber das Hin und Her endete schließlich mit der Auslieferung der Gefangenen gegen das Versprechen, daß sie im polizeilichen Gewahrsam bleiben sollten. Ich konnte nun mit den Polizeimannschaften die Marterhöhle betreten. (...) Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gesperrt worden, um ihre »Geständnisse« zu erpressen. Die »Vernehmungen« hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab. Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, dessen Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die blauen, gelben und grünen Male der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasenlöchern klebten Krusten geronnenen Blutes. Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr; nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel. Jeder einzelne mußte auf die bereitgestellten Einsatzwagen getragen werden; sie waren des Gehens nicht mehr fähig. Wie große Lehmklumpen, komische Puppen mit toten Augen und wackelnden Köpfen, hingen sie wie aneinandergeklebt auf den Bänken der Polizeiwagen. Die Schutzpolizisten hatte der Anblick dieser Hölle stumm gemacht.«<sup>252</sup>

Aber nicht nur wegen solcher Vorkommnisse gab es Spannungen zwischen der SA und der Polizei. »Wenn sich Ernst und seine SA-Führer die Abende inoffiziell vertrieben, so wurden die Trinkereien in den Bars und Dielen der Nürnberger- und der Kantstraße und des Kurfürstendamms mit Schießereien beendet.«<sup>253</sup> Solch ein Zwischenfall ereignete sich am 28. Februar 1934, als Karl Ernst mit drei Adjutanten zwischen 3 und 4 Uhr morgens das Lokal von Auer in der großen Passage Friedrichstraße – Unter den Linden betrat und ein Gast krankenhaushausreif geschlagen wurde. Es stellte sich heraus, dass der Betreffende ein Parteigenosse war. Die Frau reichte Beschwerde beim Parteigericht der NSDAP in München ein: »(...) mein Mann hat die ganze Zeit über im Kampf für die Bewegung gestanden, die Gegner brachten ihm nicht die Verletzungen bei, die er heute von eigenen Kameraden erhalten hat. Jetzt ist mein Mann von eigenen Kameraden zum Krüppel geschlagen worden.«<sup>254</sup> Ein Teil der kriminellen Aktionen der SA wurden von dem Staatssekretär im preußischen Justizministerium und persönlichen Freund von Ernst, Dr. Roland Freisler, gedeckt. In rund 50 Fällen soll er die Einstellung von Untersuchungen angeordnet haben, die die SA belasten konnten.<sup>255</sup>

Auch sonst sorgte Karl Ernst für Gesprächsstoff. In der Standartenstraße am Matthäikirchplatz in Tiergarten hatte er sich eine Wohnung eingerichtet, die in Parteikreisen allgemein unter der Bezeichnung »Liebesnest« bekannt war.<sup>256</sup> Hier trafen sich Ernst und Röhm mit ihren Freunden.

Im Frühjahr 1934 kursierten innerhalb der SA Pläne zur Schaffung eines so genannten Volksheeres. Röhm wollte Reichswehr und SA zu einem großen Milizheer unter seiner Führung verschmelzen. Die Reichswehrführung zeigte sich beunruhigt. Aber nicht nur wegen derartiger Pläne stieß die SA auf zunehmende Ablehnung. Innerhalb der konservativen Bündnispartner sowie in Teilen der NSDAP selbst gab es Ärger wegen der Exzesse und Ausschweifungen der SA-Führung. In dieser Situation waren sich Hitler



Abb. 13 Trauerzug der SA in der Zietenstraße (Bezirk Schöneberg) anlässlich der Beisetzung des Standartenführers Hermann Voß,<sup>257</sup> Mitte: SA-Obergruppenführer Karl Ernst, rechts: August Wilhelm von Preußen, links: Richard Fiedler, SA-Brigadeführer Berlin-Mitte, 6. April 1934.

und Göring bald einig: Die SA müsse ausgeschaltet werden. Dies war aber ohne die SS und ihren Führer Heinrich Himmler nicht möglich. Dieser forderte die Übernahme der preußischen Gestapo. Im April 1934 war Göring dazu bereit. Während Rudolf Diels auf den Posten des Regierungspräsidenten in Köln abgeschoben wurde, kam Himmler aus München als »Inspektor« der Geheimen Staatspolizei nach Berlin. Reinhard Heydrich, bis dahin Leiter des »Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS« (SD), wurde neben dieser Aufgabe als »Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes« eingesetzt.<sup>258</sup> Himmler und Heydrich brachten ihre eigenen Leute mit.

Am 30. Juni 1934 rollte reichsweit eine Aktion ab – in Berlin unter dem Kommando von Göring –, der zahlreiche SA-Führer, aber auch andere Gegner zum Opfer fielen. Am 30. Juni wurden Ernst Röhm und andere SA-Führer in Bad Wiessee, wo sie sich in der Pension Hanselbauer einquartiert hatten, überraschend von Hitler, Viktor Lutze<sup>259</sup> und der SS-Leibstandarte »Adolf Hitler« aus den Betten geholt. SA-Führer Edmund Heines wurde zusammen mit einem homosexuellen Freund im Bett vorgefunden. Es war dies eine jener Szenen, die der Propagandist Goebbels dann später in seiner Erklärung zum Röhm-Putsch zu den »widerlichen und fast Brechreiz verursachenden Bildern« zählte, »die sich dabei unseren Augen bieten«.<sup>260</sup> Nachdem Röhm sich geweigert hatte, Selbstmord zu begehen, wurde er erschossen, ebenso Heines und andere SA-Führer. Karl Ernst

wurde in Bremen verhaftet, wo er gerade seine »Hochzeitsreise« nach Madeira antreten wollte, und von dem SS-Mann Kurt Gildisch in die ehemalige Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde gebracht, wo er erschossen wurde. »Treffs gut, Kameraden«, rief er dem Exekutionskommando zu.<sup>261</sup> Auch der Stettiner SA-Führer Peter von Heydebreck, der Stabschef der schlesischen SA, Hans Hayn, sowie der ehemalige Frontbannführer Paul Oskar Röhrbein wurden erschossen.

Gregor Straßer und Paul Schulz wurden ebenfalls verhaftet. Ein SS-Kommando fuhr mit Straßer ins Gebäude der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße. »Bereits gefesselt, wurde er (...) in eine Einzelzelle des Kellergeschosses gebracht und sofort mit mehreren Pistolenschüssen durch einen SS-Hauptsturmführer ermordet, der den Keller mit den Worten verließ: ›Das Schwein wäre erledigt!‹ Die Leiche wurde offenbar an Ort und Stelle in Einzelteile zerstückelt und in mehreren blutigen Säcken weggebracht.«<sup>262</sup> Der Frau wurde später als offizielle Todesursache »Selbstmord« angegeben. Paul Schulz wurde auch zur Gestapo-Zentrale gebracht. Auf einer Fahrt nach Wannsee sollte er »auf der Flucht« erschossen werden. Es gelang ihm jedoch zu flüchten und in die Schweiz zu emigrieren.<sup>263</sup>

Nach der Niederschlagung des so genannten Röhm-Putsches war die SA »gleichgeschaltet«, sie spielte politisch und militärisch keine Rolle mehr.<sup>264</sup> Ihr »Niedergang« war zugleich die Voraussetzung für den Aufstieg der SS. Im Hinblick auf die »großen Verdienste« der SS, vor allem im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934, hob Hitler das Unterstellungsverhältnis unter die SA auf und machte sie zur selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP.<sup>265</sup> Der 30. Juni 1934 war der wichtigste Schritt auf dem Wege Deutschlands zum »SS-Staat«.

Die SA, die mit ihren primitiv-brutalen Methoden in der »Machtergreifungsphase« eine wichtige Rolle spielte, hatte nun endgültig ausgedient. An ihre Stelle traten die »Techniker der Macht«, die SS und die von ihr beherrschte Gestapo, die zwar »feinere« Methoden hatten, für die aber überhaupt keine sittlichen Maßstäbe mehr galten und die die SA in ihrer Menschenverachtung noch übertrafen.

#### *Anmerkungen*

- 1 Dies gilt besonders für die Vorläuferorganisationen und die Frühgeschichte der NSDAP und SA in Berlin. Hier gibt es im Wesentlichen nur den Aufsatz von Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/29, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), S. 85–118, sowie die Arbeit von Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin und New York 1988. Siehe auch: Gerhard Neuber, Faschismus in Berlin. Entwicklung und Wirken der NSDAP und ihrer Organisationen in der Reichshauptstadt 1920–1934, Diss. phil., Berlin (Ost) 1976. Ferner: Bernhard Sauer, Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 50. Jahrgang 2002, Heft 1, S. 5–21. Die spätere Geschichte der NSDAP in Berlin wird in Zusammenhang mit den Darstellungen über Goebbels erwähnt. Vgl. besonders: Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990. Kürzlich erschien eine Dissertation zur SA in Berlin-Brandenburg, die aber bislang noch nicht in Buchform veröffentlicht worden ist: Martin Schuster, Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Berlin und Brandenburg 1926–1934, Berlin 2005. Einige Arbeiten enthalten eigene Kapitel zum »begrenzten Bürgerkrieg« und zur »NSDAP in Berlin«. Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 305–380; Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich

- 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999, S. 437–467. Interessant ist auch die Veröffentlichung von Jochen von Lang, die aber leider ohne Anmerkungen geschrieben ist: Und willst du nicht mein Bruder sein ... Der Terror in der Weimarer Republik, Wien und Darmstadt 1989. Hervorzuheben sind schließlich noch die Arbeiten von Sven Reichardt, die sich jeweils mit einigen Aspekten der Berliner SA beschäftigen. Hier sei nur die letzte größere Arbeit erwähnt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln, Weimar und Wien 2002. Sie enthält mehrere Passagen zur SA in Berlin, ist aber auch keine in sich geschlossene Darstellung der Geschichte der Berliner SA.
- 2 Zitiert nach: Julek Karl von Engelbrechten/Karl Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 7.
  - 3 Vgl. ebd.
  - 4 Zitiert nach: Julek Karl von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München und Berlin 1937, S. 60.
  - 5 Ebd.
  - 6 In einer nationalsozialistischen Darstellung der Geschichte der Berlin-Brandenburger SA wird dazu ausgeführt: »Wir sehen in Berlin-Brandenburg bald eine besondere Ausprägung des Typs ›politischer Soldat‹, des SA-Mannes, entstehen: den sogenannten ›Rabauken‹. Höchstes revolutionäres Feuer beschwingt ihn, er lebt einen radikalen Sozialismus und ein hartes Soldatentum. (...) Selbstverständlich paßt der ›Ton‹ dieser ›Rabauken‹ und ihr ›Sozialismus‹ den Spießbürgern nicht. Aber das ist gerade so gewollt und gut so. Denn der Kampf um das rote Berlin und die rote und reaktionäre Mark kann nie und nimmer mit einem Kreis ästhetisch empfindender und vornehm sich gebärdender Schwächlinge geführt werden, sondern nur mit Männern, die das Leben kennen und die auch mit der Faust zu schreiben verstehen.« Ebd., S. 40.
  - 7 Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 24.
  - 8 Vgl. J. K. von Engelbrechten/K. Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin (wie Anm. 2), S. 31.
  - 9 Benannt nach dem Freikorpsführer Gerhard Roßbach. Roßbach wurde 1893 in Kehrberg nahe der Oder geboren. Die Ausbildung zum Königlich-Preußischen Leutnant absolvierte er vor allem an der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde. Im Krieg kämpfte er zunächst in Ostpreußen, Oberschlesien und Russland und wurde dann nach Abschluss der russischen Operationen Ende 1915 mit seinem Regiment Anfang 1916 nach Frankreich versetzt, wo er als Zugführer einer Maschinengewehr-Kompanie, die in den Kämpfen in Flandern 1917 zu zwei Dritteln aufgerieben wurde, gegen Ende des Krieges einen Brustschuss erlitt. Nach dem Krieg stellte er die Freiwillige Sturmabteilung Roßbach auf, ein gemischtes Detachement aus Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pionieren und Radfahrern. Roßbach sorgte für erhebliches Aufsehen, als er entgegen eindeutigen Befehlen der Reichsregierung sich mit seiner gut ausgerüsteten, 1 200 Mann starken Sturmabteilung aufmachte, um mit einem spektakulären Marsch ins Baltikum den dort in Bedrängnis geratenen deutschen Freikorps zur Hilfe zu eilen. Danach stellte er zahlreiche Organisationen auf die Beine, in denen viele prominente Nationalsozialisten ihre politische Laufbahn begannen: Rudolf Höß, Martin Bormann, Edmund Heines, Karl Ernst, Graf Heinrich von Helldorf, Kurt Daluge. Zu Roßbach siehe: B. Sauer, Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin (wie Anm. 1).
  - 10 Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund wurde vom Alldeutschen Verband speziell für die Bekämpfung des Judentums gegründet. Er entwickelte sich schnell zu einer Massenorganisation von nahezu 200 000 Mitgliedern.
  - 11 Kurt Oskar Bark war als einer der Führer der Sturmabteilung Roßbach am Marsch ins Baltikum beteiligt. Die Erfahrungen hat er später zusammengefasst: Roßbachs Marsch ins Baltikum, in: Ernst von Salomon (Hrsg.), Das Buch vom Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 202–206. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern von Roßbachs »Großdeutscher Arbeiterpartei« und organisierte unter Roßbachs Leitung innerhalb der »Deutschvölkischen Freiheitspartei« die völkischen Turnerschaften. Später schloss er sich der SA an.



- 12 Vgl. Beate Behrens, *Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922–1933*, Rostock 1998, S. 17.
- 13 Heinz Oskar Hauenstein (genannt: »Heinz«) wurde 1898 in Elberfeld (Wuppertal) geboren und hatte es im Ersten Weltkrieg bis zum Unteroffizier gebracht. Nach dem Kriege schloss er sich der 3. Marinebrigade von Loewenfeld an, kämpfte in Oberschlesien und gründete dort die »deutsche Spezialpolizei«, die sich vor allem die Aufgabe stellte, deutsche »Verräter« zu liquidieren. Nach dem Oberschlesien-Einsatz ging Hauenstein nach Berlin, wo er im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord in Untersuchungshaft saß. Im August 1922 fuhren Roßbach und Hauenstein nach München, um mit Hitler ihre Absicht zu erörtern, Stützpunkte für die NSDAP in Norddeutschland aufzubauen. Im Anschluss daran wurden dort zahlreiche Ortsgruppen der NSDAP gegründet. 1923 war Hauenstein Führer der Sabotagekommandos im Ruhrgebiet. Zu Hauensteins Tätigkeit in Oberschlesien siehe: Bernhard Sauer, »Verräter waren bei uns in Mengen erschossen worden«. Die Fememorde in Oberschlesien 1921, *ZfG* 54, Jahrgang 2006, Heft 7/8, S. 644–662.
- 14 Albert Leo Schlageter schloss sich als junger Student der Wirtschaftswissenschaften dem in Waldkirch im Schwarzwald aufgestellten Freikorps des Hauptmann Eberhard Freiherr von Medem an, mit dem er im Baltikum kämpfte. Danach ging er nach Oberschlesien und kämpfte in den Reihen der »deutschen Spezialpolizei«, die nach Angaben von Hauenstein »ungefähr« 200 deutsche »Verräter« liquidierte. Schlageter war Teilnehmer des 1. Reichsparteitages der NSDAP vom 27. bis 29. Januar 1923. Im März 1923 ging er ins Ruhrgebiet und schloss sich abermals Hauenstein an. Hauenstein betraute ihn mit der Leitung des Essener Stosstrupps. In der Nacht vom 7. zum 8. April 1923 wurde Schlageter verhaftet. Wegen Vorbereitung und Unterstützung von Attentaten und Sabotageakten wurde er von den Franzosen zum Tode verurteilt und am 26. Mai 1923 auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen.
- 15 Zur Deutschsozialistischen Partei vgl. Werner Maser, *Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP*, Stuttgart 1973, S. 227 ff. Julius Streicher hatte 1919 eine DSP-Ortsgruppe in Nürnberg gegründet. »Im Jahre 1920 schließen sich acht Berliner der von Julius Streicher in Nürnberg gegründeten Deutschsozialistischen Partei (DSP) an. Sie nennen sich bereits 1921 »Nationalsozialisten (Streicher-Gruppe)« und sind deshalb als die ersten Nationalsozialisten Berlins zu bezeichnen.« J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 31. Führer der Berliner Streicher-Gruppe waren Barber, Chwatal und Kretzschmann.
- 16 Vgl. Erich F. Berendt, *Soldaten der Freiheit. Ein Parolebuch des Nationalsozialismus, 1918 bis 1925*, Berlin 1935, S. 164. Ferner: J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 10.
- 17 Eine ausführliche Biografie in: Junius Alter, *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*, Leipzig 1930, S. 46–57.
- 18 Vgl. ebd., S. 57–68.
- 19 Text des Mitgliedsausweises der DvFP in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Rep. 358-01, Nr. 38, Bd. I, Bl. 33.
- 20 Vgl. Ludolf Haase, *Rundschreiben II: An die Ortsgruppenführer der illegalen NSDAP*, in: Werner Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1939. Dokumente*, Frankfurt am Main 1963, S. 63.
- 21 Insgesamt gab es sieben Turnerschaften mit einer Stärke von jeweils 50 bis 80 Mann: der »Völkische Sportverband Nord« (Reinickendorf, Pankow), die »Turnerschaft Schlageter« (Mitte), die »Völkische Hundertschaft« (Spandau), die »Turnerschaft Ulrich von Hutten« (Charlottenburg), die »Turnerschaft Rhenania« (Steglitz), die »Turnerschaft Teja« (Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Wedding), die »Turnerschaft Haia« (Treprow, Neukölln und Kreuzberg). Vgl. J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 32.
- 22 Zu Karl Ernst vgl. *Die Brauhemden im Reichstag. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion 1932, München 1933*, S. 30. Karl Ernst schloss sich 1923 der NSDAP an.
- 23 Vgl. Arnold Bronnen, *Roßbach*, Berlin 1930, S. 131.
- 24 Zur Schwarzen Reichswehr vgl. Bernhard Sauer, *Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik*, Berlin 2004.

- 25 Vgl. Emil Julius Gumbel, *Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918*, Wien 1924, S. 96.
- 26 Vgl. A. Bronnen, *Roßbach* (wie Anm. 23), S. 133.
- 27 Edmund Heines wurde am 21. Juni 1897 in München geboren. Als 17-Jähriger meldete er sich freiwillig zum Krieg und brachte es 1918 bis zum Offizier. Nach dem Krieg schloss er sich zunächst dem Freikorps Oberland und später dem Freikorps Roßbach an, in dem er auch den Feldzug ins Baltikum mitmachte. 1920 kommandierte Heines als besonderer Vertrauensmann Roßbachs die auf den Gütern Stechlin, Rosenfelde und Liebenow im Kreis Greifenhagen untergebrachten Roßbachtruppen. Als das vage Gerücht aufkam, der landwirtschaftliche Arbeiter Willi Schmidt wolle einen illegalen Transport von Reichswehrwaffen zu den Roßbachern an die Schutzpolizei verraten, wurde er von Heines und Genossen erschlagen. Danach floh Heines nach München. Im Jahre 1928 stand Heines wegen dieses Verbrechens vor dem Schwurgericht Stettin. Die Akten zu diesem Prozess befinden sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 84 a, Nr. 14403–14405.
- 28 Vgl. A. Bronnen, *Roßbach* (wie Anm. 23), S. 139.
- 29 Vgl. ebd., S. 148 f.
- 30 Vgl. Reinhold Wulle, *Deutsche Politik 1925*, Berlin 1926, S. 10.
- 31 Vgl. A. Bronnen, *Roßbach* (wie Anm. 23), S. 162 f.; Gerhard Rossbach, *Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekenntnisse*, Weilburg/Lahn 1950, S. 82.
- 32 Der Kampfbund war ein Zusammenschluss von SA, Bund Oberland und Reichsflagge.
- 33 Zu Ernst Röhm selber siehe vor allem seine Memoiren: *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1928, sowie P. Longerich, *Die braunen Bataillone* (wie Anm. 7), S. 15–22.
- 34 E. Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters* (wie Anm. 33), S. 323 f.
- 35 Wolf Heinrich Graf von Helldorf wurde am 14. Oktober 1896 in Merseburg geboren und nahm als Offizier am Ersten Weltkrieg teil. Wegen seiner Verwicklung in den Kapp-Putsch und eines Mordanschlagsvorwurfs musste er Deutschland verlassen. Nach vierjährigem Aufenthalt in Italien kehrte er zurück und wurde 1924 Landtagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung. Als Mitglied der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung gehörte er ab 1926 deren Fraktion im Preußischen Landtag an. 1931 wurde er SA-Führer in Berlin-Brandenburg und organisierte zusammen mit Karl Ernst u. a. die Kurfürstendammskrawalle im September 1931. Im März 1933 wurde Helldorf Polizeipräsident von Potsdam, zog am 12. November 1933 als NSDAP-Abgeordneter in den Reichstag und amtierte ab Juli 1935 als Berliner Polizeipräsident. Wegen zahlreicher Skandale sowie des Vorwurfs, den Juden Hanussen wegen Schuldverpflichtungen umgebracht zu haben, wurden gegen ihn mehrere Verfahren eröffnet. Am 5. Mai 1934 wurde Haftbefehl zwecks Leistung eines Offenbarungseides erlassen. Insbesondere mit seinem Vorgesetzten, dem General der Landespolizei Kurt Daluge, entwickelte sich eine persönliche Feindschaft. Später war Helldorf an dem geplanten Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944 beteiligt, wurde verhaftet und starb am 15. August 1944 durch den Strang. Zu Helldorf siehe insbesondere die umfangreichen Unterlagen aus dem ehemaligen Document Center: Bundesarchiv, Berlin (BArchB), SA, SA-P, Graf von Helldorf, 14. Oktober 1896, sowie Ted Harrison, »Alter Kämpfer« im Widerstand. Graf Helldorf, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ), 45. Jahrgang 1997, S. 385–423.
- 36 Vgl. T. Harrison, »Alter Kämpfer« (wie Anm. 35), S. 388.
- 37 Peter von Heydebreck war einer der bekanntesten Freikorpsführer nach dem Ersten Weltkrieg. Mit seinem Freikorps kämpfte er vor allem in Oberschlesien. Später wurde er SA-Führer in Stettin. Zu von Heydebreck vgl. vor allem seine autobiografischen Aufzeichnungen: *Wir Wehrwölfe. Erinnerungen eines Freikorpsführers*, Leipzig 1931.
- 38 Vgl. Sturm 33, Hans Maikowski, *Geschrieben von Kameraden des Toten*, Berlin o. J., S. 15.
- 39 Vgl. M. Broszat, *Die Anfänge der Berliner NSDAP* (wie Anm. 1), S. 90.
- 40 Kurt Daluge, am 15. September 1897 in Kreuzberg (Oberschlesien) geboren, nahm am Ersten Weltkrieg teil. Als einer der Führer des Frontbannes gründete er am 22. März 1926 die SA für Berlin und Norddeutschland und wurde Führer der Berliner SA und – bis 1928 – stellvertretender Gauleiter der NSDAP in Berlin. 1929 übernahm er die Führung der Berliner SS. Im Sommer 1931 wurde er Führer der SS-Gruppe Ost. An der Niederschlagung der SA-Revolution

- unter Hauptmann a. D. Walther Stennes war er maßgeblich beteiligt. 1933 übernahm Daluege die Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, bis er schließlich im September 1933 Befehlshaber der Polizei in Preußen und 1936 der Ordnungspolizei wurde. Nach dem Tod von Reinhard Heydrich wurde Daluege am 31. Mai 1942 zum stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt. Wegen der Zerstörung von Lidice und der dort begangenen Verbrechen wurde Kurt Daluege in Prag zum Tode verurteilt und am 23. Oktober 1946 hingerichtet. Vgl. Baldur von Schirach, *Die Pioniere des Dritten Reiches*, Essen 1933, S. 35, 16; J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 38 ff.; Caron Cadle, Kurt Daluege – der Prototyp des loyalen Nationalsozialisten, in: Ronald M. Smelser u. a. (Hrsg.), *Die braune Elite*, Bd. II, Darmstadt 1993, S. 66–79.
- 41 Waldemar Geyer (geb. am 14. März 1882) wurde innerhalb der SA Brigadeführer und nach 1933 Polizeipräsident von Hannover.
- 42 Vgl. Antrag des Oberstaatsanwalts bei dem Landgericht III vom 7. November 1925 auf Voruntersuchung in der Strafsache gegen Röhrbein und Genossen, in: *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)*, I. HA. Rep. 84 a, Nr. 14333, Bl. 2 RS.
- 43 Vgl. BArchB, NS 51 (Kanzlei des Führers), Nr. 197, Abt. I A. Außendienst vom 22. Oktober 1924, Bericht betreffend Frontbann, Bl. 44 und 46.
- 44 J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 37.
- 45 J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 213.
- 46 Vgl. Sven Reichardt, *Gewalt im SA-Milieu. Sozialhistorische Untersuchungen zum Berliner SA-Sturm Charlottenburg, 1926–1932*. Magisterarbeit am FB Geschichtswissenschaft der FU Berlin, Berlin 1994, S. 73.
- 47 Vgl. J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 213.
- 48 Verhaftet wurden u. a. Paul Röhrbein, Karl Ernst, Ernst Wetzell, Kurt Daluege, Waldemar Geyer, Ludwig Dargel, Heinrich Dörre, Hans Oelze. Vgl. Antrag des Oberstaatsanwalts vom 7. November 1925 (wie Anm. 42), Bl. 5–7.
- 49 Vgl. ebd., Bl. 3 RS.
- 50 Vgl. *Vossische Zeitung*, Nr. 518 vom 1. November 1925.
- 51 Vgl. Antrag des Oberstaatsanwalts vom 7. November 1925 (wie Anm. 42), Bl. 3 RS, 8. So soll Hauptmann a. D. Röhrbein die jungen Leute, die sich zum Eintritt in den Frontbann meldeten, in seine Wohnung bestellt und von ihnen teilweise unter Gewaltanwendung und unter Berufung auf die Kameradschaft verlangt haben, dass sie sich ihm für sexuelle Handlungen zur Verfügung stellen. Vgl. *Rote Fahne* vom 3. November 1925.
- 52 Vgl. *Vorwärts*, Nr. 521 vom 4. November 1925.
- 53 Eine widernatürliche Unzucht mit Abhängigen meinte der Oberstaatsanwalt nicht direkt beweisen zu können. Die Voruntersuchung hätte zwar ergeben, »dass Röhrbein offenbar homosexuell veranlagt ist und in trunkenem Zustande zu seinen Freunden zärtlich wird«, ein sicherer Beweis für das Vorliegen eines gegen § 175 StGB verstoßenden Aktes sei aber nicht zu erbringen gewesen. Vgl. Antrag des Oberstaatsanwalts vom 27. Januar 1927, Bl. 35, 36.
- 54 Waldemar Geyer hat später bezeugt, Adolf Hitler habe zwar Röhrbein »als Mensch und Soldat« anerkannt, hielt ihn aber für die Bewegung nicht tragbar und habe ihn, als er den Weg in die Partei suchte, abgewiesen. Vgl. BArchB, OPG, Walther Stennes, 12. April 1895, 2. Protokoll, S. 1.
- 55 Vgl. J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 18, sowie J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 38.
- 56 Vgl. ebd.; ferner C. Cadle, Kurt Daluege (wie Anm. 40), S. 68.
- 57 Erich Timm, geboren am 28. Oktober 1883, gehörte schon zu den Gründungsmitgliedern von Roßbachs GAP. Er starb bereits am 14. März 1933. Vgl. J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 10 und 164.
- 58 Vgl. *Steglitzer Heimatwoche 1934*. Festschrift, S. 54.
- 59 Vgl. ebd.; B. Kruppa, *Rechtsradikalismus in Berlin* (wie Anm. 1), S. 332.
- 60 Vgl. B. Kruppa, *Rechtsradikalismus in Berlin* (wie Anm. 1), S. 307 f.

- 61 Vgl. ebd., S. 309 f.
- 62 Hitler hatte nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots im Februar 1925 im »Völkischen Beobachter« in den »Grundsätzlichen Richtlinien für die Aufstellung der NSDAP« auch zur SA Stellung genommen. Er bezeichnete sie als »Hilfsorgan der Partei« mit vornehmlich politischen Aufgaben. Damit wurde die Umwandlung der SA in einen Wehrverband rückgängig gemacht. Die Macht könne nicht mit Hilfe militärisch organisierter Wehrverbände, sondern nur durch Massenmobilisierung, durch permanente Propaganda und straffe Organisation der Parteiarbeit erreicht werden.
- 63 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 36; B. Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin (wie Anm. 1), S. 335 f.
- 64 Bericht des Außendienstes der Abteilung I A vom 28. August 1926, in: BArchB, Reichsorganisationsleitung NS 51, Nr. 197, Bl. 120. Wolter war der Berliner SS-Führer. Die SS wurde in Berlin am 8. Juli 1926 gegründet.
- 65 Vgl. ebd.; ferner M. Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP (wie Anm. 1), S. 90.
- 66 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 47 f. Ferner: R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 105 ff.; B. Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin (wie Anm. 1), S. 337 f.
- 67 Vgl. Oliver C. Glied, Die Spandauer SA 1926 bis 1933. Eine Studie zur nationalsozialistischen Gewalt in einem Berliner Bezirk, in: Berlin-Forschungen III, hrsg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1988, S. 107–205, hier S. 126.
- 68 Zitiert nach B. Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin (wie Anm. 1), S. 338.
- 69 Vgl. ebd., S. 339. Hauenstein und sein Anhang gründeten daraufhin in Dresden die »Unabhängige Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« (UNSDAP), die aber bald wieder einging. Interessant ist, dass Daluge sich im Oktober 1933 für die Rehabilitierung Hauensteins einsetzte. (Vgl. BArchB, NS 51, Nr. 197, Brief an Kretschmann vom 30. Oktober 1933 [ohne Blattangabe].)
- 70 Walther Stennes wurde am 12. April 1895 in Fürstenberg in Westfalen als Sohn des Amtmanns Stennes geboren. Er besuchte vier Jahre lang die Volksschule, dann von 1905–1910 die Kadettenanstalten in Bensberg und Berlin-Lichterfelde, bestand 1914 sein Abiturientenexamen, wurde im August 1914 aktiver Offizier. Am Ersten Weltkrieg beteiligte er sich von Anfang bis Ende. Zu Stennes vgl. insbesondere: Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging: Biografie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 106 und 112.
- 71 Vgl. Bernhard Sauer, Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik, in: ZfG, 53. Jahrgang 2004, S. 26–46.
- 72 Vgl. BArchB, NS 26 (Hauptarchiv der NSDAP), B 328, Walther Stennes, 12. April 1895.
- 73 Zu Stennes innerhalb der Schwarzen Reichswehr siehe B. Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde (wie Anm. 24), S. 60 und 72 f.
- 74 Franz von Pfeffer (er hieß eigentlich Pfeffer von Salomon, den Zunamen verwendete er später nicht mehr) wurde 1888 geboren. Nach der Beteiligung am Baltikumfeldzug und dem Kapp-Putsch führte er ein Freikorps in Oberschlesien und eine Sabotagegruppe im »Ruhrkampf«. 1924 schloss er sich der NSDAP an und bildete den Gau Westfalen, dessen erster Gauleiter und SA-Führer er wurde. 1926 war er bereits Gauleiter und SA-Führer des Großgaues »Ruhr«. Stellvertretender Gauleiter im Ruhrgebiet war Viktor Lutze, einer der Drahtzieher des »Röhm-Putsches« und seit Juli 1934 Nachfolger von Röhm als Stabschef der SA. Im August 1926 ging von Pfeffer nach München und wurde von Hitler in die Parteiführung aufgenommen. Anfang November 1926 übertrug ihm Hitler die Gesamtführung der SA. 1930 schied von Pfeffer im Zusammenhang mit dem so genannten Stennes-Putsch aus dem Amt des Obersten SA-Führers. Er wurde 1932 und 1933 Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und 1933 Polizeipräsident von Kassel und später Regierungspräsident von Wiesbaden. Zu von Pfeffer vgl. insbesondere: Die Braunhemden im Reichstag (wie Anm. 22), S. 78 f., sowie: Otto Wagener, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, hrsg. von Henry A. Turner, Kiel 1987, S. 499. Ferner: Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 43.
- 75 Vgl. u. a. P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 53 ff.

- 76 Vgl. dazu ebd., S. 53 ff., sowie Heinrich Bennecke, *Hitler und die SA*, München und Wien 1962, S. 248 ff.
- 77 Vgl. J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 33, 185; J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 48 f. Bei diesem Propagandamarsch kam es vor allem am Hermannplatz zu schweren Auseinandersetzungen mit Kommunisten; es gab eine Reihe von Verletzten.
- 78 Vgl. J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 52 f.
- 79 Vgl. ebd., S. 54 f.
- 80 Diese Veranstaltungen verliefen immer nach dem gleichen Schema: Der Ort wurde so gelegt, dass möglichst viele Kommunisten erschienen. Dann hielt ein Redner (zu dieser Zeit fast immer Goebbels) einen »Vortrag«, mit dem die Besucher provoziert werden sollten, z. B. über den »jüdisch-bolschewistischen Betrug am deutschen Arbeiter« – so der Titel einer Rede von Goebbels am 15. Februar 1926 in den Spandauer Seitz-Sälen. Die Besucher fühlten sich verhöhnt und taten dies durch Zwischenrufe kund. Die NS-Veranstalter werteten dies als »Provokation« und der SA-»Saalschutz« trat in Aktion und begann auf die Kritiker einzuschlagen. Nach kurzer Zeit waren dann fast alle Teilnehmer der Veranstaltung von der Auseinandersetzung erfasst. Dabei waren die SA-Männer geradezu nach strategischen Gesichtspunkten postiert: Ausgänge wurden bewacht, der Gegner eingekreist und in leicht bekämpfbare Gruppen getrennt. Die SA besetzte höher gelegene Saaltribünen, um von dort gusseiserne Tische, Bierkrüge etc. auf den Gegner fallen lassen zu können. Später berichtete dann die Presse ausführlich von solchen Veranstaltungen, und das Ziel war erreicht, sie machten die NSDAP in Berlin bekannt.
- 81 Vgl. Reinhold Muchow, *Spezialbericht über die Vorgänge auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde-Ost am 20. März 1927*, in: M. Broszat, *Die Anfänge der Berliner NSDAP* (wie Anm. 1), S. 116.
- 82 Zitiert nach R. G. Reuth, *Goebbels* (wie Anm. 1), S. 118.
- 83 BAArch, NS 51, Nr. 197, Bl. 269 RS. Eine völlig andere Darstellung als der Polizeibericht gibt R. Muchow, *Spezialbericht* (wie Anm. 81), S. 116–118. Vgl. auch M. Schuster, *SA in Berlin-Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 216 f.
- 84 Vgl. R. Muchow, *Spezialbericht* (wie Anm. 81), S. 117.
- 85 Vgl. R. G. Reuth, *Goebbels* (wie Anm. 1), S. 118.
- 86 Vgl. ebd., S. 119.
- 87 Vgl. ebd. Auch später wurde im »Angriff« in längeren Beiträgen der Mord an den »Juden« Walther Rathenau als welthistorisches Ereignis glorifiziert, als ein Kampf zweier Weltanschauungen, zwischen denen es keine Versöhnung gibt. Vgl. *Angriff* vom 22. Oktober 1928, 5. November 1928 und 3. Dezember 1928. In dem Vorwort zu den Beiträgen heißt es dazu: »In der Tat ist vernünftigerweise nicht einzusehen, weshalb Rathenaus Ende ein Kapitel sein soll, über das man nicht spricht. Daß im Falle Rathenau der Ermordete ein Jude war, seine Beseitiger Deutsche und zufällig nicht umgekehrt, kann in unseren Augen unmöglich ein Grund sein, historische Tatsachen zu verschweigen und die Wahrheit zu vernebeln. [...] Es ist ja immerda und ständig das gleiche Bild: wenn irgendwo auf der Welt auch nur ein Tropfen jüdischen Blutes vergossen wird, erfüllt man die Lüfte mit Zeter und Mordio, dann läuft man sich die Hacken schief, um Sympathien zu ergattern für das gehetzte und geschlagene Judentum.« *Angriff* vom 22. Oktober 1928.
- 88 Ebd., S. 119 f.
- 89 Brief Goebbels vom 6. Mai 1927 an den preußischen Innenminister Grzesinski, in: BAArch, NS 51, Nr. 197, S. 3. Vgl. auch S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 122.
- 90 Begründung des Verbots der NSDAP Gau Berlin-Brandenburg vom 5. Mai 1927, in: BAArch, NS 51, Nr. 197 (ohne Blattangabe), S. 1 f.
- 91 In welcher Form Nationalsozialisten solche Auseinandersetzungen auszutragen pflegten, zeigt das folgende Beispiel: Der Höhepunkt war ein von dem Elberfelder Parteifunktionär Erich Koch unterzeichneter Beitrag zu dem Thema die »Folgen der Rassevermischung«, in dem es zum Schluss in Anspielung auf Goebbels hieß, dass abstoßende Hässlichkeit und ein besonders schäbiger Charakter die Folge von »Rassenvermischung« sein müsse. Goebbels beschwerte sich bei Hitler und äußerte die Mutmaßung, dass »ein kleiner Eisenbahnbeamter« wie Koch nicht soviel »Geist« besitzen könne, solch einen Artikel zu schreiben, vielmehr müsse es sich um eine

- Kampagne der Straßers handeln. Hitler empfahl eine Aussprache mit den Straßer-Brüdern und intervenierte bei Karl Kaufmann, dem Leiter des Rhein-Ruhr-Gaues und Parteivorgesetzten Kochs. Diese Auseinandersetzung bekräftigte Goebbels in seiner schon länger gehegten Absicht, eine eigene Zeitung herauszugeben. Die Brüder Straßer werteten dies als Herausforderung und ließen Goebbels bei Hitler als »Lügenmaul« und »Aufschneider« brandmarken. Als ein Berliner Parteigenosse die Vermutung bestätigte, die Brüder Straßer hätten den beleidigenden Artikel initiiert, um die Autorität des Berliner Gauleiters zu untergraben, drohte Goebbels mit Rücktritt. Jetzt gäbe es nur noch ein »Entweder Oder«. Der Karikaturist und Goebbels-Vertraute Hans Schweitzer meinte, Otto Straßer müsse »jüdisches Blut in seinen Adern« haben. Schon äußerlich bezeugten dies das »rötlich gekräuselte Haar, die Hakennase, das aufgeschwommene, fleischige Gesicht«. Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 121 ff.
- 92 Ein Schwerpunkt waren dabei die persönlichen Verunglimpfungen des Berliner Vize-Polizeipräsidenten Dr. Bernhard Weiß, den Goebbels wegen seiner jüdischen Herkunft immer wieder als »Isidor« verächtlich zu machen suchte. Gegen »die Juden« wurde in der Folgezeit fast in jeder Ausgabe des »Angriffs« gehetzt. In welcher Weise dies geschah, zeigen die folgenden Beispiele: Unter der Überschrift »Autoliebchen an der Heerstraße. Wie Juden deutsche Mädchen verführen (...)« erzählen »Beobachter«, wie »jüdische Wüstlinge« und »eklige Judenbengels« unter Zuhilfenahme der raffiniertesten Verführungsmethoden sich an jüngere und ganz junge blonde Mädchen heranmachen. Vgl. Angriff vom 30. Juli 1928. Oder es wird in einer Karikatur ein feixender, dicker Jude über einem Kaufhaus dargestellt mit dem Text: »Der Christus ans Kreuz schlagen ließ ... macht heute mit dem Christfest seinen Rebbach.« Vgl. Angriff vom 10. Dezember 1928. Regelmäßig wurden Juden als Mädchenhändler, Sittenstrolche und Gauner im »Angriff« porträtiert: »Gegen den jüdischen Mädchenhandel« (4. Dezember 1930). »Juden als Förderer und Nutznießer der Unterwelt« (10. Januar 1931). »Jüdische Spitzbuben« (17. März 1931). »Die Juden und das Unterweltgesindel: Verbrechen nach Maß« (28. April 1931). »Judenmax als Bandenstrolch« (25. Juni 1931). »Jüdischer Mädchenmörder vor Gericht« (14. September 1932). »Jüdische Gauner« (20. September 1932). »Juden saugen das verarmte deutsche Volk aus« (28. September 1932). Die letzten acht Angaben zitiert nach A. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 1), S. 464.
- 93 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 127 f.
- 94 Unter der Losung »Trotz Verbot – nicht tot« wurden die Organisationen unter anderem Namen weitergeführt. Die SA-Untergliederungen wurden zu Vereinen, dem Kegel-Verein, dem Schwimm-Verein, oder sie führen in die Mark Brandenburg, wo SA und Partei nicht verboten waren, und veranstalteten dort ihre Aufmärsche und Versammlungen. Um das verhängte Redeverbot zu umgehen, gründete Goebbels eine so genannte »Schule der Politik«, in der er und andere Nationalsozialisten Vorträge zu »Fragen der Politik« hielten und Parteimitglieder schulten.
- 95 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 140 f.
- 96 Reinhold Muchow trat am 3. Dezember 1925 der NSDAP bei. Zuvor leistete er Jugendarbeit im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV), war 1920 Mitglied von Streichers Deutschsozialistischer Partei und des Bundes Oberland. Er kopierte die Grundstruktur der KPD-Parteiorganisation, wonach die Betriebs- und Straßenzellenorganisationen die wichtigsten organisatorischen Pfeiler der Partei waren, und übertrug das Neuköllner Modell auf die gesamte Berliner Partei. Sein Gauorganisationsplan sah den Aufbau der Berliner NSDAP in Zelle, Unterstraßenzelle, Sektion, Bezirk und Gau vor. Dieses Organisationsschema wurde später von der Münchener Parteiführung für die gesamte NSDAP im Reich übernommen. Vgl. M. Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP (wie Anm. 1), S. 86 f., G. Neuber, Faschismus in Berlin (wie Anm. 1), S. 70; B. Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin (wie Anm. 1), S. 347 f.
- 97 Johannes Engel, zuvor bei den Deutschvölkischen, war Betriebsrat bei der Knorrbremse-AG Lichtenberg und versuchte dort, Arbeiter und Angestellte in einem Nationalsozialistischen Arbeiterkampfband zusammenzufassen. Publizistisch unterstützt wurde er dabei vor allem von Straßers BAZ.
- 98 Der SA-Gausturm Berlin-Brandenburg umfasste zu diesem Zeitpunkt etwa 1 000 Mann: 800 in Berlin, 200 in Brandenburg. Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 73 f.

- 99 In der bereits mehrfach erwähnten nationalsozialistischen Darstellung heißt es dazu: »In ihren Sturmlokalen erlebten die Männer, die wegen ihrer politischen Einstellung oft von ihren Familien verstoßen wurden, das, was ihnen zu Hause fast immer fehlte: das warme Herz, die helfende Hand, das Interesse an ihrer Person (...). So wurde das Sturmlokal zum eisernen moralischen und materiellen Wall gegen Kommune und Reaktion.« J. K. von Engelbrechten/K. Volz, *Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin* (wie Anm. 2), S. 20.
- 100 Ebd., S. 19.
- 101 In der nationalsozialistischen Darstellung wird zum »Typ des Berliner nationalsozialistischen SA-Mannes« ausgeführt: »Das Gesicht mit den scharfen Kerben in den Wangen und um den Mund kennen wir: es ist das Gesicht des Frontsoldaten des Weltkrieges. Es ist das Gesicht der Krieger der Freikorps und des Frontbannes, es ist das Gesicht des ewigen soldatischen Deutschen, der nun zum politischen Soldaten Adolf Hitlers, zum SA-Mann, geworden ist.« J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 2), S. 61. Zur Freikorpsstradition in der SA siehe auch: M. Schuster, *SA in Berlin-Brandenburg* (wie Anm. 1), S. 120 f., sowie S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 499 f.
- 102 Hier seien nur einige Beispiele genannt: Friedrich Eugen Hahn, der seit Februar 1928 den »Sturm 33« führte, war mit 13 Jahren dem »Deutschnationalen Jugendbund« beigetreten. Anschließend gehörte er dem »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund«, der »Turnerschaft Ulrich von Hutten«, dem »Bismarckorden« und der »Schwarzen Reichswehr« an. Ähnlich militärisch organisiert war auch sein Nachfolger Hans-Eberhard Maikowski. Maikowski wurde im Februar 1931 mit 23 Jahren Sturmführer, weil Hahn aufgrund der strafrechtlichen Verfolgung nach Beteiligung an einem gewalttätigen Überfall in die Niederlande geflohen war. Maikowski wurde mit 16 Jahren im Wehrverband »Olympia« militärisch ausgebildet und trat 1925 dem Frontbann bei. Vgl. Sven Reichardt, *Vergemeinschaft durch Gewalt. Das Beispiel des SA-»Mördersturmes 33« in Berlin-Charlottenburg zwischen 1928 und 1932*, in: *Entgrenzte Gewalt. Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, Heft 7, Bremen 2002, S. 24. Ferner: S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 490–496. Ein weiteres Beispiel: Horst Wessel, der Anfang Mai 1929 Führer des SA-Trupp 34, Sturmbezirk Friedrichshain wurde, gehörte zunächst dem Bismarck-Bund, der Jugendorganisation der DNVP, an. Ende 1923 wurde er von der »Organisation Consul« angeworben, nachdem er bei der »Schwarzen Reichswehr« militärisch ausgebildet worden war. Vgl. Manfred Gailus, *Vom Feldgeistlichen des Ersten Weltkriegs zum politischen Prediger des Bürgerkriegs*, *ZfG*, 50. Jahrgang, Heft 9 2002, S. 773–803, hier S. 787 und 791.
- 103 Die Berliner SA entstammte zu 89,4 Prozent der Kriegsjugendgeneration, die im Ersten Weltkrieg nicht mehr an der Front gekämpft hatte. Vgl. S. Reichardt, *SA-»Mördersturm 33«* (wie Anm. 102), S. 26. Dennoch wuchs diese Generation in einer Atmosphäre auf, die durch die Beschäftigung mit dem Kriegserlebnis geprägt war. Vgl. dazu S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 374–384.
- 104 S. Reichardt, *SA-»Mördersturm 33«* (wie Anm. 102), S. 27. Die SA war eine Organisation mit einem hohen Arbeitslosenanteil: durchschnittlich 60–80 Prozent. Vgl. ebd., S. 26; sowie S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 330.
- 105 S. Reichardt, *SA-»Mördersturm 33«* (wie Anm. 102), S. 29. Siehe auch: Joachim Fest, *Hitler, Frankfurt am Main und Berlin 1973*, S. 478.
- 106 Vgl. S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 450.
- 107 P. Longerich, *Die braunen Bataillone* (wie Anm. 7), S. 127.
- 108 J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 197.
- 109 In der Zeit von 1920 bis 1928 gab es nach der Darstellung des NS-Historikers Julek Karl von Engelbrechten 22 gewalttätige Auseinandersetzungen. 1929 waren es schon 24, 1930 35, 1931 43 und im Jahre 1932 kam es schließlich zu 94 blutigen Zusammenstößen. Nach dieser Darstellung waren von diesen 196 blutigen Zusammenstößen 176 zwischen kommunistischen Organisationen und der SA. Vgl. S. Reichardt, *Gewalt im SA-Milieu* (wie Anm. 46), S. 59.
- 110 Vgl. S. Reichardt, *Der »SA-Mördersturm 33«* (wie Anm. 102), S. 32.
- 111 Vgl. ebd.
- 112 Vgl. R. G. Reuth, *Goebbels* (wie Anm. 1), S. 141.

- 113 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 80.
- 114 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 143 f.
- 115 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 82. Vgl. auch M. Schuster, SA in Berlin-Brandenburg (wie Anm. 1), S. 113 f.
- 116 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 145.
- 117 Der Angriff vom 26. November 1928.
- 118 Vgl. Der Angriff vom 26. November und vom 3. Dezember 1928. Berlin wurde mit blutroten Plakaten überschwemmt, die angeblich »von unbekannter Seite« geklebt worden waren und den Aufruf der Berliner NSDAP-Gauleitung enthielten, in dem 1 000 Mark Belohnung für die Namhaftmachung der Täter ausgesetzt wurden. Weiter hieß es in dem Aufruf: »Wir haben berechtigten Grund anzunehmen, daß die Berliner Polizei, an deren Spitze bekanntlich der Sohn eines Synagogenvorstehers, Dr. Bernhard Weiß steht, die Untersuchung diese für jeden objektiv denkenden Deutschen einwandfrei festgestellten Mordtat nicht mit dem nötigen Interesse verfolgt. Wir werden in dieser Annahme bestärkt durch die Tatsache, daß die dem Berliner Polizeipräsidium nahestehende marxistisch-demokratisch-jüdische Presse in begreiflicher Angst die Lüge verbreitet, Kütemeyer sei betrunken gewesen, oder er habe Selbstmord verübt (...).«
- 119 Vgl. ebd.
- 120 Warum Daluege von seinem Posten als Berliner SA-Führer zurücktrat, ist bislang nicht erforscht. In der Literatur wird der Rücktritt meist gar nicht erwähnt. Es ist anzunehmen, dass Daluege und Stennes Differenzen gehabt hatten und Daluege enttäuscht darüber war, dass nicht er 1927 den Posten des SA-Führer Oberost bekommen hat.
- 121 Jahn blieb bis August/September 1929 Gausturmführer in Berlin, danach war bis April 1931 Ernst Wetzel SA-Führer in Berlin. Nach der Niederschlagung der sog. 2. Stennes-Revolve wurden Jahn und Wetzel aus der SA ausgeschlossen. Kommissarischer Nachfolger wurde Edmund Heines. Vgl. Anm. 165 sowie M. Schuster, SA in Berlin-Brandenburg (wie Anm. 1), S. 46.
- 122 Manfred von Killinger, geboren am 14. Juli 1886, hatte es im Krieg bis zum Kapitänleutnant gebracht. Danach schloss er sich der Marinebrigade Ehrhardt an, wurde Führer des Sturmabteillions der Ehrhardt-Brigade, nach dessen Auflösung Leiter der militärischen Abteilung des Geheimbundes O. C. und 1921 Führer der Ehrhardt-Leute in Oberschlesien. 1928 trat er zur NSDAP über und wurde Führer der SA in Mitteldeutschland und sächsischer Landtagsabgeordneter, später SA-Gruppenführer Sachsen. 1932 gehörte er zur NSDAP-Reichstagsfraktion. 1944 nahm sich von Killinger in Bukarest das Leben.
- 123 Franz Ritter von Epp, geboren am 16. Oktober 1868, war Berufssoldat und wurde 1896 zum Oberleutnant befördert. Das Jahr 1901/02 führte ihn mit dem Expeditionskorps nach China, und zwischen 1904 und 1906 war er als Kompaniechef an den grausamen Kämpfen gegen die Hereros in Deutsch-Südwestafrika beteiligt. Während des Weltkrieges erwarb sich Epp mehrere Auszeichnungen und stellte Anfang 1919 das nach ihm benannte Freikorps auf, mit dem er in München gegen die Räterepublik und später im Ruhrgebiet und Hamburg gegen kommunistische Aufstände kämpfte. 1928 trat er trotz mancher Bedenken der NSDAP bei, wurde deren Reichstagsabgeordneter und nach 1933 Reichskommissar und später Reichsstatthalter in Bayern.
- 124 Der Angriff vom 17. Dezember 1928. Vgl. auch J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 84.
- 125 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 84.
- 126 Vgl. ebd., S. 95.
- 127 Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000, S. 159.
- 128 Vgl. ebd., S. 163. Der 1900 geborene Hans Hustert hat zusammen mit Karl Oehlschläger am 4. Juni 1922 den Anschlag auf Philipp Scheidemann ausgeübt und wurde vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik am 6. Dezember 1922 des Mordversuchs für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Hustert und Oehlschläger hatten sich 1921 während der Kämpfe in Oberschlesien kennen gelernt und gehörten zum Umfeld der O. C. Vgl. Martin



- Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994, S. 58 ff.
- 129 Vgl. P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 103.
- 130 Zitiert nach: R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 173.
- 131 Dies waren über 6,4 Millionen Wähler. Damit war die NSDAP hinter der SPD zweitstärkste Partei. In Berlin wurde die NSDAP mit ihren 14,7 Prozent der Stimmen immerhin hinter der KPD (27,3 %) und der SPD (27,2 %) drittstärkste Partei.
- 132 Einer der Reichswehroffiziere war Richard Scheringer, der als Gymnasiast bei der Schwarzen Reichswehr war und sich später der KPD anschloss.
- 133 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 175 f. Goebbels, der mit seinen gezielten Provokationen und einer militanten Gewaltpropaganda für eine bestimmte Richtung innerhalb der NSDAP stand, hatte dabei Hitler durchaus richtig »verstanden«: Dessen Legalitätsbekundungen waren taktischer Natur. Schon vor dem Leipziger Reichsgericht hatte Hitler betont, dass er sich zwar während des Kampfes um die Macht an die Verfassung gebunden fühle, dass dann aber »Köpfe rollen werden«. Ähnlich äußerte sich auch Göring: »(...) wir bekämpfen diesen Staat und das heutige System, weil wir ihn ausrotten wollen mit Stumpf und Stiel, aber auf legalem Weg – für die langohrigen Kriminalbeamten.« Zitiert nach S. Reichardt, Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 156.
- 134 Vgl. dazu J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 91–98. Vgl. ferner: M. Schuster, SA in Berlin-Brandenburg (wie Anm. 1), S. 114–117.
- 135 Zitiert nach: R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 159.
- 136 Nach dem Urteil des Berliner Landgerichts gegen Höhler war es dagegen bei dem Streit zwischen Höhler und Wessel um die gemeinsame Geliebte gegangen, der nach Zuhälterart ausgetragen worden war. Vgl. Rudolf Diels, Lucifer ante portas, ... es spricht der erste Chef der Gestapo ..., Stuttgart 1950, S. 306.
- 137 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 159.
- 138 Ali Höhler wurde von dem Landgericht Berlin zu einer sechsjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach 1933 forderte die Berliner SA-Gruppe die Herausgabe von Höhler, um ihn ihrerseits zu »vernehmen«. SA-Männern gelang es schließlich mit Hilfe von SA-Angehörigen, die im Gefängnis Dienst taten, Höhler zu entführen. Angehörige des Sturmes Horst Wessel töteten ihn im Morgengrauen auf einer Waldlichtung östlich von Berlin. Vgl. R. Diels, Lucifer ante portas (wie Anm. 136), S. 307.
- 139 Zitiert nach R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 162.
- 140 Vgl. ebd., S. 178.
- 141 Vgl. ebd., S. 181.
- 142 S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 80.
- 143 Ebd., S. 81 f. Ein Stich hatte Riemenschneider in das Rückenmark getroffen. Er blieb nach über zweimonatiger Lähmung für den Rest seines Lebens nur noch zu 30 Prozent erwerbsfähig.
- 144 Zitiert nach ebd., S. 82.
- 145 Sechs Nationalsozialisten waren aus ihrem Sturmlokal gekommen und hatten einen Angehörigen des Reichsbanners angefallen und durch Schläge gegen den Kopf verletzt. Als Fremde dem Bedrängten zur Hilfe eilten, zog der SA-Mann Becker eine Pistole und verletzte den Reichsbannerangehörigen Willi Schneider und den unbeteiligten Bankangestellten Herbert Graf so schwer, dass beide wenig später im Krankenhaus verstarben.
- 146 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 184.
- 147 Die NSDAP hatte auch das sozialdemokratische Reichsbanner zu der Veranstaltung eingeladen, das aber wegen der zu erwartenden Gewalttätigkeiten von vornherein absagte.
- 148 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 148. Ein Polizeibericht schilderte ähnlich den Beginn der Auseinandersetzungen: »Als Göbbels [sic] damit begann, dass er nicht, wie ihm in einem Drohbrieft angerechnet sei, einen »Pflasterkasten«, sondern einen Gehirnkasten mitgebracht hätte, um damit zu beweisen, wie recht die Nazis hätten, setzte ein Riesengelächter ein. Rufe, wie: »Zeigen« und »Soweit der kleine Vorrat reicht« usw. erschollen (...) Schon zu diesem Zeitpunkt sprang die SA-Garde hin und her, Frauen und ängstliche Ge-

- müher fingen an den Saal zu verlassen.« Zitiert nach S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 121.
- 149 J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 148.
- 150 Vgl. S. Reichardt, *Gewalt im SA-Milieu* (wie Anm. 46), S. 83.
- 151 Bemerkenswert ist, dass der Zwischenfall wiederum völlig unterschiedlich dargestellt wurde. Der SA-Historiker von Engelbrechten schilderte den Vorfall so: »Gegen 3 Uhr nachts begibt sich der Sturmführer mit zwei Kameraden auf den Heimweg. Da – an der Ecke Hebbelstraße-Schloßstraße stürmen etwa 30 Kommunisten, unter ihnen der Ringverein ›Treue Freunde‹, auf sie ein. Schon sind sie umringt, schon wird mit Schlagringen auf sie eingeschlagen, schon blitzten Messer und Pistolen. In verzweifelter Lage kommen ihnen zwei Kameraden zu Hilfe: zwei Kommunisten werden verletzt, einer erschossen. ›Mördersturm‹, ›Mordkolonne‹ heißt von nun ab der Sturm 33 bei den roten Ringvereinen und Ganoven-Cliquen und in den bolschewistischen Unterweltkaschemmen Berlins. ›Schluß mit der braunen Mordpest‹ schreien die Flugzettel, mit denen die Kommune Charlottenburg überschwemmt, und die ›Welt am Abend‹ schreibt hysterisch von der ›faschistischen Blutarbeit‹ in dem ›Mörder-Eldorado in Charlottenburg‹.« J. K. von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht* (wie Anm. 4), S. 151. Eine völlig andere Darstellung des Tathergangs gab das »Berliner Tageblatt«: »Gegen drei Uhr waren Kommunisten, die von einer Versammlung heimkehrten, in der Hebbel-Ecke Schloßstraße von einem Sturmtrupp der Nationalsozialisten angefallen worden. Da die Nationalsozialisten die Übermacht hatten, versuchten die Kommunisten zunächst, der Schlägerei aus dem Wege zu gehen (...).« *Berliner Tageblatt* vom 2. Februar 1931.
- 152 Vgl. *Der Angriff* vom 19. und 26. Februar 1931. Auch persönlich war es zu einer Annäherung gekommen. So soll Stennes Goebbels mehrmals in seiner neuen Steglitzer Wohnung Am Bäkequell besucht haben.
- 153 Zitiert nach R. G. Reuth, *Goebbels* (wie Anm. 1), S. 188.
- 154 Vgl. ebd.
- 155 Reichskanzler Heinrich Brüning hatte eine Notverordnung »zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen« angesichts der Zunahme politischer Gewalttätigkeiten erlassen.
- 156 BArchB, NS 26/82, ohne Blattangabe (»Wie es zur Stennes-Aktion kam«). Diese Anmerkung verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Sven Reichardt. Zu den Stennes-Revoluten vgl. auch S. Reichardt, *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 1), S. 165–173.
- 157 Zitiert nach Patrick Moreau, *Nationalsozialismus von links. Die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« und die »Schwarze Front« Otto Straßers 1930–1935*, Stuttgart 1984, S. 75.
- 158 Vgl. ebd., S. 74, 77.
- 159 Zitiert nach P. Longerich, *Die braunen Bataillone* (wie Anm. 7), S. 110.
- 160 Zitiert nach ebd., S. 76.
- 161 Zitiert nach ebd., S. 76 f.
- 162 Zitiert nach R. G. Reuth, *Goebbels* (wie Anm. 1), S. 193.
- 163 Vgl. *Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin* vom 1. Mai 1931 Nr. 9, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 2 A I, Pol. Nr. 2141, Bl. 6.
- 164 Kurt Daluege nannte Herbert Packebusch einen seiner »ältesten und treuesten Kampfgefährten«: »Er hat unter mir gekämpft in der Organisation Rossbach, war beteiligt an gewissen Femeangelegenheiten, hat in Oberschlesien mitgekämpft und Annaberg miterstürmt. Er hat unter meinem Befehl im Frontbann gestanden und in der Schwarzen Reichswehr, war hier Sachbearbeiter und Sachwalter von grossen Waffenlagern und musste hier, nachdem er schon einmal wegen seiner Tätigkeit im Freikorps Rossbach verfolgt wurde, wiederum verschwinden, nachdem die Polizei ihm auf der Spur war. Er war mein Nachrichtenmann im Stabe Stennes und war der einzige, durch dessen Tätigkeit ich überhaupt über die Aktion Stennes unterrichtet war und der mir auch ermöglichte, seinerzeit die Stennes-Aktion (...) niederzuschlagen. Er musste nach der Niederschlagung der Stennes-Aktion wieder flüchtig gehen, weil die persönliche Terrorgruppe von Stennes ihm angedroht hatte, dass sie an ihm persönlich Rache nehmen würde.« BArchB, SS-O Herbert Packebusch, 4. Februar 1902. Brief von Daluege an Walter Buch vom 9. Januar 1939.

- 165 Vgl. Die Braunhemden im Reichstag (wie Anm. 22), S. 30.
- 166 Vgl. Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts vom 1. Mai 1931 (wie Anm. 163), Bl. 7. Hans Hayn gehörte 1923 der Schwarzen Reichswehr an und war an dem Mordversuch an Gaedicke beteiligt. Vgl. B. Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde (wie Anm. 24), S. 176 ff.
- 167 So soll er den »Führer« als »großen Scheißer« und »Arschloch« bezeichnet haben. Vgl. BArchB, OPG, Walter Stennes, 12. April 1895. Hier befinden sich zwei Protokolle, in denen die Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner SA über den Fall Röhrbein im Zusammenhang mit den »Stennes-Revoluten« ausführlich dokumentiert sind. Hier 2. Protokoll (ohne Angabe eines Datums), S. 1.
- 168 Ebd., 1. Protokoll, S. 1.
- 169 Ebd., 2. Protokoll, S. 1.
- 170 Ebd., 1. Protokoll, S. 6.
- 171 Brief Hitlers an Paul Schulz vom 29. Mai 1931, Privataarchiv Dr. Schulz. Schulz, der wegen Anstiftung zum Mord an dem Feldwebel Wilms am 26. März 1927 vom Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin zum Tode verurteilt worden war, wurde am 24. Oktober 1930 begnadigt. Noch am gleichen Tag trat er der NSDAP bei und erhielt als Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters I, Gregor Straßer, sofort eine einflussreiche Position innerhalb der NSDAP. Nach Erledigung seiner Aufgabe als kommissarischer OSAF-Ost übernahm er wieder diese Funktion.
- 172 Vgl. Auszugsweiser Bericht in Sachen Stennes und Genossen. 6. Juni 1933, Institut für Zeitgeschichte, München, ZS 1147. Dieser interne Polizeibericht, der unter der Regie von Daluege verfasst worden war, war wahrscheinlich als Anklageschrift gedacht, wurde dann zur Verschluss-sache erklärt, von den Amerikanern in der Reichskanzlei erbeutet und später dem Institut für Zeitgeschichte in München zur Verfügung gestellt. Stennes selber wurde im Mai 1933 verhaftet, er kam ins Columbia-Haus, wo er einen Selbstmordversuch unternahm. Am 26. September 1933 wurde er mit Unterstützung von Rudolf Diels und Hermann Göring aus dem Polizeigefängnis am Alexanderplatz mit der Maßgabe, Deutschland zu verlassen, entlassen. Stennes ging nach China und betätigte sich als Militärberater von Tschiang Kai-schek. Nach 1945 kehrte er nach Deutschland zurück und stellte verschiedene Anträge auf Anerkennung als »Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«, die aber von verschiedenen Gerichten abgelehnt wurden. Vgl. C. Drage, Biografie des Walther Stennes (wie Anm. 70), S. 297–301.
- 173 Vgl. Auszugsweiser Bericht. Weiter wurde in dem Bericht behauptet, dass Stennes im Auftrage von Kapitän Ehrhardt eine Art Zellenbildung innerhalb der SA betrieben habe, die auf die Zersetzung und Zerschlagung der SA gerichtet gewesen sei, wobei er auch Aufträge von dem preußischen Innenminister Severing erhalten und im Kontakt zur Botschaft der UdSSR gestanden habe. Als Zeuge für diese abenteuerlichen Behauptungen wurde ein weiterer enger Vertrauter von Daluege genannt: der SS-Mann Othmar Toifl. Toifl bekam später durch Vermittlung von Daluege eine Stelle bei der Gestapo und leitete zeitweilig als Kommandant die SS-Mannschaft im Columbiahaus – eine der schlimmsten Folterstätten. Aus bisher unbekanntem Gründen wurde Toifl im Zusammenhang mit dem »Röhm-Putsch« ermordet, in seinem Partei-Personalblatt steht dick unterstrichen – welche makabre Ironie – »Stennesanhänger!«. BArchB, PK, Othmar Toifl, 16. Juli 1898.
- 174 Vgl. Braunhemden im Reichstag (wie Anm. 22), S. 43.
- 175 Vgl. ebd., S. 30. Kurt Krüger, der spätere SS-Oberführer und Oberbürgermeister von Neuruppin, wurde Führer des SA-Gausturms Brandenburg. Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 165.
- 176 Vgl. ebd., S. 166, sowie Der Angriff vom 28. Mai 1931. Hauptmann von Petersdorff führte während der Kämpfe im Baltikum die Maschinengewehr-Abteilung der »Eisernen Division«. Während der Kämpfe in Oberschlesien schloss er sich dann im August 1919 der Ehrhardt-Brigade an.
- 177 Vgl. T. Harrison, »Alter Kämpfer« (wie Anm. 35), S. 391. Die vorläufige Ernennung Graf Hell-dorfs zum Gruppenführer der Berliner SA stieß jedoch innerhalb der SA auch auf Ablehnung. So äußerte sich der Charlottenburger SA-Führer Fritz Hahn später vor dem Ehrengericht der SA: »Von meinen alten S.A. Kameraden hörte ich über ihn nur die denkbar schlechtesten

- Gerüchte, über seinen Lebenswandel. So soll er ständig nur in vornehmen und zweifelhaften Lokalen des Kurfürstendamms verkehrt und grosse Gelage veranstaltet haben. Vielfach soll er auch in Uniform betrunken gewesen sein. Ebenso hörte ich, dass er bei Privatleuten, wie auch in Lokalen erhebliche Schulden gemacht haben sollte.« Fritz Hahn am 20. September 1934, in: BArchB, SA-P, Graf von Helldorf, 14. Oktober 1896, Blattsammlung der S.A. Gruppe Berlin-Brandenburg – Rechtsabteilung –, Bl. 63. Ein anderer SA-Führer wandte sich mit seiner Beschwerde direkt an Adolf Hitler: »Vor mehr als Jahresfrist hat man uns in Berlin-Brandenburg einen Gruppenführer hingesetzt, der alles ist nur kein Vorbild. Scheinbar ist man in München der Meinung, daß unter den alten berl. Führern keiner befähigt ist, einen derartigen Posten auszufüllen. Es muß natürlich ein Graf sein. Von dieser Sorte die für die Bewegung noch nichts geleistet haben aber gleich dicke Posten beanspruchen, haben wir hier genug. Nun Herr Hitler was hat dieser Herr Helldorf bis jetzt geleistet: Zu der Zeit, als er noch ein steinreicher Mann war kannte keiner von uns diesen Herrn, als er alles verjuxt hatte kam es ihm zur Erinnerung, daß es eine NSDAP gibt und siehe da er schaffte es durch H. Röhm. (...) Für unser Geld kaufte er sich einen schweren Mercedes um damit tagelang mit einer Frau v. B. in der Weltgeschichte herumzufahren. Seine Frau bleibt artig zu Haus. (...) Seine einzige Tat war die Affäre am Kurfürstendamm, bei der er eine ziemliche blamable Rolle spielte. Bei der Ausgabe des Befehls waren Dr. Goebbels, Ernst und Helldorf anwesend und trotzdem erfuhr es die Polizei. (...) Nun wie sieht es in der SA aus? Das Rückgrat der Bewegung waren die alten Kämpfer von denen nur noch ein Bruchteil in der SA ist. Die dauernde Zurücksetzung wirkte sich in Austritten aus der SA aus. Die bestgefärbten Berichte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Meutereien an der Tagesordnung sind. Ich kenne Stürme die bis 60% ihres Bestandes verloren haben.« Brief von Sturmführer Fischer an Adolf Hitler vom 1. November 1932, in: ebd., Bl. 5–7.
- 178 Vgl. Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999, S. 211. Ferner: T. Harrison, »Alter Kämpfer« (wie Anm. 35), S. 391; A. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 1), S. 463; S. Reichardt, Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 638 ff. Die Zahlenangaben der beteiligten SA-Leute schwanken: Walter und Reichardt nennen 500, Harrison und Wirsching 1 000 Mann. Der Kurfürstendamm wurde für die Krawalle deshalb gewählt, weil hier mit 25 Prozent der Anteil der jüdischen Bevölkerung sehr groß war und dieser Bevölkerungsanteil ein gegensätzliches Sozialprofil zu dem der SA-Männer hatte. Hier lebten viele Ärzte, Rechtsanwälte, assimilierte Juden aus der bürgerlichen Oberschicht. »Bildung genoß unter diesen Juden eine hohe Wertschätzung. (...) Diese Juden waren soziale Aufsteiger und nicht wie die SA-Männer soziale Absteiger aus den unteren Schichten.« S. Reichardt, Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 639. In der demagogischen Propaganda der Nationalsozialisten wurde dagegen der Kurfürstendamm als Lastermeile wohlhabender Juden hingestellt, die das deutsche Volk aussaugten. Der »Völkische Beobachter« stellte den Krawall so dar, »daß eine deutsche Jugend in gerechter Entrüstung am jüdischen Neujahrstag durch den Kurfürstendamm zog, die Fenster der Hurentempel einschlug und das jüdische und sonstige Gelichter in diesen Lasterhöhlen in wahrhaft christlichem Zorn« angriff. Zitiert nach D. Walter, Antisemitische Kriminalität (wie oben), S. 220. Ähnlich schilderte auch J. K. von Engelbrechten die Ausschreitungen: »Erwerbslose, darunter auch SA-Männer, verprügeln in begreiflicher Erregung einige freche Juden.« Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 183.
- 179 Anklageschrift gegen Wolf Heinrich Graf Helldorf und Karl Ernst. Ergebnis der Ermittlungen. In: LAB, A Rep. 358-01, Nr. 20, Bd. I, Bl. 42.
- 180 Ebd., Bl. 7.
- 181 Vgl. ebd.
- 182 Vgl. ebd. Verteidiger von Helldorf und Ernst waren neben dem bekannten Anwalt Dr. Alfons Sack auch Hans Frank und Dr. Roland Freisler, jener Freisler, der 1944 Helldorf zum Tode verurteilen sollte. Helldorf war zunächst zu einer Strafe von sechs Monaten Haft verurteilt worden. Dank Goebbels' Auftreten vor dem Gericht und dem Agieren seiner Anwälte wurde die Haftstrafe aus »Mangel an Beweisen« aufgehoben und in eine Geldstrafe von nur 100 RM umgewandelt.
- 183 Ebd., Bl. 3.
- 184 Vgl. T. Harrison, »Alter Kämpfer« (wie Anm. 1), S. 394.

- 185 In einem Aufruf der Preußischen Staatsregierung hieß es dazu: »Rechtsparteien, Stahlhelm und Kommunisten – unversöhnliche Todfeinde in unnatürlicher Paarung vereint (...) Mit dem Gelingen des Volksentscheids wollen sie weithin sichtbar das Flammenzeichen geben, daß das Ende der Demokratie, des Volksstaates in Deutschland gekommen sei.« Zitiert nach R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 204.
- 186 Im Rahmen eines Aufsatzes, der sich mit der SA beschäftigt, kann die Frage, von welcher Seite häufiger die Gewalttaten ausgingen, nicht ausführlich erörtert werden. Die hier genannten Ereignisse sind lediglich Beispiele, die die damals in Berlin herrschende Atmosphäre verdeutlichen sollen, keinesfalls statistische Erhebungen. Die Frage ist aber in der Literatur behandelt worden. Christian Striefler kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Gewalt weit häufiger von den Kommunisten als von der SA ausging. Vgl. C. Striefler, Kampf um die Macht (wie Anm. 1), S. 368. Ähnlich wie Ernst Nolte und Andreas Wirsching sieht er die SA-Gewalt vor allem als Reaktion auf die vorgängige kommunistische Gewalt. Auch Reichardt kommt in der Auswertung der Berichte des preußischen Innenministeriums zu dem Ergebnis, dass die meisten Angriffe auf das Konto der Kommunisten gingen, doch habe sich das Verhältnis allmählich, aber stetig verschoben: Der Anteil der Nationalsozialisten erhöhte sich kontinuierlich, während derjenige der Kommunisten tendenziell abnahm. Ende 1932 seien dann erstmals mehr Zusammenstöße von der SA als von den Kampfverbänden der KPD provoziert worden. Reichardt räumt aber zugleich ein, dass »die offiziellen Zahlenangaben des preußischen Innenministeriums nur mit Vorsicht zu behandeln sind, da kommunistische Straftaten besonders intensiv registriert wurden« und die Kommunisten zusammen mit »Sonstigen« geführt wurden. Hinzu komme, dass die Statistiken lediglich die Versammlungsstörungen erfassten, die vor allem ein Mittel der Kommunisten gewesen seien, während die Nationalsozialisten den Straßenkampf zu ihrem Arsenal zählten. Tatsache sei aber, dass sich die Gewalt gegen Ende der Weimarer Republik vor allem bei den politischen Extremen abgespielt habe, doch habe es zwischen KPD und NSDAP einen wesentlichen Unterschied gegeben: Während die Gewalttätigkeiten der Kommunisten – Verletzungs- oder Tötungsdelikte – sich fast ausschließlich gegen Nationalsozialisten richteten, seien die Nationalsozialisten fast im gleichen Maße gegen Sozialdemokraten vorgegangen. 1931 habe sogar das Reichsbanner das Hauptangriffsziel der NS-Täter dargestellt. Vgl. S. Reichardt, Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 64–69. Die Thesen von Striefler u. a., wonach die SA-Gewalt vor allem eine Reaktion auf die vorausgegangene kommunistische Gewalt gewesen sei, sind damit eindeutig widerlegt: Die SA-Gewalt richtete sich ebenso gegen Sozialdemokraten und – so muss hinzugefügt werden – gegen Juden. Nur waren die Zusammenstöße mit den Kommunisten wesentlich spektakulärer, weil »die« Juden und auch die Sozialdemokraten nicht über ähnlich militante Kampfverbände verfügten wie die Kommunisten. Die Thesen von Striefler u. a. sind aber nicht nur falsch, sondern auch ausgesprochen problematisch, denn sie führen fast automatisch zu einer Verharmlosung des Nationalsozialismus. Striefler selber zeigt nur allzu oft sehr viel Verständnis für die Sicht- und Argumentationsweise der Nationalsozialisten. Der Nationalsozialismus war aber aus sich heraus gewalttätig und menschenverachtend und nicht lediglich (oder auch nur vor allem) eine Reaktion auf die »kommunistische Gefahr«. Die KPD hat zweifelsohne eine verhängnisvolle Politik betrieben und bestimmte Methoden der Gewalt in die Politik eingeführt, eine wirkliche Gefahr für die Weimarer Republik war sie aber – im Gegensatz zum Nationalsozialismus – zu keinem Zeitpunkt.
- 187 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 182. Auch R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 205. Im Februar 1931 hatte es bereits zwei ähnliche Überfälle gegeben. Am 17. Februar wurde das Sturmlokal »Edelweiß« in Röntgenthal beschossen und dabei ein Mann durch Kopfschuss getötet. Am 19. Februar überfielen Kommunisten das Nazilokal »Höhr« an der Ecke Katzbachstraße/Kreuzbergstraße in Kreuzberg. 15 Schüsse wurden auf das Lokal abgegeben. Ein Streifschuss traf den mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Gärtner Georg Fuchs. Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 154, sowie C. Striefler, Kampf um die Macht (wie Anm. 1), S. 346. Der Überfall auf das Schanklokal »Zur Hochburg« blieb nicht ohne Folgen. Am 10. September rächten sich die SA-Leute von dem gleichen Sturm. Bezeichnenderweise überfielen sie aber nicht Kommunisten, sondern zwei gänzlich unbeteiligte Reichsbannerleute, wobei einer schwer verletzt wurde. Nach der

- Trauerfeier für den verstorbenen Hermann Thielsch fielen mehrere Nationalsozialisten über einen ihm bekannten Kommunisten her. Vgl. C. Striefler, Kampf um die Macht (wie Anm. 1), S. 349.
- 188 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 186.
- 189 Vgl. ebd., auch R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 205 f. Vgl. ferner: C. Striefler, Kampf um die Macht (wie Anm. 1), S. 349 ff., sowie J. von Lang, Und willst du nicht mein Bruder sein ... (wie Anm. 1), S. 75 ff. Danach war der Überfall von der KPD in allen Einzelheiten vorbereitet worden. Den entscheidenden Anstoß habe der Politische Leiter des Bezirks Berlin-Brandenburg, Walter Ulbricht, gegeben. In einer kommunistischen Darstellung aus dem Jahre 1987 wird dagegen von einem »Naziüberfall in der Richardstraße Neukölln« gesprochen, der »von Antifaschisten zurückgeschlagen wurde«. »Fünf dieser tapferen Antifaschisten« seien dann im sog. Richardstraßenprozess zum Tode verurteilt worden. Vgl. Annemarie Lange, Berlin in der Weimarer Republik, Berlin 1987, S. 1004. Tatsächlich standen im Juli 1935 25 Angeklagte vor Gericht, an der Affäre »Richardsburg« beteiligt gewesen zu sein. Die Hauptangeklagten Bruno Schröter, Paul Zimmermann, Walter Schulz sowie drei weitere Genossen wurden am 29. Februar 1936 »wegen gemeinschaftlichen versuchten und vollendeten Mordes« zum Tode verurteilt und, nachdem die Revision der Angeklagten verworfen wurde, am 8. Juli 1937 in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet.
- 190 Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 65.
- 191 Vgl. S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 87.
- 192 In der Broschüre über den Sturm 33 wird unter der Überschrift »Kameradschaft auf Leben und Tod« die Tat wie folgt dargestellt: »Sofort wird der erste der S.A.-Männer, Karl Deh, von einer zehnfachen Übermacht mit Faustschlägen und Fußtritten zu Boden gezwungen. Hanne sieht seinen Kameraden in schwerster Bedrängnis. Zehn Meter von Deh steht er mit der Pistole in der Hand. »Straße frei! Sturm 33 schießt!«, dann jagt er drei Schreckschüsse in die Luft. Die Kommune weicht nicht. Im Gegenteil, sie fallen in blutiger Mordgier weiter über Deh her, dem schon einer der Verbrecher mit dem Messer in der Hand auf der Brust kniet. Andere Kommunisten heben den Gulli-Einsatz heraus, um ihr sicheres Opfer in den Kanalisationsröhren verenden zu lassen. Mehrere Strolche stürzen sich nun auf Hanne. Da gibt dieser in höchster Notwehr die drei letzten Schüsse ab. Drei Kommunisten, von denen der eine tödlich getroffen ist, sinken zusammen. Deh, der seinen sicheren Tod schon vor Augen gesehen hatte, ist gerettet.« Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 66.
- 193 Vgl. ebd.
- 194 Vgl. S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 87.
- 195 Vgl. ebd.
- 196 Interessant ist, dass der Sturm 33 auch weiterhin von Maikowski heimlich weitergeführt wurde. Vgl. Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 46.
- 197 Vgl. S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 88 ff. In der Broschüre Sturm 33 wird dazu ausgeführt: »Die roten Verbrecher, die *dich* ermordeten, an der Spitze jener kraushaarige Jude Calm, wurden einige Wochen nach der blutigen Tat von dem Berliner Sondergericht – freigesprochen.« Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 48.
- 198 Hans Maikowski schrieb dazu im »Angriff«: »SA-Männer des Sturms 33! Kein anderer Sturm ist mit dem Kampf um ein deutsches Berlin so verwachsen wie die 33er. Die Charlottenburger Kommune, ein auserlesenes Verbrechergesindel, habt ihr im Schach gehalten. (...) Der SA-Mann Gatschke, den das rote Mordgesindel am 29. August bei einem feigen Überfall erschossen hat, wird von uns nie vergessen werden. (...) Ich befehle für den Sturm 33 Trauer, bis der Mord an unserem Kameraden Gatschke gesühnt ist.« Zitiert nach Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 48 f.
- 199 Sturm 33 (wie Anm. 38), S. 49.
- 200 Zitiert nach: J. von Lang, Und willst du nicht mein Bruder sein ... (wie Anm. 1), S. 137. Natürlich bestritt Sturmbannführer Schulze bei der späteren Vernehmung diese Aussage.
- 201 Zitiert nach C. Striefler, Kampf um die Macht (wie Anm. 1), S. 360.
- 202 Vgl. ebd.
- 203 Vgl. J. von Lang, Und willst du nicht mein Bruder sein ... (wie Anm. 1), S. 228.

- 204 Vgl. ebd., S. 237. Dies sagte der Zeuge Othmar Toifl aus, der bei seiner Vernehmung als Beruf »Ermittlungsbeamter a. D.« angab. Toifl, ein Vertrauter Dalueges, hatte für diesen Nachrichtendienst geleistet und sich unter die Stennes-Gruppe gemischt. Dies ist wohl auch der Grund, warum er nach seiner Ermordung während des »Röhm-Putsches« als »Stennesanhänger« bezeichnet wurde. Vgl. Anm. 173.
- 205 Vgl. ebd., S. 211. In einem Roman wurde später die Geschichte von Herbert Norkus aus nationalsozialistischer Sicht dargestellt. Vgl. Arnold Littmann, Herbert Norkus und die Hitlerjungen vom Beusselkiez, Berlin 1934.
- 206 In den Geschäftszimmern der Hedemannstraße 10 war Mitte März 1932 ein 10-seitiger Aufmarschplan des SA-Untergruppenführers Berlin-West, Karl Eberhard Freiherr von Wechmar, beschlagnahmt worden, in dem in allen Einzelheiten die Herausziehung der SA aus Berlin und die anschließende Einschließung der Hauptstadt im Alarmfall geregelt war. Vgl. M. Schuster, SA in Berlin-Brandenburg (wie Anm. 1), S. 222 f. Etliche Berichte von staatlichen und Polizeibehörden bestätigten, dass im März oder April 1932 Vorbereitungen seitens der SA getroffen wurden, mit einem »Marsch auf Berlin« loszuschlagen. Vgl. S. Reichardt, Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 1), S. 178. Seit Februar seien die SA-Leute im gesamten Reich verstärkt mit Waffen ausgerüstet worden, »bis hin zu Sprengstoff und schweren Maschinengewehren«, wie aus dem preußischen Innenministerium berichtet wurde. Zitiert nach ebd., S. 178 f. Der Preußische Minister des Innern sprach von Vorbereitungen der SA zum Bürgerkrieg unter dem Vorwand, kommunistische Unruhen entgegenzutreten zu wollen. Vgl. ebd., S. 179.
- 207 Hindenburg erzielte am 10. April im zweiten Wahlgang 53 % der abgegebenen Stimmen. Der zweite Wahlgang war notwendig geworden, weil Hindenburg am 13. März nur 49,6 % der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, Hitler bekam damals 30,1 %.
- 208 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 214. Während die Gauleitung in der Hedemannstraße 10 blieb, siedelte die SA-Gruppe in die Hedemannstraße 31 über.
- 209 Vgl. ebd., S. 217.
- 210 Vgl. ebd.
- 211 Vgl. Andreas Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Walter Tormin, Die Weimarer Republik, Hannover 1973, S. 217.
- 212 Die Unterlagen dazu in: LAB, Rep. 58, Nr. 2526 (Strafsache gegen Heines wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und tätlicher Beleidigung).
- 213 Vgl. ebd., Bl. 167.
- 214 Vorwärts vom 13. Mai 1932.
- 215 Vgl. Ernst Erich Noth, Erinnerungen eines Deutschen, Hamburg und Düsseldorf 1977, S. 130 f. Diese Anmerkung verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Frank Flechtmann.
- 216 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 229.
- 217 Vgl. J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 233 f.
- 218 Das Lied zitiert aus: A. Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik (wie Anm. 211), S. 214.
- 219 Allein in den Monaten Juli und August 1932 wurden durch den politischen Terror 300 Menschen getötet, 1 200 verletzt. Vgl. ebd., S. 221.
- 220 Vgl. dazu: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Berlin und Bonn 1987, S. 699 ff.
- 221 Vgl. A. Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik (wie Anm. 211), S. 227.
- 222 Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 235.
- 223 Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin und Leipzig 1937, S. 32.
- 224 Vgl. P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 160.
- 225 Vor allem Paul Schulz beteiligte sich an der öffentlichen Bloßstellung von Röhm und seiner Mitarbeiter wegen deren homosexuellen Neigungen. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 81.
- 226 In Berlin fiel die NSDAP von 28,6 % im Juli auf 26,2 % zurück. Stärkste Partei wurde in Berlin die KPD mit 31,3 % der abgegebenen Stimmen. In Wedding erreichte sie sogar 47,2 % und in Friedrichshain 43,4 %. Die SPD erhielt in Berlin 23,3 %.

- 227 Vgl. U. Kissenkoetter, Gregor Strasser (wie Anm. 225), S. 125–129.
- 228 Vgl. ebd., S. 174. Straßer meinte zu seinem Rücktritt, dass nun die »düsteren Burschen« in der engsten Umgebung Hitlers, der grundfalsche »Hinketeufel« Goebbels, die »Sau« Röhm und der »brutale Egoist« Göring kurz vor ihrem Ziel stünden. Vgl. R. G. Ruth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 244.
- 229 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 255.
- 230 Vgl. S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 91.
- 231 Vgl. ebd.
- 232 Vgl. Berliner Tageblatt vom 6. Februar 1933.
- 233 Dies geht aus einem Aktenstück vom 18. Februar 1943 hervor (vgl. Abb. 11), in: »Schon damals fingen viele an zu schweigen ...«. Quellensammlung zur Geschichte Charlottenburgs von 1933–1945, Hrsg.: Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg, Berlin 1986, S. 24. Beschuldigungen wurden auch gegen den früheren Sturmführer Hahn laut. Maikowski soll bei den eigenen Leuten verhasst gewesen sein. Vgl. S. Reichardt, Gewalt im SA-Milieu (wie Anm. 46), S. 91.
- 234 Vgl. P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 172.
- 235 Eine ausführliche und beeindruckende Darstellung der »wilden« Verhaftungen und Folterungen in Berlin-Spandau in: O. C. Glied, Die Spandauer SA 1926 bis 1933 (wie Anm. 67).
- 236 Vgl. M. Schuster, SA in Berlin-Brandenburg (wie Anm. 1), S. 236. Zu den »wilden« KZ vgl. auch: Laurenz Demps, Berlin als Experimentierfeld des Terrorismus im Jahre 1933, in: Staatliche Kunsthalle Berlin (Hrsg.), Bericht 1983, Berlin 1983, sowie: Helmut Bräutigam/Oliver C. Glied, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin I. Die »wilden« Konzentrationslager und Folterkeller 1933/34, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Berlin-Forschungen II (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 61), Berlin 1987, S. 141–178.
- 237 Vgl. R. Diels, Lucifer ante portas (wie Anm. 136), S. 263.
- 238 Vgl. ebd., S. 265, sowie R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 280. Der Anarchist Erich Mühsam, den Goebbels als »jüdischen Wühler« bezeichnete, mit dem man kurzen Prozess machen werde, erlag 1934 den Folterungen. SA-Männer wollten ihn zwingen, das »Horst-Wessel-Lied« zu singen, als er sich weigerte, haben sie ihn zu Tode gefoltert. Der Pazifist Carl von Ossietzky, der in zahlreichen Aufsätzen vor 1933 vor allem in der »Weltbühne« vor den verheerenden Folgen warnte, die eine Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht zuletzt auch für das deutsche Volk haben werde, wurde noch in der Nacht des Reichstagsbrandes, am 28. Februar 1933, verhaftet und als »Landesverräter« zunächst in die Festung Spandau gebracht und am 6. April 1933 in das KZ Sonnenberg überstellt, wo ein unbeschreiblicher Leidensweg an Quälereien begann, denen sich Ossietzky von frühmorgens bis spätabends durch die SA-Mannschaften ausgesetzt sah. Nach schwerer Krankheit verstarb er am 4. Mai 1938. Zu Ossietzky vgl. insbesondere: Berndt W. Wessling, Carl von Ossietzky. Märtyrer für den Frieden, München 1989.
- 239 In dieser Folterstätte wurde u. a. der Jude Siegbert Kindermann zu Tode geprügelt und ein 17-jähriger Junge namens Spiro ermordet. Vgl. Hans-Norbert Burkert/Klaus Matußek/Wolfgang Wippermann, »Machtergreifung« Berlin 1933, Berlin 1982, S. 113.
- 240 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 265.
- 241 Vgl. ebd., S. 266.
- 242 Vgl. H.-N. Burkert u. a., »Machtergreifung« (wie Anm. 239), S. 114.
- 243 Vgl. ebd., S. 67, sowie P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 174.
- 244 In einer von Goebbels ausgearbeiteten Erklärung zum 1. April hieß es: »Das soll das internationale Weltjudentum wissen: (...) Wir sind mit den marxistischen Hetzen in Deutschland fertig geworden, sie werden uns nicht in die Knie bringen, auch wenn sie nunmehr vom Ausland ihre volksverbrecherischen Verrätereien fortsetzen. Nationalsozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat«. Am Tag des Boykotts sprach Goebbels dann im Berliner Lustgarten »wider die Greuelhetze des Weltjudentums«. Die Rede wurde über alle deutschen Sender übertragen. In ihr drohte Goebbels in seiner zynischen Art: Wenn die deutschen Juden heute erklärten, sie könnten nichts dafür, dass ihre Rassegenossen in England und Amerika das nationale Regiment in Deutschland in den Kot zögen, dann könnten



- die Nationalsozialisten auch nichts dafür, wenn sie die Juden »durchaus gesetzmäßig und legal« zur Rechenschaft zögen. Vgl. R. G. Reuth, Goebbels (wie Anm. 1), S. 281.
- 245 Vgl. P. Longerich, Die braunen Bataillone (wie Anm. 7), S. 171.
- 246 Siehe: Werner Schäfer, Konzentrationslager Oranienburg. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager, Berlin 1934.
- 247 Zitiert nach: J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht (wie Anm. 4), S. 270. Das Lager sei – so führte von Engelbrechten weiter aus – von einer »bunten politischen Gesellschaft bevölkert« gewesen, insgesamt über Tausend: »Sie sind alle da, die Verführten der Masse und die intellektuellen Drahtzieher, die fanatischen Anhänger des Kommunismus und die kleinen Spießler der SPD.«
- 248 Zitiert nach: H.-N. Burkert u. a., »Machtergreifung« (wie Anm. 239), S. 67.
- 249 Diels wurde am 16. Dezember 1900 geboren. Gegen Ende des Weltkrieges meldete er sich freiwillig zur Front und studierte seit 1919 Jura in Marburg, wo er auch Mitglied eines Studentenfreikorps wurde. 1930 trat er in das preußische Innenministerium unter Severing ein und war als Dezernent zuständig für die Bekämpfung der kommunistischen Bewegung. Während der Weimarer Republik den Liberalen nahe stehend, erwies sich Diels 1933 als wendiger und opportunistischer Bürokrat, der um einer raschen Karriere Willen, sein ganzes Können auf dem Gebiete des politischen Polizeiwesens Göring zur Verfügung stellte. Diels redete Göring zu, eine politische Geheimpolizei zu schaffen, und wurde am 26. April 1933 von Göring mit der Leitung des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) betraut, das aus der politischen Abteilung (I A) des Polizeipräsidiiums Berlin gebildet wurde und später als Zentralbehörde für die politische Polizei, die Geheime Staatspolizei (Gestapo) fungierte. Diels bekämpfte zwar Ausschreitungen und die »wilden« KZs, wirkte aber ebenso an gesetzlichen Regelungen zur Schutzhaft und Judenverfolgung mit. Für Göring fertigte er geheime Dossiers von Rivalen an, die halfen, Görings Stellung in der Partei zu festigen. In dem Machtkampf um die Führung der politischen Polizei in Preußen mit dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler musste Göring schließlich seinen Vertrauten opfern, obwohl Diels zuvor Himmler versichert hatte, die von der SS entwickelten Prinzipien bei der politischen Polizei in Preußen umsetzen zu wollen. Diels floh vorübergehend nach Karlsbad in Böhmen und konnte froh sein, im Mai 1934 zum Regierungspräsidenten in Köln ernannt zu werden. 1940 wurde er Regierungspräsident in Hannover, verlor aber das Amt, als er sich weigerte, Juden verhaften zu lassen. Göring rettete Diels mehrmals vor der Verhaftung und befreite ihn auch nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 aus dem Gestapogefängnis. Nach Kriegsende war Diels bis 1948 interniert. Seine 1950 erschienenen Memoiren »Lucifer ante portas« beschönigen zwar seine Rolle als Wegbereiter eines totalitären Polizeisystems, sind aber dennoch eine wichtige Quelle für die Frühgeschichte des »Dritten Reiches«.
- 250 Vgl. Johannes Tuchel/Reinold Schattenfroh, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8. Das Hauptquartier der Gestapo, S. 72 und 74.
- 251 R. Diels, Lucifer ante portas (wie Anm. 136), S. 265 f. Bei den Ausführungen von Diels muss sicher berücksichtigt werden, dass das nach 1945 erschienene Buch vor allem auch eine Rechtfertigungsschrift war, in der Diels bestrebt war, seinen Anteil am Terror während der Machtergreifungsphase herunterzuspielen. Seine Darstellungen über die Exzesse der SA werden aber auch von anderen Quellen bestätigt, so dass sie als weitgehend authentisch angesehen werden können.
- 252 Ebd., S. 254. f.
- 253 Ebd., S. 276 f.
- 254 Brief von Hedwig Horn an das Parteigericht München vom 5. März 1934, in: BArchB, OPG, Karl Ernst, 1. September 1904. Zu einem Verfahren ist es nicht gekommen, weil beide Parteien sich untereinander geeinigt haben.
- 255 Vgl. ebd., S. 294.
- 256 Vgl. Heinrich Orb, Nationalsozialismus – 13 Jahre Machtrausch, Olten 1945, S. 266 f. Um den Gerüchten und Redensarten entgegen zu treten, hatte Karl Ernst am 17. September 1933 das Fräulein Minna Wolf aus Mainz geheiratet. Trauzeugen waren Hermann Göring und Ernst Röhm. Diese Anmerkung verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Frank Flechtmann.

- 257 Der Standartenführer Hermann Voß war bereits 1923 unter dem Spitznamen »Peter Voss, der Millionendieb« einer der Führer der Schwarzen Reichswehr und als solcher in mehrere Femenmorde verwickelt. Vgl. B. Sauer, Schwarze Reichswehr und Fememorde, S. 90, 102 f., 120 ff., 238 ff.
- 258 Vgl. J. Tuchel/R. Schattenfroh, Zentrale des Terrors (wie Anm. 249), S. 80. Auch: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«. Eine Dokumentation, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987, S. 55.
- 259 Viktor Lutze, der Nachfolger von Ernst Röhm, wurde am 28. Dezember 1890 in Bevergen (Bezirk Münster) geboren. Er trat 1912 in die Armee ein und nahm als Offizier am Ersten Weltkrieg teil. Wegen Verlustes des linken Auges wurde er verabschiedet. Gleich nach dem Krieg schloss er sich dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und dem Jungdeutschen Orden an und wurde dessen 2. Vorsitzender der Elberfelder Ortsgruppe. 1922 trat er der NSDAP bei und wurde 1925 Gau-SA-Führer und stellvertretender Gauleiter. 1930 wurde er OSAF-Nord und gehörte 1932 der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion an. Vgl. Braunhemden im Reichstag (wie Anm. 22), S. 69. Zu Lutzes Rolle während des »Röhm-Putsches« vgl. insbesondere Heinrich Bennecke, Die Reichswehr und der Röhm-Putsch, München 1964, S. 50 f.
- 260 Vgl. Heinz Höhne, Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933–1934, Hamburg 1984, S. 267 f.
- 261 Vgl. Heinz Höhne, Die Zeit der Illusion, Düsseldorf 1991, S. 216.
- 262 U. Kissenkoetter, Gregor Strasser (wie Anm. 225), S. 194.
- 263 Vgl. dazu im Einzelnen: Paul Schulz, Meine Erschießung am 30. Juni 1934, in: H. Höhne, Mordsache Röhm (wie Anm. 258), S. 11.
- 264 Zugleich sollten innerhalb der SA grundlegende Veränderungen eintreten. In einem Befehl Hitlers an den neuen Stabschef der SA, Viktor Lutze, verbot dieser für die Zukunft Festessen und Diners. So seien im Stabsquartier in Berlin monatlich bis zu 30 000 Mark für Festessen ausgegeben worden. Außerdem sei es verboten, sich öffentlich zu betrinken. Der »Führer« wünscht, so der Befehl weiter, »daß jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei und Hitlerjugend geben kann, ohne Furcht, er könne dort sittlich oder moralisch verdorben werden«. Zum Schluss betonte der »Führer«: »Ich will Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen.« BArchB, O-407, Bl. 341.
- 265 Vgl. Walter Tormin, 1933–1934. Die Machtergreifung, in: Das Dritte Reich, hrsg. von Eberhard Aleff, Hannover 1970, S. 59.